Ausgabe 4 - August 2019
17. Jahrgang, Nr. 97

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Rüstung und Rüstungskontrolle

Jürgen Wagner ~ Europäischer Türöffner: Die Neuauflage der deutschen Rüstungsexportrichtlinien **– 1**
Simon Hebel und Manuel Kreutle ~ Überprüfung des Zerlegungsprozesses von Atomwaffen **– 6**
Jürgen Wagner ~ Iron Sky und die Militarisierung des Weltraums **– 9**
Özlem Demirel und Jürgen Wagner ~ Abgehoben – Startschuss für das deutsch-französische Kampfflugzeug **– 12**

Deutschland und die Bundeswehr

Lisa Klie ~ Militarisierung durch Spitzensport. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr (Teil II) **– 15**
Liam Krüger ~ Survival: Folgen nicht Führen – Die Bundeswehr mit neuer Serie auf Rekrutenjagd **– 20**
Charlotte Anders ~ Uniform heißt Unterordnen. Abgeordnete in Uniform – immer noch Idio... keine gute Idee **– 23**
Martin Kirsch ~ Waldbrand: Munition liegen lassen und als Helfer wiederkommen **– 26**
Jürgen Wagner ~ „Major Tom“ wird Lobbyist – Ex-Airbus-Chef Enders wird DGAP-Präsident **– 27**
Martin Kirsch ~ Vorbild Bundeswehr – Die Innenministerkonferenz koordiniert die Militarisierung der Polizei **– 28**
Luca Heyer ~ Tag der Bundeswehr in Pfullendorf – ein Rückblick **– 31**
Tobias Pflüger ~ Rüstungsministerin Annegret-Kramp Karrenbauer – Aufruf zu deutschlandweiten Gelöbnissen **– 33**

Weitere Artikel

Marius Pletsch ~ Iran-Konflikt: Ist eine Drohne einen militärischen Konflikt wert? **– 34**
Markus Pflüger ~ „Krieg ist der größte Klimakiller“ **– 39**

Editorial:

Einiges ist passiert in den letzten zwei Monaten: Wer dachte, eine schlimmere Verteidigungsministerin als Ursula von der Leyen könne nicht nachkommen, wurde Mitte Juli eines Besseren belehrt: Die völlig unerfahrene, dafür aber umso aufrüstungswilligere Annegret Kramp-Karrenbauer wurde zur neuen „Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt" („IBUK") ernannt. Sie fordert einen europäischen Flugzeugträger und die Einführung einer Dienstpflicht – Aufrüstung at its best. Aufrüstungswillen zeigen mittlerweile auch die Grünen immer offener: Die Herren Özdemir und Lindner waren sich nicht zu schade, in Uniform – grinsend wie Dick und Doof – auf Instagram zu posieren. Gleichzeitig spitzt sich die Lage in der Meerenge von Hormus und im Iran weiter zu. Antimilitaristische Interventions- und Informationsarbeit wird damit in den nächsten Monaten und Jahren wohl wichtiger denn je sein.

In Baden-Württemberg war IMI in den vergangenen Monaten präsent bei den Kampagnen gegen das neue Polizeigesetz, wo wir auf der landesweiten Demonstration am 13. Juli auch mit einem Redner vertreten waren. Auch an den Demonstrationen gegen den jährlich stattfindenden Tag der Bundeswehr, der erheblich gestört werden konnte, waren wir mit mehreren Redner*innen vor Ort und beteiligten uns an der Organisation der Proteste. Es ist und bleibt weiterhin wichtig, öffentliche Auftritte der Bundeswehr zu denormalisieren und die große Bühne, die sich (bzw. uns) die Bundeswehr in der Öffentlichkeit schafft, als Antimilitarist*innen auch für unsere Positionen zu nutzen. Die nächste größere Gelegenheit könnte sich durch die Ankündigung der frischgebackenen Verteidigungsministerin ergeben, am 12. November 2019 deutschlandweit anlässlich des Geburtstags der Bundeswehr Gelöbnisse abhalten zu wollen.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Alexander Kleiß, Martin Kirsch, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Wagner, Exporte, Telepolis, 11.7.2019; Δ Hebel/Kreutle, W&F Dossier 88; Δ Wagner, Sky, Telepolis, 15.7.2019 (erweitert und aktualisiert); Δ Wagner, Major Tom, junge Welt, 12.6.2019 (erweitert und aktualisiert); Δ Kirsch, Polizei, junge Welt, 12.6.2019 (erweitert und aktualisiert).

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Indymedia.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand, Martin Kirsch, Markus Pflüger und Marius Pletsch sind IMI-Beiräte. Özlem Demirel ist MdEP, Tobias Pflüger MdB und Luca Heyer ist freier Journalist. Dr. Simon Hebel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg, wo auch Manuel Kreutle forscht. Liam Krüger ist Aktivist beim Bündnis Bildung ohne Bundeswehr in Hamburg. Die Artikel von Lisa Klie und Charlotte Anders entstanden im Rahmen von Praktika bei der IMI.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Europäischer Türöffner

Die Neuauflage der deutschen Rüstungsexportrichtlinien

von Jürgen Wagner

In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, die aus dem Jahr 2000 stammenden „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ bis Ende 2018 zu aktualisieren. Auf den ersten Blick suggerierte die betreffende Passage, es gehe darum, die Richtlinien restriktiver zu gestalten. Näher betrachtet war darin aber – augenscheinlich bewusst – lediglich die Rede davon, man beabsichtige die Ausfuhrbestimmungen zu „schärfen“. Tunlichst wurde es vermieden, von einer „Verschärfung“ zu sprechen, wodurch der Rücken für Veränderungen in alle denkbaren Richtungen frei blieb.[1]

Am 26. Juni 2019 wurde besagte Neufassung mit etwa sechsmonatiger Verzögerung schließlich veröffentlicht. In ihrer dementsprechenden Presseerklärung schrieb sich die SPD umgehend auf die Fahnen, hierdurch eine „restriktivere Genehmigungspraxis“ auf die Schiene gesetzt zu haben. Auch Medien wie zum Beispiel das ZDF strickten mit Überschriften wie „Strengere Regeln für Rüstungsexporte“ an diesem Mythos eifrig mit. Diese Einschätzung ist jedenfalls allenfalls zu einem Teil richtig: Zwar wurden nun einige Kontrollelemente neu in die Richtlinien aufgenommen, vieles davon ist aber eher kosmetischer Natur und reichlich vage formuliert. Vor allem wurde aber dafür gesorgt, dass vorhandene Schlupflöcher sperrangelweit offengehalten und unter Verweis auf die Debatte um europäische Rüstungsgroßprojekte sogar neue aufgemacht wurden. Friedensforscher befürchten sogar „de facto die Aushebelung der deutschen Rüstungsexportkontrolle durch europäische Rüstungskooperation.“

So fällt die Bewertung bestenfalls zwiespältig aus, was nicht zuletzt auch daran liegen dürfte, dass nicht nur bei CDU/CSU, sondern auch in der SPD die wirtschaftliche und vor allem auch machtpolitische „Notwendigkeit“ von Rüstungsexporten im Grundsatz in keiner Weise in Frage steht. Die überarbeiteten Grundsätze, die überdies auch nur eine politisch-moralische, keine rechtliche Bindewirkung entfalten, dienen deshalb nicht zuletzt dazu restriktiv zu blinken, um gleichzeitig Rüstungsexporte auch künftig im großen Stil durchwinken zu können.

1. Rüstungsexporte und machtpolitische Interessen

Dass ein Interesse an hohen Profiten der Rüstungsindustrie zur DNA der wirtschaftsnahen CDU gehört, ist geschenkt. Doch auch in der SPD fällt immer wieder auf, dass zumindest Teile der Partei mit den Interessen der Branche sympathisieren. Ein Grund hierfür dürfte der immer noch weitverbreitete Mythos von der „Jobmaschine Rüstung“ sein, obwohl Untersuchungen zeigen, dass sich weder hohe Rüstungsausgaben im Allgemeinen noch Rüstungsexporte im Besonderen positiv auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirken.[2]

Dass die Industrie dennoch in der SPD teils offene Türen einrennt, hat sicherlich etwas mit den gut organisierten Bereichen der IG Metall zu tun, die sich als Vertreter der – vergleichsweise wenigen[3] – Beschäftigten im Rüstungssegment verstehen. Das allein scheint allerdings bei weitem nicht ausreichend, um den Einfluss der Branche erklären zu können. Wichtiger noch dürften andere Überlegungen sein, die in der SPD ebenso angestellt werden, wie bei ihren Koalitionspartnern aus CDU und CSU. Namentlich geht es darum, dass es sich bei dem Erhalt einer starken rüstungsindustriellen Basis – für den Exporte wiederum zwingend notwendig sind – um ein machtpolitisches Interesse allererster Güte handelt.

Unumwunden wurde dies zum Beispiel in einer rüstungspolitischen Grundsatzrede im Oktober 2014 vom damaligen SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zum Ausdruck gebracht, mit der die von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausgerufene „Agenda Rüstung“ flankiert werden sollte: „Die Erhaltung der Bündnisfähigkeit und der dazu notwendigen rüstungstechnologischen Kernkompetenzen sind ein zentrales außen- und sicherheitspolitisches Interesse der Bundesrepublik Deutschland.“ Erforderlich sei hierfür eine „exportpolitische Flankierung der Verteidigungsindustrie“, unter anderem, indem über eine „Konsolidierung“ (Bündelung) des europäischen Rüstungssektors sogenannte Eurochampions geschaffen werden, die eine kritische Größe erreichen, um „erfolgreich“ auf den Weltmärkten konkurrieren zu können.

Wörtlich hieß es in Gabriels Rede: „Die Verteidigungsindustrie in der EU ist nach wie vor national ausgerichtet und stark fragmentiert. [...] Folgen dieser unbefriedigenden Situation sind hohe Kosten und nachteilige Folgen für den internationalen Wettbewerb, aber auch negative Auswirkungen für die Streitkräfte. Es ist erklärtes Ziel der EU und der Bundesregierung, den bisher stark zersplitterten europäischen Verteidigungsmarkt neu zu gestalten und die europäische wehrtechnische industrielle Basis zu stärken. Die starke und wettbewerbsfähige deutsche Industrie könnte von einer solchen Entwicklung deutlich profitieren. [...] Europäische, nicht nationale Champions sind geboten. Nur die Kooperation und zum Teil auch das Zusammengehen von Unternehmen in Europa kann es ermöglichen, dass eine echte rüstungstechnologische Basis in Europa aufrechterhalten wird.“

Diese Punkte wurden dann – weitgehend sogar wortwörtlich – in das im Juli 2015 veröffentlichte „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ übernommen[4], das seither den Rahmen vorgibt, an dem sich die deutsche Rüstungspolitik orientiert. So existiert also schon länger eine Große Koalition, die in Rüstungsexporten zuallererst einen wichtigen Faktor sieht, um eine machtpolitisch als essentiell wahrgenommene rüstungsindustrielle Basis zu stärken. Die „Logik“ hinter diesen Überlegungen wurde in der Süddeutschen Zeitung kürzlich noch einmal folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Auch Brigadegeneral a.D. Erich Vad, lange Jahre militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, weiß, was mit dem Export von Rüstungsgütern frei Haus geliefert wird: Einfluss. ‚Wenn wir liefern, sind sie von uns abhängig. Wenn die einen Mist bauen, können wir die Lieferung einstellen, die Wartung stoppen oder einfach keine Ersatzteile mehr schicken. Das kann man auch als Instrument der Außenpolitik nutzen.‘ [...] Umgekehrt funktioniert die Logik nicht weniger erbarmungslos. Verfügt

Rüstungsexporte

Jahr	Einzellizenzen in Mio. Euro	Anteil in % Drittstaaten
2004	3806	n.V.
2005	4215	n.V.
2006	4189	n.V.
2007	3668	34
2008	5788	54
2009	5043	49
2010	4754	29
2011	5414	42
2012	4704	55
2013	5846	62
2014	3974	61
2015	7500	59
2016	6848	54
2017	6242	61
2018	4820	53
2019	5300 (1. Halbjahr)	n.V.

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung und der GKKE.

ein Staat über keine eigene Rüstungsindustrie, dann muss er Waffen einkaufen – und wird abhängig. [...] In einem Land wie Deutschland kann eine eigene wehrtechnische Industrie in der Tat nur überleben, wenn sie exportieren darf. Sonst muss sie entweder massiv subventioniert werden oder sie wandert ins Ausland ab."

2. Einbruch der Rüstungsexporte?

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher, besonders aber machtpolitischer Interessen sollte es nicht verwundern, dass sich die Politik in den letzten Jahren allen Lippenbekenntnissen zum Trotz nicht gerade sonderlich darum verdient gemacht hat, die Rüstungsexporte substanziell zurückzufahren.

Medial wird allerdings etwas ganz anderes vermittelt: Folgt man etwa dem Handelsblatt, so sind die Rüstungsexporte – der „restriktiven" Haltung der SPD geschuldet – nun zum dritten Mal in Folge eingebrochen: „Der Abwärtstrend bei den deutschen Rüstungsexporten hält an. Vom 1. Januar bis zum 31. März [2019] genehmigte die Bundesregierung Lieferungen im Wert von 1,12 Milliarden Euro und damit weniger als 2018 durchschnittlich pro Quartal (1,21 Milliarden Euro). [...] Die Industrie führt den Trend auf die besonders restriktive Haltung der Bundesregierung gegenüber Ländern außerhalb von EU und Nato seit ihrem Amtsantritt im März 2018 zurück. [...] 2018 brachen die Genehmigungen um fast ein Viertel auf 4,82 Milliarden Euro ein. Es war das dritte Jahr in Folge, in dem die Rüstungsindustrie einen Rückgang hinnehmen musste. Ein Wachstum gab es zuletzt 2015, damals auf einen Rekordwert von 7,86 Milliarden Euro. Seitdem geht es bergab."

Diese „Tatsache" wird nun von interessierten Kreisen dazu genutzt, um die scheinbar generell zu restriktive Genehmigungspraxis ganz grundlegend zu kritisieren. Die Sache hat nur einen Haken: Tatsächlich entspricht es zwar der Realität, dass die Einzelgenehmigungen mit 4,82 Mrd. Euro (2018) gegenüber den hohen Vorjahreszahlen, 7,50 Mrd. (2015), 6,84 Mrd. (2016) und 6,24 Mrd. (2017) deutlich zurückgingen. Sie liegen damit aber immer noch über dem Schnitt der Genehmigungen in den Jahren 2004 bis 2014 (ca. 4,67 Mrd.). Vor diesem Hintergrund also ernsthaft von einem „Einbruch" zu sprechen, ist – vorsichtig formuliert – höchst relativ.

Zumal der Deutschlandfunk am 10. Juli 2019 über eine Antwort auf eine Anfrage der Grünen berichtet, aus der hervorgeht, dass sich die Bundesregierung im zweiten Quartal mächtig ins Zeug gelegt zu haben scheint, sodass es in Sachen Rüstungsexportgenehmigungen wieder aufwärts geht: „Die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr Rüstungsexporte im Wert von 5,3 Milliarden Euro genehmigt und damit mehr als im gesamten Vorjahr."

Auffällig ist auch der unverändert hohe Anteil von Exporten an sog. Drittländer, also an Staaten, die nicht der EU oder NATO angehören (und ihnen auch nicht gleichgestellt sind). Hier schwanken die Zahlen zwar stark, aber es lässt sich dennoch erkennen, dass der Anteil in der Tendenz eher steigt und auch im Jahr 2018 mit 53 Prozent hoch ausfiel.

3. Nationale und europäische Umgehungstaktiken

Mit Blick auf die Rüstungsexportrichtlinien ist es wichtig zu wissen, dass es sich dabei um wenig mehr als um eine Absichtserklärung handelt, die in der politischen Realität nahezu beliebig zurechtgebogen werden kann, wie Otfried Nassauer in „Streitkräfte & Strategien" verdeutlicht: „Politische Grundsätze sind keine gesetzliche, sondern eine politische Regelung - eine politische Willensbekundung der Bundesregierung. Sie ändern die Rechtsgrundlagen nicht, sondern dienen im Rahmen der geltenden nationalen Gesetze und des Völkerrechts als zusätzliche politische Gestaltungsgrundlage für die Genehmigung oder Ablehnung konkreter Exportanträge für Rüstungsgüter."

Darüber hinaus werden die Richtlinien in der Regel großzügig und tendenziell – aller Kritik aus dieser Ecke zum Trotz – zugunsten industrieller und machtpolitischer Interessen ausgelegt. So hieß es zwar schon in den Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000, eine „Einwendung" gegen Waffenlieferungen würde durch die Bundesregierung „in der Regel" unter anderem gemacht für „Exporte in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind". Dies hat aber nicht verhindert, dass Waffen munter in Länder verbracht werden, die aktiv in Kriegshandlungen involviert sind. So kritisierte die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" (GKKE) in ihrem jüngsten, Anfang 2019 erschienenen Rüstungsexportbericht: „Am stärksten [in den Jemen-Krieg] involviert sind nach Saudi-Arabien die Vereinigten Arabischen Emirate – beide entsenden eine Vielzahl von Kampfflugzeugen, um mit Luftschlägen die Huthi-Rebellen im Jemen zu bekämpfen – sowie Ägypten, das sich mit Kriegsschiffen an der Seeblockade im Roten Meer sowie an der strategisch wichtigen Bab al-Mandab Meerenge beteiligt. Ungeachtet dessen erteilte die Bundesregierung zwischen 2015 und 2017 Geneh-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

migungen für Rüstungsexporte im Gesamtwert von über 2,6 Milliarden Euro an diese drei Staaten."

Diese hohen Zahlen sind auf den ersten Blick allein schon deshalb verwunderlich, weil auf EU-Ebene – eigentlich – rechtlich bindende Rüstungsexportrichtlinien existieren, die dem Wortlaut nach recht viele problematische Felder abdekken. Außerdem verweisen sowohl die politischen Grundsätze aus dem Jahr 2000 und nun auch die jüngst aktualisierte Fassung explizit auf die EU-Regelungen als bindenden Rahmen der deutschen Exportpolitik.[5] Dabei handelt es sich um den „Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008", der acht Kriterien enthält, bei deren Verletzung eine Exportgenehmigung versagt (Kriterien 1-4) oder zumindest erwogen (Kriterien 5-8) werden sollte (siehe Kasten).

Wie gesagt, die Kriterien sind – an sich – sehr engmaschig und würden bei konsequenter Anwendung auch den Großteil der europäischen Waffenexporte unmöglich machen. Doch auch hier gibt es – natürlich – einen Haken: Die Auslegung der Kriterien obliegt den Mitgliedsstaaten! Ob also zum Beispiel Saudi Arabien aus Sicht eines bestimmten EU-Landes die Menschenrechte verletzt, hängt im Wesentlichen davon ab, ob es gegebenenfalls dort Rüstungsgüter in Millionen- oder gar Milliardenhöhe an den Mann bringen will. Dies führt in der Praxis zu massenweisen Verstößen gegen die acht Kriterien, die systematisch u.a. für Deutschland durch das „Bonn International Center for Conversion" (BICC) untersucht werden. Im Rüstungskontrollbericht der GKKE für das Jahr 2017 heißt es dazu: „Nach Ermittlungen des BICC hat die Bundesregierung im Jahr 2017 4.020 Lizenzen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in 65 Staaten erteilt, die mindestens hinsichtlich eines der acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes des EU als problematisch eingestuft werden können. Der Wert der 2017 erteilten Ausfuhrgenehmigungen in diese Länder liegt bei 3,878 Milliarden Euro."

Zu den Schwächen der EU-Rüstungsexportrichtlinien gehört unter anderem, dass ein transparentes Erfassungssystem fehlt – im Prinzip übermitteln die Staaten an die EU Zahlen, wie es ihnen gerade beliebt (daher rühren auch die teils hohen Schwankungen in den EU-Berichten). Vor allem aber existiert keine offizielle Stelle, die die Einhaltung der acht Kriterien durch die Mitgliedsstaaten prüft, geschweige denn deren Verletzung sanktioniert. Überraschenderweise verabschiedete selbst das Europäische Parlament im November 2018 eine auf Grundlage eines Berichts der Linksfraktion GUE/NGL erarbeitete Entschließung, in dem diese Punkte kritisiert und Änderungen eingefordert wurden: „Das Europäische Parlament [...] kritisiert die systematische Nicht-Anwendung der acht Kriterien durch die Mitgliedstaaten und die Tatsache, dass Militärtechnologie Bestimmungsorte und Endnutzer erreicht, die die im Gemeinsamen Standpunkt festgelegten Kriterien nicht erfüllen; wiederholt seine Forderung nach einer unabhängigen Bewertung der Einhaltung der acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts durch die Mitgliedstaaten; hält es für notwendig, eine größere Konvergenz in der Anwendung der acht Kriterien zu fördern; bedauert, dass es keine Bestimmungen zur Sanktionierung von Mitgliedstaaten gibt, die beim Erteilen von Genehmigungen die Einhaltung der acht Kriterien nicht vorab geprüft haben; fordert die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, die Kohärenz bei der Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts zu verbessern, und empfiehlt ihnen, Vorkehrungen für die Durchführung unabhängiger Kontrollen zu treffen".

Leider haben die Positionen des Europäischen Parlaments in Sachen Rüstungsexporte keine rechtlich bindende Wirkung, weshalb damit zu rechnen ist, dass die Staaten an ihrer Auslegungspraxis auch nach der für Ende des Jahres erwarteten Überarbeitung des Gemeinsamen Standpunktes munter festhalten werden.

Im Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass die Rüstungsexportrichtlinien, beziehungsweise deren Auslegung, in den letzten Jahren beim besten Willen nicht als sonderlich restriktiv bezeichnet werden können. Tatsächlich wurde sowohl auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene tunlichst darauf geachtet, dass genügend Spielraum für eine umfassende Rüstungsexportpraxis blieb – und bedauerlicherweise dürfte sich dies auch mit der Neufassung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien nicht grundsätzlich ändern.

4. Richtlinien: Vage Verbesserungen…

Die am 26. Juni 2019 aktualisierten Richtlinien weisen zumindest drei Neuerungen auf, die sich zumindest potenziell positiv auf die bisherige Exportpraxis auswirken könnten.

Erstens wurde die Möglichkeit für „Post-Shipment-Kontrollen", also Endverbleibskontrollen im Empfängerland nach erfolgtem Waffenexport, nun explizit aufgenommen, nachdem Sigmar Gabriel sie bereits in seiner Zeit als Wirtschaftsminister (2013 bis 2017) eingeführt hatte. Hier handelt es sich unzweifelhaft um einen Fortschritt gegenüber der vorherigen Fassung, auch wenn die konkrete Ausgestaltung noch nicht allzu fortgeschritten scheint, wie bei „Streitkräfte & Strategien" erklärt wird: „Erste solche sogenannte Post-Shipment-Kontrollen für kleine und leichte Waffen sind inzwischen durchgeführt worden. Die Erfahrungen werden derzeit ausgewertet. Die Möglichkeit zu solchen Kontrollen wurde in die Politischen Grundsätze aufgenommen. Allerdings wird sich erst in Zukunft zeigen, ob die Kontrollen von kleinen und leichten Waffen auf andere Rüstungsgüter ausgeweitet werden."

Der *zweite* Bereich betrifft den Export von Technologie ins Ausland, der nun im Prinzip an die Einhaltung der politischen Grundsätze gebunden wird: „Vor der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Technologie ist zu prüfen, ob hierdurch der Aufbau von ausländischer Rüstungsproduktion ermöglicht wird, die nicht im Einklang mit der in diesen Grundsätzen niedergelegten restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung steht." Im Prinzip ist diese neue Passage natürlich zu begrüßen, aber leider bleibt vieles vage und unklar. Insbesondere Firmenverlagerungen und Joint Ventures werden nicht ernsthaft adressiert, wie Simone Wisotzki von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung" (HSFK) und Max Mutschler vom „Bonn International Center for Conversion" (BICC) bemängeln: „Es ist gut, dass die Bundesregierung dem Aufbau ausländischer Rüstungsproduktion durch deutsche Rüstungsunternehmen in Zukunft größere Aufmerksamkeit widmen will als bisher. So führt etwa die weltweite Proliferation von Kleinwaffen aus ausländischer Produktion mit deutscher Lizenz und Technologie die fatalen Folgen der bisherigen Blindheit der Bundesregierung für diese Problematik vor Augen. Ob sie es mit dieser Absichtserklärung tatsächlich ernst meint, muss die Bundesregierung erst noch durch die entsprechende Genehmigungspraxis beweisen. Außerdem sollte sie endlich einen Genehmigungsvorbehalt für die Gründung von Joint Ventures und Tochterunternehmen deutscher Rüstungsfirmen im Ausland einführen, um zu verhindern, dass Firmen wie Rheinmetall diese Gesetzeslücke nutzen und,

zum Beispiel über ein Tochterunternehmen in Italien, weiter Bomben an Saudi-Arabien liefern."

Besonders aber ein *dritter* Aspekt mit einem – zumindest auf den ersten Blick – gewissen Potenzial, rückte umgehend in die Kritik der Rüstungslobby: Das scheinbare Exportverbot von Klein- und Leichtwaffen. Auch wenn die Umsätze dieser Waffen im Vergleich zu den Kriegswaffen vergleichsweise gering sind[6], wäre ein generelles Ausfuhrverbot aufgrund ihrer verheerenden Wirkung tatsächlich ein immenser Fortschritt.

Und auf den ersten Blick scheint dies auch der Fall zu sein, denn in die Richtlinien wurde folgende Passage neu aufgenommen: „Der Export von Kleinwaffen in Drittländer soll grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden." Daraufhin meldete sich umgehend der „Bund der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie" (BDSV) in einer Pressemitteilung kritisch zu Wort: „Das vollständige Exportverbot von Kleinwaffen in Drittländer, so wie es bereits im Koalitionsvertrag verankert wurde, ist eine zwar politisch nachvollziehbare Entscheidung, berücksichtigt aber nicht, dass es auch Drittländer gibt, die eine demokratisch gewählte Regierung haben und auch internationale Menschenrechtsstandards einhalten. Daher ist eine solche Pauschalisierung eher unangemessen und auch hier sollte die Einzelfallentscheidung wieder greifen."

Damit referierte der BDSV allerdings lediglich, was ohnehin bereits Position der Bundesregierung ist – nämlich dass *grundsätzlich* aus ihrer Sicht eben keinesfalls *immer* bedeutet, wenn etwa Regierungssprecher Steffen Seibert zu Protokoll gibt: „Das bedeutet gleichzeitig, dass es in begründeten Einzelfällen Ausnahmen geben kann; es handelt sich also nicht um ein Komplettverbot, sondern um ein grundsätzliches Verbot."

Darüber hinaus wird hier noch so getan, als wäre mit *grundsätzlich* so etwas wie *in der Regel* gemeint. Dies ist aber erfahrungsgemäß nicht der Fall, stattdessen wurden Exporte in Drittstaaten eher regelmäßig durchgewunken, wie zum Beispiel bei „Streitkräfte & Strategien" betont wird: „In der Praxis können die Ausnahmen jedoch auch Überhand nehmen. Seit 19 Jahren steht nämlich bereits in den Politischen Grundsätzen, dass Exporte von Kriegswaffen in Drittstaaten nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. [...] Aus der theoretisch möglichen Ausnahme ist also in der Praxis die Regel geworden."

Auch in der Neufassung der Richtlinien wird der besonders heikle Kriegswaffenexport an Drittländer kaum prinzipiellen Beschränkungen unterworfen, „sicherheitspolitische Interessen" können jederzeit geltend gemacht werden, um alle anderen Hürden aus dem Weg zu räumen: „Der Export von nach KrWaffKontrG und AWG genehmigungspflichtigen Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen."

Grundsätzlich – und in der Praxis wohl deutlich näher am Wortsinn eigentlich immer – sind außerdem auch gemäß der neuen Richtlinien wie schon in der vorherigen Version Ausfuhren an Verbündete zu genehmigen: „Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in EU-Mitgliedstaaten, NATO-Länder und NATO-gleichgestellte Länder [...] ist grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist."

Während also auf der einen Seite dafür gesorgt wurde, dass die wichtigsten Exportschlupflöcher offen bleiben, wurden parallel dazu mit Blick auf europäische Rüstungsprojekte einige ganz neue Fässer aufgemacht.

5. … und neue (EU-)Einfallstore

Auf die – aus herrschender Sicht – zwingende Notwendigkeit einer Bündelung der europäischen Rüstungsindustrie wurde bereits oben verwiesen. In diesem Zusammenhang sollen die drei derzeit größten länderübergreifenden EU-Vorhaben – Eurodrohne (MALE RPAS), Kampfpanzer (MCGS) und Luftkampfsystem (FCAS) – die Bildung eines europäischen Rüstungskomplexes vorantreiben. Doch ihre Realisierungschancen hängen im Wesentlichen davon ab, dass über Exporte eine kritische Masse erreicht werden kann, die den Bau erst ermöglicht, die heimischen Märkte würden hier schlicht nicht ausreichen. Vor diesem Hintergrund wurde der Bundesregierung in den letzten Monaten von interessierter Seite ein ums andere Mal ins Stammbuch geschrieben, die allzu „restriktiven" Regelungen hierzulande würden die Realisierung der EU-Großvorhaben gefährden (siehe Kasten).

Die EU-Rüstungsexportrichtlinien ("Acht Kriterien")

1.) Respekt vor internationalen Verpflichtungen/Verträgen;
2.) Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts;
3.) Sicherheitslage des Landes (ob etwa Bürgerkrieg herrscht);
4.) Gefährdung von Frieden und Stabilität in einer Region (keine Exporte in Krisengebiete);
5.) Wahrung von Bündnisinteressen;
6.) Haltung bezüglich Terrorismus;
7.) Gewährleistung kein Weitertransfer an problematische Länder/Gruppen (Endverbleib);
8.) Vereinbarkeit mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes (Entwicklungsverträglichkeit).

Quelle: Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern

Keine Rüstungsexporte – Keine Rüstungsindustrie

„Die Steigerung der Exporte trägt wesentlich dazu bei, die kritische Masse europäischer Rüstungsunternehmen zu erhalten. [...] Ohne Exporte würden viele EU-Unternehmen [...] ums Überleben kämpfen." *(Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related research, EUISS, Paris, Februar 2016, S.44f.)*

„Wer (…) Exporte um jeden Preis verhindern will, muss ehrlich sagen, dass er diese Industrie grundsätzlich in Deutschland nicht will." *(Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Vorsitzende, FAZ, 1.3.2019)*

„Das ist die Gretchenfrage für die Zukunft der europäischen Rüstungsindustrie: Ohne die Fähigkeit zum Export werden Großprogramme – wie etwa das europäische Luftkampfsystem FCAS – nicht die Stückzahlen erreichen, um zu wettbewerbsfähigen Kosten zu produzieren." *(Tom Ender, Ex-Airbus-Chef, Handelsblatt, 18.4.2019)*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Und hier liegt auch der Grund, weshalb Fragen des Exportes europäischer Gemeinschaftsprodukte mit bislang nicht gekannter Prominenz in die Neufassung der Richtlinien hineingedrückt wurden. Ziel müsse es sein, die „europäische verteidigungsindustrielle Basis zu stärken“ sowie die „Konvergenz von Entscheidungen über Ausfuhren von Rüstungsgütern zu fördern und gemeinsame Ansätze zu entwickeln“.

Dieser klare Zungenschlag in Richtung Industrieförderung wird noch ergänzt um eine Art Export-Freifahrtschein für Produkte mit deutschen Teilen, indem eine sogenannte de-minimis-Regelung verankert wurde.[7] Simone Wisotzki und Max Mutschler schreiben zu den Auswirkungen: „Die Anwendung einer de-minimis-Regelung würde allerdings bedeuten, dass solche Einwände nur noch dann geltend gemacht werden sollen bzw. können, wenn der Anteil der deutschen Teile am Gesamtsystem über einem bestimmten Wert- oder Prozentsatz (wie hoch dieser sein soll, wird in den Grundsätzen nicht genannt) liegt. Solche de-minimis-Regelungen sind nicht neu; sie kamen auch schon bei früheren Kooperationsverträgen zum Einsatz. Allerdings handelte es sich dabei in der Regel um sehr geringe Wertsätze. Im Zuge des Drängens insbesondere Frankreichs auf laxere Exportkontrollen stehen jedoch Sätze von bis zu 30 Prozent zur Diskussion. Das wäre beim Export von Rüstungskomponente[n] de facto die Aushebelung der deutschen Rüstungsexportkontrolle durch europäische Rüstungskooperation.“

Vor diesem Hintergrund weist Otfried Nassauer auf den Richtungscharakter der Richtlinien hin, in denen zwar einige – allerdings reichlich vage und ignorierbare – Verbesserungen zu finden sind, denen aber gerade mit Blick auf die EU-Passagen massive Verschlechterungen gegenüber stehen: „Der CDU/CSU gelang es dagegen, Änderungen in die neuen Politischen Grundsätze zu integrieren, die den Charakter des Dokumentes mittelfristig verändern können. Auf Initiative der Unionsparteien wurden verstärkt industriepolitische Zielsetzungen in das Dokument integriert. Noch sind diese allgemeiner Natur - künftige Konkretisierungen deuten sich allerdings bereits an. [...] Zwei Stoßrichtungen werden hier erkennbar: Zum einen wird für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte eine Sonderrolle proklamiert. Sie sind politisch gewünscht und gewollt. Das könnte auch beim Rüstungsexport Berücksichtigung finden.“

6. Moral und Interessen ausbalancieren?

Immer wieder werfen Frankreich und andere Länder Deutschland besonders in Sachen Rüstungsexporte nach Saudi Arabien überbordenden moralischen Rigorismus vor. Diese Kritik rief unter anderem den Friedensforscher Herbert Wulff auf den Plan, der in einer Replik schrieb: „In den EU-Kriterien [heißt es], dass ‚das Bestehen oder die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen dem Empfängerland und einem anderen Land‘ ein Ausschlussgrund sind. [...] Die Frage ist also nicht, warum Deutschland kurzfristig die Waffenlieferungen stoppte, sondern warum die Exporte überhaupt genehmigt wurden. Und warum Frankreich und Großbritannien nun mit moralisch erhobenem Zeigefinger deutsche Unzuverlässigkeit im Rüstungsexport beanstanden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wieso liefern EU-Länder ungeniert in diese Kriegs- und Konfliktregion? Was sind die EU-Rüstungsexportregularien wert, wenn sie derart missachtet werden?“

Derlei naheliegende Überlegungen hielt den BDSV in seinem Kommentar zu den neuen Exportrichtlinien natürlich nicht ab, die Steilvorlage aus den anderen EU-Ländern aufzugreifen: „Die Bundesregierung bekennt sich aber auch zu mehr Gemeinsamkeiten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb Europas. Dies aber bedingt aus unserer Sicht eine gewisse Kompromissbereitschaft und eben nicht ein ‚Überstülpen‘ deutscher Vorstellungen“. Ins selbe Horn stieß auch der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter, als er forderte: „Wir müssen hier Moral, Interessen und Werte schon etwas stärker ausbalancieren.“

Auch die Richtlinien selber greifen in gewisser Weise das Spannungsfeld zwischen Moral und Interessen auf, indem die Bundesregierung betont bei „Exportvorhaben des Kooperationspartners“ beide Gesichtspunkte zu berücksichtigen-, bevor Einwände geltend gemacht würden: „Die Bundesregierung wird hierbei sorgfältig zwischen dem Kooperationsinteresse und dem Grundsatz einer restriktiven Rüstungsexportpolitik unter Berücksichtigung des Menschenrechtskriteriums abwägen.“

Auf welche Seite sich die Bundesregierung allerdings bei einem Zielkonflikt zwischen Moral und Interesse schlagen wird, hat sie bereits in einem Zusatzabkommen zum „Aachener-Vertrag“ am 14. Januar 2019 überdeutlich zur Schau gestellt. Darin erteilte sie Frankreich im Prinzip einen Persilschein, gemeinsame Rüstungsgüter nach Gutdünken in jeden Winkel der Welt zu exportieren: „Die Parteien werden sich nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen, es sei denn in außergewöhnlichen Fällen, in denen direkte Interessen oder die nationale Sicherheit betroffen wären.“

Anmerkungen

1 Die wörtliche Passage im Koalitionsvertrag lautete: „Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungssexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten.“

2 Die Untersuchungen beziehen sich zwar auf die USA, dürften sich aber wohl auch auf Deutschland übertragen lassen.

3 Eine vom „Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ in Auftrag gegebene Studie kam zu dem Ergebnis, im Kernbereich der Rüstungsindustrie seien 17.000 Menschen beschäftigt, im erweiterten Bereich 80.000. Vgl. WifOR, Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den deutschen Wirtschaftsstandort, Berlin 2012.

4 Gleichzeitig definierte das Papier aber auch eine Reihe von „Schlüsseltechnologien“, die ungeachtet der vollmundig propagierten Europäisierung des Rüstungssektors fest in deutscher Hand bleiben sollen.

5 Im Jahr 2000 bezog sich die entsprechende Passage der Richtlinien noch auf den „Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren vom 8. Juni 1998“, erst mit Verabschiedung des Gemeinsamen Standpunkts im Jahr 2008 wurden die Richtlinien rechtlich bindend.

6 Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2018 heißt es: „Der Gesamtwert der Genehmigungen für Kleinwaffen und Kleinwaffenteile belief sich im Jahr 2018 auf 38,91 Millionen Euro. Im Jahr 2017 lag der Wert bei 47,82 Millionen Euro. Die Genehmigungen von Kleinwaffen für Drittländer umfassten 2018 einen Wert von 403.703 Euro (Vorjahr: 15,1 Millionen Euro).“

7 Wörtlich heißt es in der Neufassung der Richtlinien: „Für deutsche Zulieferungen von Teilen (Einzelteilen oder Baugruppen), die Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter sind, können Regelungen Anwendung finden, die der Integration der zugelieferten Teile in übergeordnete (Waffen-)Systeme Rechnung tragen, insbesondere de-minimis-Regelungen.“

Zerlegungsprozess von Atomwaffen verifizieren

von Simon Hebel und Manuel Kreutle

In Zeiten erneuter Spannungen zwischen Russland und den USA, in denen mit der Aufkündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate-range Nuclear Forces, INF) die Entwicklung und Stationierung neuer Atomwaffen droht, sollte nicht vergessen werden, dass Artikel VI des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) alle Vertragsstaaten nach wie vor zur Abrüstung ihrer Atomwaffenarsenale verpflichtet.

Obwohl im NVV weder das Wann noch das Wie eines derartigen Unterfangens geregelt wurde, ist die Entwicklung von Mechanismen, Techniken und Technologien, die zur Verifikation von nuklearer Abrüstung nützlich oder nötig sein könnten, ein unumgänglicher Schritt in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen.

Im Folgenden sollen die zentralen Schritte der Verifikation des Zerlegungsprozesses von Atomwaffen, die damit einhergehenden Herausforderungen und die aktuell diskutierten Methoden vorgestellt werden. Im Anschluss beschreiben wir einige Projekte, die sich mit dem Gebiet befassen.

Der Abrüstungsprozess

Für eine verifizierte Abrüstung muss zunächst eine Deklaration der Bestände erfolgen. Atomwaffenstaaten müssen anderen Atom- sowie Nicht-Atomwaffenstaaten Einsicht in den Umfang ihres nuklearen Arsenals geben sowie eine Überprüfung der Angaben ermöglichen, beispielsweise durch Vor-Ort-Inspektionen.

In der Vergangenheit gab es bereits bilaterale Verträge zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. Russland, die im Ansatz derartige Elemente umfassten. Allerdings wurde mit den bisherigen Verträgen (z.B. START, START II oder New START) lediglich die Anzahl der Sprengköpfe auf startbereiten Trägersystemen reduziert, nicht aber das Arsenal an Sprengköpfen insgesamt. Entsprechend wurden im Rahmen dieser Abkommen keine Sprengköpfe zerlegt und keine Verifikationssysteme für die Beseitigung von Sprengköpfen entwickelt. Ein umfassendes Abrüstungsabkommen sollte außerdem multilateral gestaltet sein, um alle Atomwaffenstaaten mit einzubinden. Auch haben Nicht-Atomwaffenstaaten ein offensichtliches Interesse daran, dass der Abbau der Waffenarsenale tatsächlich erfolgt, und werden deshalb an der Verifikation ebenfalls teilhaben wollen.

Nach Abschluss eines (multilateralen) Abrüstungsvertrags, in dem unter anderem Umfang und Fristen geregelt werden müssen, und nach der Deklaration der Bestände kann die eigentliche Abrüstung der Nuklearwaffen erfolgen. Dazu muss sichergestellt werden, dass alle Sprengköpfe vollständig deklariert wurden und dass es sich bei den deklarierten Objekten wirklich um nukleare Sprengköpfe handelt. Ein vertrauenschaffender Weg wären hier die überwachte Abnahme des Sprengkopfes von einem zuvor aktiven Trägersystem (z.B. Atom-U-Boot oder Rakete in zugehörigem Silo) sowie radiometrische Messungen. Ab diesem Zeitpunkt muss ebenfalls sichergestellt werden, dass kein Spaltmaterial aus dem Sprengkopf abgezweigt werden kann. Nach der Abnahme erfolgt der Transport des Sprengkopfes in eine zur Demontage vorgesehenen Anlage. In dieser Anlage wird der Sprengkopf demontiert und die Komponenten werden separat gelagert. Der Abrüstungsprozess ist jedoch erst dann komplett abgeschlossen, wenn das Spaltmaterial irreversibel zerstört oder umgewandelt wurde.

Die Herausforderungen

Das zentrale Problem, das ein Verifikationsregime für die Abrüstung nuklearer Sprengköpfe lösen muss, ist die Geheimhaltung. Diese Anforderung rührt nicht nur daher, dass fast alle Eigenschaften einer Kernwaffe als uneingeschränkte Militärgeheimnisse und als kritisch für die nationale Sicherheit gelten. Artikel I des NVV regelt außerdem, dass Atomwaffenstaaten unter keinen Umständen Atomwaffen oder Informationen über deren Aufbau und Zusammensetzung an Nichtatomwaffenstaaten weitergeben dürfen. Umgekehrt verpflichten sich die Nichtatomwaffenstaaten gemäß Artikel II des NVV, dass sie unter keinen Umständen versuchen, Atomwaffen oder sensibles Wissen darüber zu erlangen. Somit darf im Zuge der Inspektionen möglichst nichts über die verwendete Menge an Spaltmaterial, die Isotopenzusammensetzung, den Zündmechanismus, den Sprengstoff, die Container für Lagerung und Transport oder ähnliches bekannt werden.

Die Ausgangssituation ist also für Inspektor*innen die folgende: Sie sollen verifizieren, dass ein Objekt, über das sie eigentlich nichts erfahren dürfen, so demontiert wurde, dass aus den verbleibenden Bestandteilen kein weiterer militärischer Nutzen zu ziehen ist.

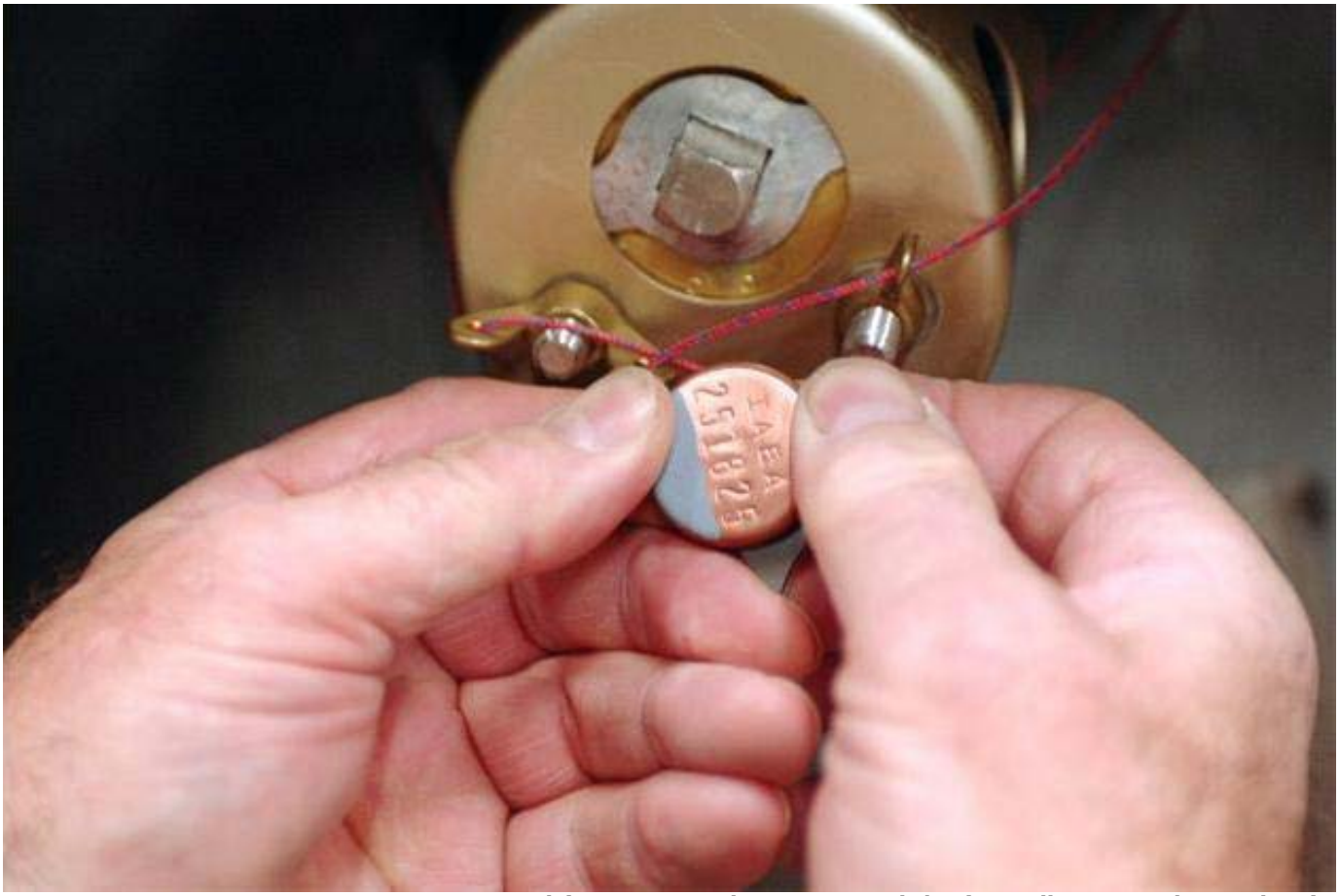
Neben dem radioaktiven Spaltmaterial enthält der Sprengkopf auch hochexplosiven Sprengstoff. Beides unterliegt sehr strengen Sicherheitsvorschriften, und der Umgang damit ist nur in dafür vorgesehenen Anlagen durch speziell ausgebildetes Personal gestattet. Mitglieder eines inspizierenden Staates werden daher die Überprüfungsmaßnahmen und Messungen nicht selbst durchführen, sondern lediglich vom Atomwaffenstaat dafür bereitgestelltes Personal dabei beobachten dürfen.

Obwohl davon auszugehen ist, dass ein Staat, der einen Abrüstungsvertrag unterzeichnet, auch wirklich an der Abrüstung seines Arsenals interessiert ist, müssen andere Staaten sicherstellen, dass kein Spaltmaterial abgezweigt werden kann, mit dem im Geheimen neue, nicht deklarierte Atomwaffen gebaut werden könnten. Der Fokus auf Spaltmaterial ist naheliegend, da es die ausschlaggebende und am schwersten zu beschaffende Komponente von Atomwaffen darstellt. Eine zentrale Herausforderung ist daher, an bestimmten Stellen die Anwesenheit von nuklearem Material sicherzustellen und dazwischen eine kontinuierliche Beweiskette (chain of custody) zu gewährleisten, um eine potentielle Abzweigung zu verhindern.

Im Detail gestaltet sich dies folgendermaßen: Ist sichergestellt, dass zu Beginn des Abrüstungsprozesses wirklich ein echter nuklearer Sprengkopf vorliegt und keine Attrappe, muss die Identität und Integrität dieses Objekts ohne Unterbrechung bis zum Moment der Zerlegung nachverfolgt werden können. Durch die Verwendung moderner Siegel und Identifikations-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Siegel der Internationalen Atomenergiebehörde. Quelle: Dean Calma / Wikipedia

techniken kann zuverlässig festgestellt werden, ob ein Container geöffnet wurde. Mithin sind Transport und Lagerung auch dann relativ leicht zu überwachen, wenn keine Inspektoren vor Ort sind. Die eigentliche Demontage findet in einem abgeschlossenen Raum unter absoluter Geheimhaltung statt. Ausgerechnet an dem Punkt, an dem die technische Überwachungskette unterbrochen ist, dürfen also auch keine Inspektoren anwesend sein.

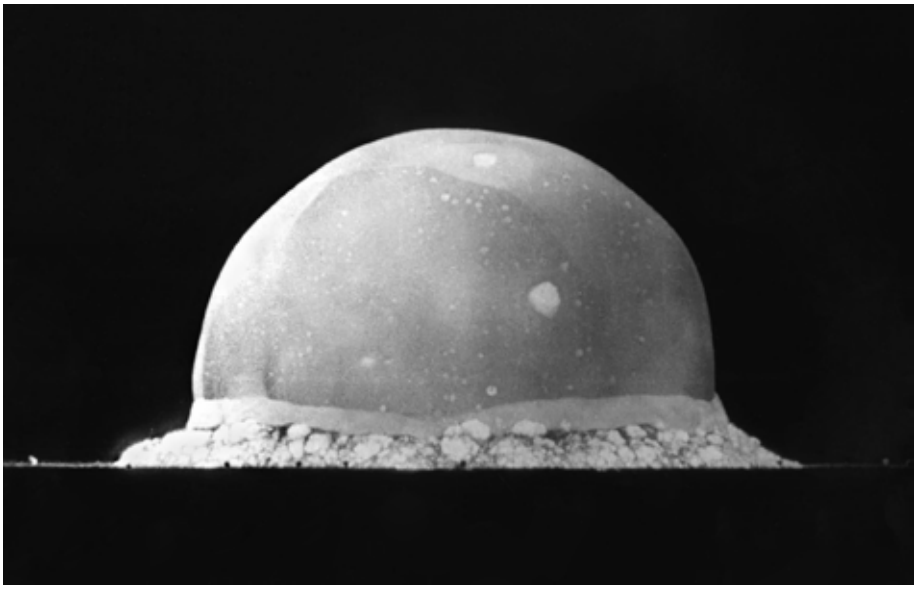
Diesem Problem wird mit einer gründlichen Absicherung aller möglichen Abzweigungspfade begegnet (mehr dazu unten). Im Anschluss an die Demontage bleiben lediglich diverse Container übrig: der nun leere Transportcontainer, in dem der Sprengkopf eingetroffen ist, Container mit dem Spaltmaterial, Container mit dem Sprengstoff und Abfallcontainer mit dem restlichen Material. Keiner der Container darf von den Inspektor*innen geöffnet werden, da sowohl Inhalt als auch der Aufbau der Container selbst der Geheimhaltung unterliegen. Nur der dafür vorgesehene Container darf Spaltmaterial enthalten. Außerdem muss sichergestellt werden, dass kein Spaltmaterial in dem Raum, in dem die Demontage stattfand, zurückbleibt, oder dass es diesen Raum auf anderem Wege verlässt als in dem dafür vorgesehenen Container. Anschließend müssen die Container versiegelt werden, so dass die Überwachungskette wieder hergestellt ist.

Methoden der Verifikation

Elementares Mittel, um sicherzustellen, dass beim Transport und während einer möglichen Lagerung kein Spaltmaterial abgezweigt werden kann, sind die Container. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Erhalt der Integrität des Containers und auf der eindeutigen Identifizierung. Ersteres stellt sicher, dass niemand den Behälter geöffnet oder manipuliert hat; Letzteres gewährleistet, dass der Container nicht durch ein leeres Duplikat ersetzt wurde.

In diesem Bereich greifen zunächst klassische Verfahren, wie Siegel, die durch mechanische Einwirkung ihre Oberfläche verändern (»gebrochen werden«) und somit anzeigen, ob jemand versiegelte Container oder Türen geöffnet hat. Ebenfalls simpel, aber effektiv, ist die Kennzeichnung des Containers mit in klebender Flüssigkeit gelösten, reflektierenden Partikeln, die nach einmaligem Auftragen eine zufällige und eindeutige Signatur generieren, die praktisch nicht zu fälschen ist. Diese Technik dient besonders der eindeutigen Identifizierung von Containern und anderen Objekten. Darüber hinaus gibt es weiterreichende Technologien. So könnten Container etwa durch eingebettete Glasfasern verstärkt und so gegen mögliche Manipulationen, z.B. Bohren, geschützt werden; in diesem Fall schickt ein Gerät einen Laserpuls durch die Glasfasern und misst am Faserende das Ausgangssignal. Änderungen im Signal weisen auf eine mögliche Manipulation des Containers hin. Viele weitere Techniken zur Inspektion von Containern, Lagerungsorten und anderen Anlagen werden bereits im Bereich »Safeguards« (Sicherungsmaßnahmen) der Internationalen Atomenergieorganisation, die die Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages kontrolliert, verwendet und könnten auch bei der Abrüstungsverifikation Anwendung finden.

Genauso relevant wie zu verhindern, dass Material aus Transport- und Lagerungscontainern abgezweigt wird, ist es zu überprüfen, dass kein Spaltmaterial den Raum verlässt, in dem der Sprengkopf demontiert wird. Besonders wichtig ist dabei ein so genannter Portalmonitor am Ein- bzw. Ausgang des Raums. Dieser Detektor untersucht Personen, Material und Container, die den Kontrollbereich passieren, auf die An- und Abwesenheit von strahlendem Material. So können auch kleinere Mengen Plutonium und Uran festgestellt werden. Der



Trinity-Explosion im Jahr 1945. Quellle: Berlyn Brixner / Los Alamos National Laboratory

Ausgang ist jedoch nicht der einzig mögliche Abzweigungspfad. Um sicherzustellen, dass nicht über einen versteckten Weg, z.B. einen Lüftungsschacht oder einen Abfluss, Material entfernt wird, sollten alle möglichen Wege versiegelt werden. Um sicherzustellen, dass nicht einfach Spaltmaterial im Raum zurückgelassen und nach Abzug der Inspektor*innen entfernt wird, sollte der Raum nach Abtransport des Spaltmaterialcontainers mittels Strahlungsdetektoren untersucht werden. Bei diesem Verfahren hilft Wissen über den Aufbau des Raums und der Anlage. Im Zuge einer Inspektion sollte folglich überprüft werden, ob die relevanten Räume wirklich die zuvor deklarierten Abmessungen aufweisen.

Trotz all dieser Techniken ist für eine Verifikation der Abrüstung früher oder später unabdingbar, nicht nur die Abwesenheit, sondern auch die Anwesenheit des abzurüstenden nuklearen Materials festzustellen. Hierfür wurde eine Reihe von Techniken entwickelt, die unter dem Begriff »Informationsbarrieren« zusammengefasst werden. Dies sind Geräte, welche sensitive, d.h. geheimzuhaltende, Informationen messen und in eine nicht-sensitive Information überführen, wie ein einfaches »Ja/Nein«. So kann beispielsweise eine Strahlungsmessung an einem Container durchgeführt werden, und dem Inspektor wird lediglich mitgeteilt, ob nukleares Waffenmaterial anwesend ist oder nicht. Informationsbarrieren lassen sich im Wesentlichen in drei Techniken einteilen.

1. Bei »Template«-Informationsbarrieren wird am Container eine Messung durchgeführt und abgespeichert; das ist das Template, das nicht einsehbar ist. Später wird die Messung wiederholt und die Informationsbarriere zeigt lediglich an, ob die neue Messung dem Template entspricht, der gemessene Gegenstand also gleich oder gleichartig ist.

2. Eine »Attribute«-Informationsbarriere führt eine Messung am Container durch und analysiert das gemessene Signal, beispielsweise ein Neutronen- oder Gammaspektrum, auf bestimmte Eigenschaften hin. Dies kann eine Isotopenzusammensetzung, Reinheit oder eine Mindestmasse des Spaltmaterials sein. Anschließend teilt die Informationsbarriere nicht die Messwerte mit, sondern lediglich, ob die Messung den geforderten Eigenschaften entspricht.

3. Die dritte Art von Informationsbarrieren sind sogenannte »Zero knowledge«-Messtechniken, die so gestaltet sind, dass das Messergebnis selbst keine Rückschlüsse auf geheimzuhaltende Eigenschaften des gemessenen Materials zulässt.

Forschungsprojekte

Obwohl bislang keine Abkommen zur Abrüstung von Sprengköpfen vorliegen, gibt es bereits eine Reihe von Forschungsprojekten, die sich des Themas annahmen, auch unter Beteiligung von Nuklearwaffenstaaten, die derartige Unterfangen als Abrüstungsbemühungen im Sinne von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages begreifen.

Die »Trilateral Initiative« zwischen Russland, den USA und der Internationalen Atomenergieorganisation untersuchte im Rahmen der sich verbessernden Beziehungen in den 1990er Jahren Methoden, die sich vor allem auf die Verifikation des Waffenplutoniums vor und nach dem Abrüstungsprozess beziehen, inklusive der Entwicklung einer ersten Informationsbarriere. Es wurde auch ein gemeinsamer Entwurf für ein Verifikationsabkommen ausgearbeitet, der leider nie publiziert wurde.

Unter dem Titel »US-UK Cooperation to Address Technical Challenges in Verification« firmiert eine ganze Reihe von Projekten, in denen die Nuklearwaffenstaaten USA und Vereinigtes Königreich einzelne Methoden und Technologien zur Abrüstungsverifikation entwickelten und testeten, leider auch ohne eine ausführliche öffentliche Dokumentation.

Umfassend dokumentiert ist hingegen die »UK-Norway Initiative«, in welcher das Vereinigte Königreich zusammen mit Norwegen in ausführlichen Übungen eine Abrüstungsinspektion zwischen einem Kernwaffenstaat und einem Nichtkernwaffenstaat in einer realistischen Umgebung simulierte, mit Fokus auf der Demontage des Sprengkopfes. Diese Übung wird in reduzierter Form immer noch regelmäßig mit Studierenden wiederholt, beispielsweise im Rahmen eines Seminars, welches das Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg anbietet. Aus der UK-Norway Initiative ist auch die »Quad Exercise« unter Beteiligung von Norwegen, Schweden, Vereinigtem Königreich und USA hervorgegangen, die detailliert den verifizierten Transport von Sprengköpfen simulierte.

Seit 2014 tagt regelmäßig das Programm »International Partnership on Nuclear Disarmament Verification« (IPNDV), in dem mehr als 25 Staaten auf Initiative der USA ein umfassendes Modell für Abrüstungsverifikation sowie zahlreiche Technologiedemonstrationen entwickeln. Die Abgesandten setzen sich dabei aus Wissenschaftler*innen aus den Bereichen der Friedens- als auch der Rüstungsforschung sowie politischen Vertreter*innen aus diversen Ministerien (z.B. Außen-,Verteidigungs- oder Energieministerien) zusammen. Hieraus geht auch die von Deutschland (Auswärtiges Amt) und Frankreich (Außen- und Verteidigungsministerium) ausgerichtete »NuDiVe«-Übung hervor, die eine robuste Verifikation einer Sprengkopfdemontage demonstrieren will und unter anderem von Mitarbeiter*innen des Forschungszentrums Jülich und des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg organisiert wird.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Iron Sky und die Militarisierung des Weltraums

von Jürgen Wagner

Lange achteten die Staaten tunlichst darauf, nicht offen einer Militarisierung des Weltraums das Wort zu reden, sie aber selbstredend dennoch zu betreiben. Nun sind die Masken aber wohl endgültig gefallen: "Der Kampf um die militärische Dominanz des Weltraums ist entbrannt", erklärt Götz Neuneck vom Hamburger *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* (IFSH).

Erst gingen die USA in die Offensive und nun ziehen die NATO, Frankreich - und womöglich sogar Deutschland - im Weltraum in den Krieg, indem sie ihn auch offiziell zu einem potenziellen Schlachtfeld erklären und dementsprechende Kommandos aufstellen wollen. Gleichzeitig torpediert der Westen seit Jahren Versuche durch China und Russland, einen Vertrag gegen Rüstungsspiralen im Weltall ins Leben zu rufen, nur um im selben Atemzug ausgerechnet diesen beiden Ländern die Schuld daran zu geben, dass man sich um die Aufrüstung des Alls bemühen müsse.

Das selbstgerechte Auftreten des Westens erinnert dabei fatal an den erst wenige Jahre alten B-Movie-Klassiker „Iron Sky“, wobei selbst einige seiner aberwitzigsten Szenen mittlerweile von der Realität überholt wurden.

Akt I: USA

Wie gesagt, die Zeit der Heimlichtuerei ist augenscheinlich vorbei - schon im Januar 2019 untermauerte US-Präsident Donald Trump mit Blick auf das geplante Weltraumkommando: „Es wird ein wichtiger Bestandteil unserer Defensive, aber auch unserer Offensive.“ Ins selbe Horn stieß auch Jay Raymond, der am 27. Juni 2019 zum ersten Kommandeur des im Aufbau befindlichen Weltraumkommandos ernannt wurde, in seiner ersten Senatsanhörung: „Wir verfügen nicht mehr über den Luxus, in einem freundlichen und friedlichen Raum zu operieren. Und wir verfügen nicht über den Vorteil, die Überlegenheit im Weltraum als selbstverständlich zu betrachten.“

Die Aktivitäten Russlands und Chinas hätten die USA dazu gezwungen, besagtes Weltraumkommando aufzustellen - und in gewisser Weise dürfte dies auch zutreffen. Denn seit Jahrzehnten sehen die USA in der militärtechnologischen Überlegenheit, besonders in Kernbereichen, den Schlüssel für den Erhalt ihrer Vorherrschaft. Somit erfordert der drohende Verlust der Weltraumdominanz aus Washingtons Sicht verstärkte militärische Anstrengungen, um diese missliche Entwicklung aufzuhalten oder im Optimalfall rückgängig zu machen.

Vor diesem Hintergrund spielen sich die US-Bemühungen um die Aufstellung eines Weltraumkommandos ab. Aktuell verfügen die USA über zehn „Kampfkommandos“ („Combatant Commands“), sechs regionale und vier funktionale. Im Juni 2018 ordnete Präsident Trump die Aufstellung eines weiteren, für den Weltraum zuständigen Kommandos an, dessen Aufbau bis 2020 abgeschlossen sein soll. Unabhängige Kostenschätzungen gingen zunächst von bis zu 13 Milliarden Dollar aus, das Pentagon wiederum nennt einen Betrag von 2 Milliarden Dollar innerhalb der ersten fünf Jahre und einen Umfang von 15.000 Mitarbeitern.

Dies war also der erste Streich, mit dem die Gefahr eines Rüstungswettlaufs im Weltall massiv erhöht wurde - anschließend war dann zuerst einmal die NATO dran.

Akt II: NATO

Bereits im Jahr 2012 veröffentlichte das *Joint Air Power Competence Centre* (JAPCC), ein NATO-Exzellenzzentrum, das unter anderem an künftigen Konzepten zur Luftkriegsführung arbeitet, eine Studie über mögliche Inhalte einer Weltraumstrategie der Allianz. Das Papier „Filling the Vacuum: Framework for a NATO Space Policy“ ließ keine Zweifel an der Bedeutung des Bereiches: „Befehl und Kontrolle militärischer Truppen, präzise Luftschläge, die Lenkung von Raketen, Truppenbewegungen, Aufklärung der Umgebung und Raketenwarnungen sind inzwischen alle zu großen Teilen von Informationen abhängig, die über Satelliten weitergegeben werden.“ Deshalb sei es erforderlich, das „Konzept der kollektiven Verteidigung auf Weltraumkapazitäten“ auszudehnen, es gehe darum, „eine glaubhafte Abschreckungskapazität im Weltraumbereich“ zu erlangen.

Gesagt, getan: Beim NATO-Treffen in Brüssel im Juni 2019 soll nun eine solche Weltraumstrategie angenommen worden sein, wobei darüber hinaus nicht allzu viel Details preisgegeben wurden. So hieß es in den Medien, hier etwa bei Zeit online, lediglich: „Die Nato stellt sich damit darauf ein, dass Krieg beispielsweise durch Angriffe auf strategisch wichtige Satelliten oder einen Einsatz von Waffen im All geführt wird. [...] Damit würden zusätzliche Ressourcen bereitgestellt und mögliche Angriffe dort so behandelt wie bislang solche am Boden oder im Luft-, See- oder Cyberraum.“

Weiter wurde berichtet, es sei davon auszugehen, dass beim Treffen im Dezember 2019 ein eigenes NATO-Weltraumkommando beschlossen werde. Dadurch würden dem Bereich künftig erheblich mehr Bedeutung und damit auch Ressourcen zukommen. Als Begründung für diesen weitreichenden Schritt wurde dabei der ehemalige NATO-Pressesprecher Jamie Shea mit den Worten zitiert: „Man kann einen Krieg ausschließlich auf den Weltraum begrenzen, aber wer auch immer den Weltraum kontrolliert, kontrolliert auch, was an Land und in der Luft geschieht.“

Akt III: Frankreich, Deutschland und EU

Bei diesen Steilvorlagen aus den USA und der NATO, wobei letztere ihre Weltraumstrategie ohnehin nur mit Zutun Frankreichs verabschieden konnte, ließ es sich Staatspräsident Emmanuel Macron nicht nehmen, seinerseits in die Offensive zu gehen. Eingerahmt von einer riesigen Militärparade verkündete er in seiner Rede im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 14. Juli, der Weltraum sei ein „neuer Bereich der Konfrontation“, weshalb in Frankreich schon im September ein Weltraumkommando ins Leben gerufen werde: „Um die Entwicklung und Verstärkung unserer Fähigkeiten im Weltraum zu gewährleisten, wird im kommenden Septem-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Quelle: U.S. Army Illustration

ber ein großes Raumfahrtkommando innerhalb der Luftwaffe geschaffen“, so Macron.

Für den deutschen Politikprofessor Thomas Jäger ist die Ankündigung Ausdruck französischer EU-Machtambitionen: „Der französische Präsident Emmanuel Macron verkündet ein militärisches Weltraumkommando aufbauen zu wollen. [...] Das Kommando soll seinen Sitz in Toulouse haben und 200 Personen umfassen. Der Standort symbolisiert einen französischen Führungsanspruch. Denn Toulouse ist auch der Firmensitz von Airbus. Das europäische Unternehmen wird derzeit von einem Franzosen geführt. [...] Die französische Initiative zur Einrichtung eines militärischen Weltraumkommandos ist aufwändiger als die Fähigkeiten des Landes erlauben, insbesondere größer als seine wirtschaftlichen Ressourcen. Und es ist nicht die einzige Aktivität. [...] Der französische Präsident erhebt mit diesen neuen militärischen Maßnahmen einen Führungsanspruch in der Europäischen Union. Außenpolitische, auch diplomatische Strategien sollen durch sie in Zukunft abgesichert werden können.“

Vor diesem Hintergrund Denken hierzulande Teile der „strategischen Gemeinschaft“ laut darüber nach, ob sich hier nicht für Deutschland eine Gelegenheit bietet, auf den fahrenden Zug aufzuspringen und im Vorbeigehen die Europäische Union gleich auch noch mitzunehmen. Einer davon ist Christian Fischbach, Mitarbeiter von BwConsulting, ein Unternehmen, das sich selbst folgendermaßen beschreibt: „Die BwConsulting ist das Beratungsunternehmen der Bundeswehr: Wir beraten die strategischen Projekte des Verteidigungsministeriums und sind damit treibende Kraft für die kontinuierliche Weiterentwicklung der gesamten Bundeswehr.“

Er tweetete kurz nach der Ankündigung des französischen Präsidenten: „@EmmanuelMacron, wollen wir das zusammen machen? Passt zu EU und zur NATO. Wir haben auch schon was: Weltraumlagezentrum in Uedem. Vielleicht wollen wir das als #PESCO-Projekt machen? Oder als #FNC-Projekt. Dann können auch die USA mitmachen.“

Von offizieller Seite war bislang noch nichts in diese Richtung zu vernehmen. Tatsächlich käme aber das 2011 ins Leben gerufene Weltraumlagezentrum, das aktuell durch Investitionen in Infrastruktur und mehr Personal zu einem Weltraumführungszentrum aufgewertet wird, für eine solche Kooperation in Frage. Zum Start des Zentrums hieß es auf der Seite der Bundeswehr: „Eine gesicherte Weltraumlage ist Grundvoraussetzung einer gesicherten Weltraumnutzung. Mit dem Aufwuchs des Weltraumlagezentrums in Uedem bei Kalkar nimmt eine vorrangige Aufgabe der Luftwaffe Konturen an. [...] Für moderne Streitkräfte ist die gesicherte Verfügbarkeit von satellitengestützten Diensten in immer stärkerem Maße Grundvoraussetzung für deren Funktionsfähigkeit und für die effiziente Auftragserfüllung geworden.“

Die geforderte Einbettung der möglichen deutsch-französischen Kooperation in die EU und möglicherweise auch die NATO macht ebenfalls aus einer militärischen Perspektive Sinn, da Uedem für beide Organisationen wichtige Funktionen mit Blick auf Militäreinsätze einnimmt: „Das Weltraumlagezentrum [hat] den Auftrag, die Kernfunktionen eines verlegefähigen multinationalen Luftwaffengefechtsstands zur Führung von Luftstreitkräften bereitzustellen. [...] Dieses sogenannte Joint Force Air Component Headquarters (JFAC HQ) plant und führt den Einsatz von Luftstreitkräften, die durch mehrere Nationen bedarfsgerecht zusammengestellt wurden, beispielsweise im Rahmen der NATO Response Force (NRF) oder European Battle Group (EU BG).“

Wie beschrieben ist die NATO ohnehin bereits dabei, sich intensiv dem Weltraum zu widmen, aber auch für die EU ist er schon lange kein unbeschriebenes Blatt mehr. So existiert schon seit 2001 ein Satellitenzentrum der Europäischen Union im spanischen Torrejón, über dessen Aufgabenprofil es heißt: „Das Zentrum arbeitet im Rahmen seiner Aufgaben eng mit der Europäischen Verteidigungsagentur sowie der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs zusammen.“

Ende des Jahres sollen darüber hinaus die letzten der insgesamt 30 Satelliten des Galileo-Systems in den Orbit verbracht worden sein. Für das System wurden allein zwischen 2014 und

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

2020 etwa 7 Milliarden Euro eingestellt, es soll unter anderem militärisch nutzbare Aufklärungsdaten liefern und gilt damit als einer der wichtigsten Bestandteile der künftigen europäischen Militärpolitik. Im nächsten EU-Haushalt (2021 bis 2027) sind für Galileo und eine Reihe weiterer militärisch relevanter Weltraumvorhaben (EGNOS, Copernicus und GOVSATCOM) etwa 16 Mrd. Euro vorgesehen.

So ist also das Feld für ein neues Wettrüsten im All bereitet, das sich nach aktuellem Stand auch jeder vertraglichen Rüstungskontrolle weitgehend entziehen würde. So äußert sich der bereits eingangs zitierte Fachmann Götz Neuneck: „Die USA forcieren mit Trumps Ankündigung und Milliardeninvestitionen die Ängste Chinas und Russlands. [...] Trump stößt die Tür zu einem neuen teuren und gefährlichen Offensiv-Defensiv-Wettrüsten mit Russland und China auf."

Hoffnungsschimmer PAROS?

Leider wird der im Januar 1967 vereinbarte Weltraumvertrag wenig dazu beitragen können, ein neues Wettrüsten im All zu verhindern. Mit Ratifizierung verpflichteten sich die Staaten zwar zu dem allgemeinen Ziel, zur Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken beizutragen - die Sache hat allerdings nach Einschätzung der *Stiftung Wissenschaft und Politik einen* Haken: „Laut Artikel IV ist es den Vertragsstaaten nicht gestattet, Massenvernichtungswaffen im All zu stationieren. Zu anderen Waffenkategorien jedoch stehen keine Regeln im Vertrag." Auch werden die Staaten zwar dazu verpflichtet, dass der „Mond und die anderen Himmelskörper [...] ausschließlich zu friedlichen Zwecken benutzt" wird, vom Raum dazwischen ist aber keine Rede.

Vielversprechender sind da schon die Versuche, einen Vertrag zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS, „Prevention of an Arms Race in Outer Space") auf den Weg zu bringen. Die Verhandlungen darum begannen schon lange davor, aber 2008 legten Russland und China der UN-Abrüstungskonferenz einen Vertragsentwurf vor, der unter anderem vorsah, dass alle Unterzeichner davon absehen Objekte im Orbit zu stationieren, die irgendeine Waffe mit sich führen.

Im Wortlaut hieß es in Artikel IV: „Die unterzeichnenden Staaten erklären im Orbit über der Erde keine Objekte zu platzieren, die irgendwelche Waffen mit sich tragen, keine solche Waffen auf Himmelskörpern zu installieren und auch auf keine andere Weise Waffen im Weltraum zu stationieren; nicht zur Drohung oder Anwendung von Gewalt gegen Objekte im Weltraum zu greifen; und anderen Staaten oder Staatengruppen oder Internationalen Organisationen nicht dabei zu assistieren oder sie dazu zu verleiten, an Handlungen teilzunehmen, die gegen diesen Vertrag verstoßen."

In Artikel XIII des PAROS-Vertrags wird zudem festgelegt, dass der Vertrag in Kraft tritt, sollte er von 20 Staaten „einschließlich aller ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat" unterzeichnet werden. Erwartungsgemäß stießen Moskau und China damit im Westen ebenso auf taube Ohren, wie eine von beiden Staaten einige Jahre später aktualisierte Version, wie erneut Götz Neuneck betont: „Es gibt schon seit Jahrzehnten Pläne für einen PAROS-Vertrag. [...] ‚Fahrt gewann das Thema, weil China und Russland 2014 bei der UN-Abrüstungskonferenz einen neuen Entwurf präsentierten', sagt der Leiter der Genfer Gespräche, der brasilianische Botschafter Guilherme de Aguiar Patriota. Die westlichen Länder haben den Entwurf abgelehnt."

Es hinterlässt - vorsichtig formuliert - einen faden Beigeschmack, wenn die westlichen Staaten in ihren Rüstungsbemühungen mit dem Finger auf Russland und China zeigen, gleichzeitig aber nicht einmal den Versuch unternehmen, einen Vertrag zum Abschluss zu bringen, der womöglich helfen könnte, das sich anbahnende Wettrüsten wenigstens ansatzweise einzudämmen.

Und das wiederum legt den Schluss nahe, dass es tatsächlich nicht darum geht, sich vor etwaigen Angriffen Russlands und Chinas zu verteidigen, sondern seinerseits die Eskalationsdominanz im Weltraum zu erlangen bzw. aufrecht zu erhalten.

Iron Sky: Nichts ist bizarrer als die Realität

Die Tatsache, dass sich die Staaten lange scheuten, ihre Maßnahmen zur Militarisierung des Weltalls offen einzuräumen, wurde 2012 in dem B-Movie-Klassiker Iron Sky in einer der skurrilsten Szenen des Films aufgegriffen.

Nachdem sich die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unbemerkt auf den Mond geflüchteten Nazis für eine Gegenoffensive rüsten, wendet sich die US-Präsidentin in der Stunde der Not an den UN-Sicherheitsrat: „Meine Frage an sie lautet: Wie wollen sie sich vor denen schützen? Wir hätten jedenfalls noch ein kleines Ass im Ärmel. Und ich bin sicher, dass sie uns dafür danken werden. Ich präsentiere ihnen das Mars-Erkundungsschiff USS George W. Bush."

Das vermeintlich zivile Schiff entpuppt sich dann als bis an die Zähne bewaffneter Kampfkreuzer - allerdings stellt sich kurz danach heraus, dass die USS George W Bush dem Ansturm der Nazihorden nicht gewachsen ist, woraufhin ihr plötzlich eine Reihe weiterer „ziviler" Kampfschiffe anderer Staaten beiseite springen.

Das allerdings bringt die US-Präsidentin gehörig in Rage: „Das ist eine Verletzung internationaler Verträge zur Nutzung des Weltraums, die jeder von ihnen unterzeichnet hat. [...] Sie alle lügen doch. OK, wer hat seine [„zivilen" Schiffe] nicht bewaffnet?"

Als auf diese letzte Frage im Sicherheitsrat lediglich der Vertreter Finnlands die Hand hebt, ist die US-Präsidentin gänzlich außer sich: „Sie haben ihre Versprechen gebrochen", kritisiert sie, woraufhin ein anderes Sicherheitsratsmitglied erwidert: „Sie doch auch." Die Szene schließt mit der US-Replik ab: „Das tun wir immer, wir sind halt so."

Damit fing der Film die Situation des Jahres 2012 überaus treffend ein - inzwischen wird er aber von der Realität überholt. Nicht nur machen sich die Staaten wenig Mühe mehr so zu tun, als würden sie nicht die Militarisierung des Weltraums betreiben, auch was die Protagonisten anbelangt, ist der Streifen mittlerweile veraltet.

Während die Macher von Iron Sky im Jahr 2012 für ihre fiktive US-Präsidentin die republikanische Rechtsauslegerin Sarah Palin zum Vorbild nahmen, um damit ihre Satire auf die Spitze zu treiben, sitzt im Jahr 2019 Donald Trump im Weißen Haus, was zeigt, wie schwierig politische Satire in der heutigen Zeit geworden ist.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Abgehoben

Startschuss für das deutsch-französische Kampfflugzeug

von Özlem Demirel und Jürgen Wagner

Anfang Juni 2019 bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestages erste Gelder für das „Future Combat Air System“ (FCAS). Dabei handelt es sich um ein Luftkampfsystem mit einem Kampfflugzeug im Zentrum, dessen Entwicklung Mitte desselben Monats auf der Luftfahrtschau in Le Bourget per Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und den später hinzugestoßenen Spaniern endgültig auf den Weg gebracht wurde. Problematisch sind an dem Projekt insbesondere drei Aspekte: Erstens handelt es sich dabei um das Kernvorhaben für den Aufbau einer deutsch-französischen dominierten „Europäischen Rüstungsunion“; zweitens machen die hohen Entwicklungskosten das Flugzeug zu einem Risikoprojekt, sodass davon auszugehen ist, dass über Subventionen das „unternehmerische Risiko“ für die mit dem Bau beauftragten Firmen minimiert werden wird; und drittens hängen die Realisierungschancen des Systems entscheidend davon an, ob durch ausreichend Abnehmer eine kritische Masse erreicht werden kann. Hierfür soll das FCAS sowohl als europaweites Standardsystem etabliert werden, um auf dieser Basis dann „erfolgreich“ auf den Weltmarkt zu drängen – und das wiederum dürfte es allerdings erforderlich machen, die deutschen Rüstungsexportrichtlinien noch weiter zu verwässern.

Im Zentrum der Autonomie

Seit einiger Zeit hat sich die Europäische Union die Erreichung „Strategischer Autonomie“ als oberste Priorität auf die Fahnen geschrieben. Dabei handelt es sich um die Fähigkeit auf politischer, operativer und industrieller Ebene weitgehend unabhängig vom Einfluss anderer Akteure handeln zu können.[1] Dies beinhaltet nicht zuletzt den Aufbau einer starken rüstungsindustriellen Basis, um auch hier nicht in Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen zu geraten. So hieß es bereits in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln [...]. Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP [Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik].“[2]

Als größtes Problem wird hier identifiziert, dass die Unternehmen auf Basis rein nationaler Märkte nicht überlebensfähig seien – sie würden schlicht nicht die erforderlichen Stückzahlen erreichen, um sich am Markt halten zu können. Vor diesem Hintergrund drängen aktuell vor allem Deutschland und Frankreich massiv darauf, europaweite Beschaffungsprojekte auf den Weg zu bringen, um hierdurch eine Bündelung („Konsolidierung“) der nationalen europäischen Rüstungskomplexe voranzutreiben.

Neben der waffenfähigen Eurodrohne (MALE RPAS) und einem künftigen Kampfpanzer (MCGS) ist das FCAS das dritte und wichtigste Großprojekt in diesem Zusammenhang. Die Tragweite des Vorhabens unterstrichen Claudia Major von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) und Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) mit den Worten: „Die militärische Luftfahrt ist die Schlüsselindustrie – hinsichtlich Umsatz und Innovationsleistung. Deutschland und Frankreich bewahren Europa mit dem Projekt die Möglichkeit, eine eigenständige Rüstungsindustrie zu erhalten und nicht von US-Firmen abhängig zu werden. Die Realisierung der europäischen Autonomie rückt damit ein bisschen näher.“[3]

Anschubfinanzierung

Die Geburtsstunde des FCAS schlug beim Deutsch-Französischen Ministerrat im Juli 2017, auf dem sich beide Länder im Grundsatz auf eine gemeinsame Entwicklung verständigten. Im Zentrum des Vorhabens steht der Bau eines Kampfflugzeuges der sechsten Generation (mit Tarnkappenfähigkeiten), aber zum FCAS soll noch weit mehr gehören, vor allem unbemannte Drohnenschwärme. Nach einigem rüden Hauen und Stechen zwischen Deutschland und Frankreich ist inzwischen auch die Systemführung geklärt: Dassault soll beim Bau des Kampfjets an der Spitze stehen, Airbus u.a. für die Drohnenschwärme zuständig sein (im Gegenzug dürfte Deutschland die Führung beim Bau des Kampfpanzers übernehmen, allerdings liefern sich beide Länder auch hier derzeit ein heftiges Fingerhakeln). Profitieren werden auch die deutschen Subauftragnehmer MBDA-Deutschland, Autoflug, Hensoldt, ESG, Diehl, Rhode & Schwarz und MTU Aero Engines.

Aktuellen Planungen zufolge sollen bis 2027 die allgemeinen Anforderungen geklärt, bis 2030 ein Demonstrator gebaut und ab da in die Entwicklungsphase gegangen werden. Als Auslieferungsdatum für die ersten FCAS wird das Jahr 2040 angepeilt. Was Entwicklungskosten und insbesondere Gesamtumfang anbelangt, gehen die Angaben teils doch weit auseinander. Bekannt ist zunächst einmal der Betrag von 65 Mio. Euro, den Deutschland und Frankreich (wohlgemerkt: ohne Spanien) für die Konzeptstudie bereits bereitgestellt haben – dies soll es wohl ermöglichen sämtliche Spezifika des Fliegers im Vorhinein festlegen zu können.

Die Finanzierung der Konzeptstudie wurde vom Haushaltsausschuss auf Grundlage einer Vorlage des Verteidigungsministeriums abgesegnet, die auch Aufschluss über die aktuellen Kostenprognosen gibt: „Nach einer ersten groben Abschätzung Frankreichs beträgt der Bedarf für die Technologiereifmachung und -demonstration bis 2030 insgesamt rund 8 Milliarden Euro“, heißt es in der Vorlage.[4] Hier enden dann aber die wenigstens halbwegs verlässlichen Schätzungen – völlig unklar ist, auf was das Gesamtvolumen des Projektes hinauslaufen wird. Da ist etwa in dem einen Artikel von insgesamt 100 Mrd. Euro die Rede[5], im anderen sind es dann gleich 500 Mrd. Euro.[6]

Weil bei einem solch gigantischen Projekt allein schon die Entwicklungskosten enorme Risiken in sich bergen, ist davon auszugehen, dass die beteiligten Länder alles unternehmen werden, um den beauftragten Konzernen so weit als möglich unter die Arme zu greifen. Hierfür dürfte ab 2021 auf den „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) zurückgegriffen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

FCAS-Modell bei der Luftfahrtschau in Le Bourget im Juni 2019. Quelle: JohnNewton / CC BY-SA 4.0

werden, ein Budget, das sich bis 2027 auf insgesamt 48,6 Mrd. Euro belaufen soll (davon 13 Mrd. aus dem EU-Haushalt, der Rest wird national zugegeben). Mit ihm soll insbesondere die Erforschung und Entwicklung europaweiter Rüstungsgroßprojekte im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) finanziert werden. Aus diesem Grund wurde bereits die bewaffnete Eurodrohne im November 2018 in die zweite PESCO-Projektrunde aufgenommen, seither wird ihre Entwicklung mit 100 Mio. Euro aus einem EVF-Vorläufer finanziert (die dann noch einmal durch nationale Beträge ergänzt werden). Deshalb ist davon auszugehen, dass das FCAS Teil der dritten PESCO-Projektrunde werden wird, über die Ende dieses Jahres entschieden werden soll.

Dass Deutschland, Frankreich und nun auch Spanien das Projekt also bis zum Demonstrator über die Ziellinie bringen werden, kann somit als relativ sicher gelten, allerdings ist das nur die erste Hürde. In der Vorlage des Verteidigungsministeriums für den Haushaltsausschuss heißt es etwa zu den zahlreichen Unbekannten: „Die zukünftige Kosten- und Arbeitsverteilung ist abhängig von der Einbindung weiterer Partner im Verlauf des Projektes. Der Finanzbedarf für die daran anschließenden Phasen der Entwicklung, Fertigung und Nutzung ist derzeit aufgrund der vielen unbekannten Faktoren (konkretes Systemkonzept, logistisches Konzept, Partnernationen, Stückzahlen, Export) nicht abschätzbar.“[7]

Britisch-amerikanische Torpedos

Um die Stückkosten im Rahmen zu halten, muss sich das FCAS möglichst weitgehend als europaweites Standardsystem durchsetzen – doch da haben Berlin und Paris die Rechnung ohne Washington und einige andere europäische Hauptstädte gemacht. So sehen es die USA überhaupt nicht gerne, dass ihnen eine mächtige Konkurrenz auf den Weltexportmärkten erwachsen könnte – und auch der Verlust des bislang überaus lukrativen EU-Marktes droht den US-Unternehmen, die dorthin allein im Zeitraum 2014 bis 2016 Kriegsgerät im Umfang von 62,9 Mrd. Dollar absetzten konnten, während es umgekehrt gerade einmal 7,6 Mrd. waren, wie Mitte Juni 2019 ein Papier des EU-eigenen „Institute für Strategic Studies“ vorrechnete.[8]

Diese Sorge führte Mitte Mai 2019 zu einem Brandbrief zweier US-Verteidigungsstaatsekretärinnen, die für den Fall einer Abschottung des EU-Rüstungsmarktes Sanktionen androhten. Bei Spiegel Online hieß es dazu: „Das Schreiben an Federica Mogherini ist nicht weniger als eine neue US-Kampfansage gegen die EU. Auf vier eng bedruckten Seiten kritisieren die beiden Rüstungs-Staatssekretärinnen Ellen Lord und Andrea Thompson zwei zentrale Projekte der EU – die Abmachungen für mehr Kooperation bei der Verteidigung und den milliardenschweren Fonds zur Entwicklung von EU-Rüstungsprojekten. [...] Konkret moniert Washington, dass US-Firmen von den geförderten Entwicklungsprojekten durch ‚Giftpillen‘ in den entsprechenden Verträgen ausgeschlossen seien. [...] Die Heftigkeit des Briefs hat viele Diplomaten bei der EU überrascht. Zwar kannte man die Vorbehalte gegen den Versuch, sich im Rüstungsbereich unabhängiger zu machen. Nun aber droht Washington mit Strafmaßnahmen, wenn die EU nicht einlenkt.“[9]

Ob Washington tatsächlich so weit gehen wird, darf zwar bezweifelt werden, schon jetzt wird aber massiv versucht, die eigene F-35 gegen das FCAS in Stellung zu bringen. Aussichtsreich ist dieses Unterfangen in all den Ländern, in denen sich die Begeisterung, vor den Karren einer deutsch-französisch dominierten Rüstungsunion gespannt zu werden, in Grenzen hält – Polen etwa orderte im Mai 2019 bis 2026 insgesamt 32 F-35-Kampfflugzeuge von den USA.

Neben Spanien sollten außerdem wohl auch weitere Kooperationspartner ins FCAS-Boot geholt werden – über den Erfolg dieser Bemühungen heißt es allerdings in der Konzeptstudien-Vorlage des Verteidigungsministeriums Schweden, Italien und Großbritannien „waren bisher für eine Zusammenarbeit nicht zu gewinnen.“[10] Großbritannien kündigte stattdessen im Mai 2018 den Bau eines Nachfolgers des „Eurofighter Typhoon“ an, der „Tempest“, bei dem es sich ebenfalls um ein Kampfflugzeug der sechsten Generation handeln soll. Anfang Juli 2019 kündigte Schweden an, sich in den Bau einklinken zu wollen und mit dem „Instituto Affari Internazionali“ (IAI) plädierte die führende italienische Denkfabrik, das Land solle sich zunächst voll in Tempest einbringen, anstatt sich auf die absehbare Rolle als FCAS-Juniorpartner reduzieren zu lassen. Erst später, aus einer Position der Stärke heraus, solle

erwogen werden, Tempest und FCAS zu verschmelzen, um so dem selbsternannten deutsch-französischen Führungsduo Zugeständnisse abringen zu können.[11] Wie London zu dieser Überlegung steht ist unklar, auf deutsch-französischer Seite dürfte man dafür aber offen sein. Zumindest deuten aktuelle Überlegungen, PESCO-Projekte auch für „Außenstehende“ zu öffnen, sofern sich ihre Beteiligung positiv auf die europäische Rüstungsbasis auswirkt, in diese Richtung, öffnet dies doch die Option, US-Unternehmen weitgehend außen vor zu halten, die Briten bei Bedarf aber zu integrieren.

Während man so also versucht, eine tragfähige europäische FCAS-Basis zusammenzuzimmern, muss gleichzeitig noch eine weitere Kuh vom Eis – die deutschen Rüstungsexportrichtlinien.

Ohne Exporte, kein Kampfflugzeug

Eine der wichtigsten Vorarbeiten für den „Europäischen Verteidigungsfonds“ war der Anfang 2016 veröffentlichte Bericht „The case for an EU-funded defence R&T programme”. Erstellt wurde er von einer von EU-Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska handverlesenen „hochrangigen Gruppe“, die vornehmlich aus Industrielobbyisten bestand, und die wenig überraschend zu dem Ergebnis gelangte, ein solches Budget sei die halbe Miete für eine starke rüstungsindustrielle Basis. Ohne einen zweiten Aspekt, so schon damals eine der zentralen Schlussfolgerungen des Berichts, sei das Überleben der Branche aber kaum zu gewährleisten: „Die Steigerung der Exporte trägt wesentlich dazu bei, die kritische Masse europäischer Rüstungsunternehmen zu erhalten. [...] Ohne Exporte würden viele EU-Unternehmen [...] ums Überleben kämpfen.“[12]

Seither wird immer vehementer betont, die – scheinbar – allzu restriktiven deutschen Exportrichtlinien würden die Rüstungsindustrie im Allgemeinen, besonders aber die Realisierung der geplanten deutsch-französischen Großprojekte gefährden. Im März 2019 etwa lud die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS) die französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes ein, diese „Tatsache“ der deutschen strategischen Gemeinschaft in einem BAKS-Arbeitspapier ins Stammbuch zu schreiben: „Der europäische Markt allein reicht nicht aus, um die großen deutsch-französischen und europäischen Ausrüstungsvorhaben wirtschaftlich tragfähig zu machen, wie den neuen deutsch-französischen Kampfpanzer oder die nächste Generation von Kampfflugzeugen.“[13]

Ins selbe Horn blies hierzulande auch Tom Enders, bis kürzlich noch Chef der FCAS-Profiteure von Airbus und inzwischen neuer DGAP-Chef: „Das ist die Gretchenfrage für die Zukunft der europäischen Rüstungsindustrie: Ohne die Fähigkeit zum Export werden Großprogramme – wie etwa das europäische Luftkampfsystem FCAS – nicht die Stückzahlen erreichen, um zu wettbewerbsfähigen Kosten zu produzieren.“[14]

Eine „Lösung“ des Problems ist auf zwei Arten denkbar: Einmal wird derzeit darüber nachgedacht, das Schmidt-Debré-Abkommen aus dem Jahr 1972 wiederzubeleben, wodurch es jedem an einem EU-Rüstungsgroßprojekt beteiligten Staat dann möglich wäre, gemäß seiner lokalen Ausfuhrbestimmungen zu exportieren. Dass es dazu kommen wird, kann als relativ sicher gelten, schließlich soll Deutschland dies in einem Zusatzabkommen zum „Aachener-Vertrag“ am 14. Januar 2019 bereits zugesichert haben: „Die Parteien werden sich nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen“, heißt es in dem Dokument.[15]

Für den ganz großen Coup wird aber mit Überschriften wie „Deutschland darf sich nicht isolieren“ (Deutschlandfunk) oder „Europa braucht endlich gemeinsame Regeln für Waffenverkäufe“ (Handelsblatt) geworben. Dabei geht es darum, sich mit den europäischen Partnern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner in Sachen Waffenexporte zu einigen. Auch die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer stimmte in den Chor mit ein, es bedürfe europäischer Rüstungsexportrichtlinien, die könnten dann aber „nicht so strikt wie die deutschen Vorschriften sein“.[16]

Anmerkungen

1 In einem Grundsatzpapier zur „Strategischen Autonomie“, an dessen Erstellung nicht weniger als 29 MitarbeiterInnen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) beteiligt waren, wird deren Notwendigkeit machtpolitisch folgendermaßen begründet: „Ein hoher Grad an strategischer Autonomie befähigt dazu, Regelwerke in der internationalen Politik aufrechtzuerhalten, weiterzuentwickeln oder zu schaffen und sich nicht unwillentlich fremden Regelwerken unterwerfen zu müssen. Das Gegenteil strategischer Autonomie wäre ein Status als Empfänger von Regeln und strategischen Entscheidungen, die Dritte – die USA, China oder Russland – mit unmittelbarer Wirkung für Europa treffen.“ (Lippert, Barbara u.a.: Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie 2, Februar 2019, S. 5)

2 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28.06.2016.

3 Major, Claudia/Mölling, Christian: Warum ein deutsch-französisches Rüstungsprojekt so wichtig ist, Tagesspiegel Causa, 13.07.2017.

4 Griephan Briefe, Nr. 23/2019. Andere Quellen sprechen von insgesamt 4 Mrd. Euro Entwicklungskosten bis 2025, 2,5 Mrd. davon würde Frankreich als Systemführer übernehmen. Siehe Brzozowski, Alexandra: Next-generation European fighter jet cooperation ready for take-off, euractiv.com, 17.06.2019.

5 „Techniker sprechen von einem Systemverbund, für dessen Entwicklung schätzungsweise 8 Milliarden Euro fällig werden. Für Beschaffung und Betrieb werden Ausgaben von 100 Milliarden Euro genannt.“ (AIRSHOW: Deutschland und Frankreich mit Verträgen für Luftkampfsystem, Handelsblatt, 14.06.2019)

6 „Bis zu 500 Milliarden Euro soll das FCAS bis Mitte des Jahrhunderts kosten, 100 Milliarden Euro der neue Panzer.“ (Bund gibt ersten Millionenbetrag für deutsch-französischen Kampfjet frei, Handelsblatt, 05.06.2019)

7 Griephan Briefe, Nr. 23/2019.

8 Fiott, Daniel: The poison pill: EU defence on US terms? EUISS Brief, Nr. 7/Juni 2019.

9 USA attackieren EU-Pläne für Verteidigungsfonds, Spiegel Online, 15.05.2019.

10 Griephan Briefe, Nr. 23/2019.

11 Sweden poised to join Britain’s Tempest fighter programme, Financial Times, 07.07.2019; Marrone, Alessandro/ Nones, Michele: Europe and the Future Combat Air System, IAI, March 2019.

12 The case for an EU-funded defence R&T programme, Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related research, EUISS, Paris, February 2016, S.44f.

13 Descôtes, Anne-Marie: Vom „German-free“ zum gegenseitigen Vertrauen, BAKS-Arbeitspapier 7/2019.

14 Enders, Tom: Warum ein starkes Europa für die Luftfahrt so wichtig ist, Handelsblatt, 18.04.2019.

15 Deutsch-französisches Geheimpapier regelt Waffenexporte neu, Spiegel Online, 15.02.2019.

16 CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer fordert mehr Geld für die Bundeswehr, Handelsblatt, 22.03.2019.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Militarisierung durch Spitzensport

Die Spitzensportförderung der Bundeswehr (Teil II)

von Lisa Klie

In der letzten Ausdruck-Ausgabe erschien Teil I dieser Studie, die sich mit den grundlegenden Rahmenbedingungen der Sportförderung durch die Bundeswehr beschäftigte und bereits erste Kritikpunkte benannte. In Teil II wird nun vor allem auf die Eventförderung, speziell auf Olympia eingegangen und die gesamte Institution Sportförderung einer abschließenden Kritik unterzogen.

SPITZENSPORTFÖRDERUNG IN SPORTEVENTS

Die Betrachtung der Spitzensportförderung der Bundeswehr reicht nicht allein, um die zunehmende Militarisierung des Sports zu verstehen. Es benötigt zudem einen Blick auf die verschiedenen Sportevents, die durch AthletInnen der Bundeswehr ausgetragen werden und sogar teilweise von der Bundeswehr organisiert werden.

Winter-, wie Sommerspiele bei Olympia galt in dieser Studie besondere Aufmerksamkeit, da sie das Großereignis im Sport darstellen. Die Einflüsse, die die Bundeswehr auf den olympischen Sport nimmt, sind klar zu erkennen. Im Folgenden liegt der Fokus nicht nur auf der Förderung sondern ebenso auf einzelnen Sportevents, so stellt sich die Frage, ob Olympia zunehmend zu einem Militärfestspiel mutiert und wie sich die Para-olympischen Spiele überhaupt in der engen Symbiose zwischen Sport und Militär behaupten können. Zudem wird das Event „Invictus Games“ vor dem Hintergrund der Verharmlosung von Militarisierung und Krieg kritisch betrachtet.

#olympia

2016 hat vor allem die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) auf die Olympischen Spiele als „Militärfestspiele“ aufmerksam gemacht. Sie kritisierte besonders die Werbekampagne der Bundeswehr bei den Olympischen Spielen 2016. Mit Sprüchen wie „Wir kämpfen für die Freiheit. Und für Medaillen“ warb die Bundeswehr zusammen mit dem DOSB um neue RekrutInnen. Die DFG-VK merkte zu dieser Zusammenarbeit jedoch an, dass dies „eindeutig ein Verstoß gegen die Satzung des Sportbunds“ sei, in der steht, dass der DOSB gegen „jede Form der Gewalt“ eintritt.[1] Gerade vom DOSB wird somit Gewalt, da die Bundeswehr eindeutig ein Instrument ist, um Gewalt einzusetzen, toleriert, obwohl dies nicht dem Sportbund entsprechen sollte. Ein Brief der DFG-VK an den DOSB diesbezüglich blieb unbeantwortet.

Nicht nur die Werbekampagne beweist, dass es sich bei den Olympischen Spielen zunehmend um Militärfestspiele handelt. Die Spiele verlieren nicht nur durch die Spitzensportförderung der Bundeswehr ihren zivilen Charakter, auch Russland, die USA, China und viele europäische Staaten setzen SportsoldatInnen ein. Es ähnelt zunehmend einer militärischen Auseinandersetzung, verkleidet im Sportanzug. Die Idee von Olympia und besonders dem Olympischen Frieden wird durch den militärischen Einsatz vieler Staaten ad absurdum geführt. Hierbei reicht die Präsenz verschiedener Militärs, um den Friedensgedanken zu stören. Die DFG-VK sagt dazu: „[D]eshalb muss die zunehmende Militarisierung des Sports gestoppt werden. Statt zu einem Wettbewerb von Soldatinnen und Soldaten zu werden, sollten die Olympischen Spiele eine rein zivile Sportveranstaltung sein und einen Friedensgedanken in die Welt tragen!“[2] Betrachtet man zudem die letzten Olympischen Winterspiele in Pyeongchang wird deutlich, wie Frieden nur suggeriert und politische Macht demonstriert wird.[3] Das gilt allerdings nicht nur für die letzten Olympischen Spiele, sondern auch die olympischen Eröffnungszeremonien in Europa und Nordamerika sind auffallend militärisch.

Fraglich ist außerdem der enorme Sicherheits- und Überwachungsaufwand bei Olympischen Spielen. In London 2012 wurde zum Beispiel, laut Bundeszentrale für politische Bildung, eine Festung errichtet mit: „Luftabwehrraketen auf Hochhäusern, Kampfjets in Alarmbereitschaft und ein Kriegsschiff auf der Themse. 40.000 Polizisten, Soldaten und private Sicherheitskräfte sollen während der zweiwöchigen Großveranstaltung im Einsatz sein. Bereits vor Beginn der Spiele wurden weite Teile Londons zur militärischen Sperrzone erklärt. Eine Klage der Anwohner gegen die Stationierung von Luftabwehrraketen auf ihren Hausdächern wurde vom britischen »High Court« abgewiesen. [...] [Die] Armee [muss] 3.500 zusätzliche Soldaten bereitstellen. Insgesamt werden damit 17.000 britische Armeeangehörige im Einsatz sein – beinahe doppelt so viele wie in Afghanistan.“[4]

#paralympics und invictus games

Die Paralympics sind ein bedeutender Teil der Olympischen Spiele. Die Unterstützung der AthletInnen unterscheidet sich allerdings deutlich von der bisher angesprochenen Förderung der SportsoldatInnen. Stand 2019 werden drei Soldaten (keine Soldatin) gefördert. Zusätzlich werden im Rahmen von Individualvereinbarungen 14 zivile paralympische SpitzensportlerInnen (3 Frauen, 11 Männer) gefördert.[5] Es gehören auch vermehrt im Krieg verletzte SoldatInnen dazu (seit 2013). Der Einsatz von kriegsverletzten SoldatInnen vermittelt ein trügerisches Bild von einer Normalität des Krieges, damit werden Traumata und Kriegsverletzungen und Tötung verharmlost. Der Präsident des Deutschen Behindertensportverband (DBS) sagt dazu: „Eine Förderung des Behindertensports in Deutschland durch die Bundeswehr ist ein Schritt auch zur Normalität.“[6] Gerade diese „Normalität“ bedarf einer Erklärung. Zum einen kann damit die „Normalität zwischen Menschen mit und ohne Behinderung“ gemeint sein, doch gerade in unserer Gesellschaft sollten die Norm und der Wert, dass Menschen mit Behinderungen normal (!) sind, soweit internalisiert sein, dass es keiner Diskussion mehr bedarf. Wenn allerdings der Begriff der „Normalität“ im Zusammenhang mit der Spitzensportförderung – ganz egal ob mit oder ohne Behinderung – des Militärs benutzt wird, ist dies kritisch zu betrachten, denn eine Normalisierung von Militär führt zu erschreckenden Tendenzen der Militarisierung.

Kriegsversehrte SoldatInnen nehmen seit 2014 bei den sogenannten „Invictus Games“ teil. Die „Unbesiegbaren“ treten in verschiedenen Sportarten gegeneinander an. Das Sportevent richtet sich ausschließlich an versehrte SoldatInnen. Der Grund für diese Spiele ist laut Internetseite: Die Spiele würden die Kraft des Sports nutzen, um Genesung und die Unterstützung für Rehabilitation voranzutreiben und ein Verständnis dafür schaffen, sowie denen Respekt zollen, die dem Land gedient hätten.[7] Die Kritik hinter der Veranstaltung „Invictus Games“ betrifft nicht die versehrten SoldatInnen, denen eine Chance eröffnet wird, mit ihrer Verletzung und ihren Traumata umzugehen, sondern sie betrifft die Instrumentalisierung der Spiele. Die Darstellung der „Leistungen“ der ehemaligen SoldatInnen, die bei Kriegseinsätzen schwer verwundet wurden, verharmlost Kriegseinsätze, mögliche Verluste und Verletzungen. Eine Förderung durch die Bundeswehr und Werbung mit verletzten SoldatInnen, verschärft diese Kritik.

Mit „Akzeptanz“ und „Anerkennung“ wird um die Invictus Games geworben, so dass sie zukünftig auch in Deutschland stattfinden[8] könnten oder mehr Aufmerksamkeit bekämen.[9] Allen voran Ursula von der Leyen, die 2018 in Sydney die Spiele mit ihrem Besuch beworben hat, wie die BILD ausführlich und voller Lob berichtete.[10]

#kinderrekrutInnen durch Sportevents

Erstmalig wurde 2002 das Sportevent BW-Olympix organisiert. Dieses Event richtet sich speziell an Jugendliche und wird von der Bundeswehr in der Sportschule der Bundeswehr Warendorf ausgerichtet, um sich „bei Spaß und Musik neben der Teilnahme an Sportwettbewerben auch »über die attraktiven Karrierechancen zu informieren, die die Bundeswehr als Arbeitgeber bietet«“[11]. Jedes Jahr organisiert die Bundeswehr Veranstaltungen wie die BW-Olympix und BW-Beachen, um mit beliebten Sportarten Minderjährige (!) vom „Dienst an der Waffe“ zu überzeugen. Zudem bewirbt die Armee die Sportveranstaltungen mit einer kostenlosen Teilnahme, Anreise und Verpflegung.[12] Auch die Preise der SiegerInnen sollen die Bundeswehr in ein vorteilhaftes Licht rücken: „Die SiegerInnen im Schwimmwettbewerb konnten eine Fahrt auf einem Schiff der Marine gewinnen; ein Besuch bei den Gebirgsjägern winkte den SiegerInnen im Fußballspielen, und in der mit militärischen Anforderungen am unmittelbarsten korrespondierenden Disziplin, dem Orientierungslauf, wurde den Erstplatzierten ein Flug zu Einheiten der Bundesluftwaffe auf der italienischen Insel Sardinien versprochen.“[13] In der Antwort der Bundesregierung zu „Kooperation der Bundeswehr mit Sportvereinen und Militärwerbung im Sportbereich“[14] 2016 wird deutlich, wie effektiv der Aufwand für die Rekrutierung Jugendlicher ist. „Im Jahr 2015 wurde im Bereich Jugendmarketing das bundesweite, zentrale Jugendsportevent Bw-Beachen in Ingolstadt und Warendorf [...] [und 2016] Bundeswehr Olympix in Warendorf durchgeführt.“[15] BW-Beachen kostete 2015 545.000 Euro und Bundeswehr Olympix 2016 350.000 Euro. 500 Jugendliche nahmen in dem Jahr an BW-Beachen teil und 300 an Bundeswehr Olympix. „Die Werbung mit dem Schwerpunkt im Bereich Social Media erreichte zu Bw-Beachen in 2015 rund 1,6 Millionen Jugendliche, zu den Bundeswehr Olympix in 2016 etwa 1,88 Millionen Jugendliche.“[16]

Diese Veranstaltungen sind allerdings mehr als „Spiel, Spaß und Sport“ für Jugendliche. Die Minderjährigen werden durch einige militärische Gepflogenheiten des Alltags (z.B. Antreten in Formation, verordnete Bettruhe) an den Beruf als SoldatIn herangeführt. Dabei wird die Bundeswehr als ein attraktiver Arbeitgeber mit tollen Ausflugsmöglichkeiten in Form von „Preisen“ dargestellt. Die Realität von Krieg, Zerstörung, Verletzung und möglichem Tod wird dabei nicht thematisiert. Virchow spricht hier von einer Banalisierung von Militär und Krieg. Neben den Informationsstellen zur beruflichen Karriere bei der Bundeswehr, werden auch Waffensysteme präsentiert.[17] Die Einflussnahme der Bundeswehr auf Minderjährige ist nicht zu leugnen. Betrachtet man die UN-Kinderrechtskonvention ist diese Einflussnahme sehr problematisch: „Fast schon gebetsmühlenartig erklärt die Bundeswehr und argumentiert es sei völkerrechtlich nicht zu beanstanden, wenn Jugendliche ab dem 17. Geburtstag eingestellt würden, wenn die Eltern dem zustimmen. Nach internationalen Standards handelt es sich allerdings bei den Minderjährigen Bundeswehrrekruten um Kindersoldaten.“[18]

INTERESSEN UND AUSWIRKUNGEN

Die Spitzensportförderung der Bundeswehr hat weitreichende Folgen. Diese Folgen wirken sich einerseits auf die Gesellschaft aus und andererseits haben sie Einfluss auf die bestehenden politischen Verhältnisse. Im Folgenden werden die Interessen, die mit dem Einsatz von SportsoldatInnen einhergehen und deren Auswirkungen dargelegt.

Die „Botschafter Deutschlands“[19], wie es auf der Seite des Bundesministeriums der Verteidigung heißt, dienen als Instrument für **hohes nationales und internationales Ansehen**. 2012 veröffentlichte der Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages einen Bericht über die Förderung durch die Bundeswehr, in dem es heißt: „Sportliche Höchstleistungen sind keine Zufallsprodukte, sondern nicht zuletzt das Ergebnis staatlicher oder sonstiger Fördermaßnahmen. Dabei gelten diese sportlichen Leistungen als ein wichtiger Gradmesser für die nationale Reputation im internationalen Vergleich. Der Hochleistungssport [...] gilt etwa durch seine mediale Wirksamkeit als eine wichtige Visitenkarte eines Landes. [...] In der öffentlichen Debatte, aber auch in fachspezifischer Erörterung, geht es [...] um das nationale Prestige im Rahmen der Nationenwertung oder auch das Abschneiden in besonders populären Sportarten. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich diese Praxis des olympischen Sports immer weiter von der ursprünglichen Idee der Partizipation in einem Wettstreit von Individuen entfernt hat. Spitzensport ist insofern nicht nur ein Sinnbild für individuelle Leistung und menschliches Können, sondern auch Ausdruck des Wettbewerbs zwischen Nationen, bei dem der Gewinn möglichst vieler Medaillen im Vordergrund steht.“[20] Der Einsatz der SportlerInnen ist somit längst keine individuelle Leistung mehr, sondern dient dem „nationalen Prestige“. Durch dieses Zitat wird deutlich, dass die Bundesregierung die Förderung durch die Bundeswehr nutzt, um ihre nationale und internationale Reputation zu verbessern. Die eigene Darstellung – durch SpitzensportlerInnen – ist jedoch nur eine Darstellung einer „idealen“ Gesellschaft, die so nicht existiert.[21] Aus einem sehr geringen Anteil der Gesellschaft bilden sich das globale Prestige und die Reputation, welche anhand von Medaillen gemessen werden. Eine Gesellschaft besteht allerdings aus mehr als nur aus Sport und dessen Erfolg. Durch die Repräsentation auf internationale Ebene durch sportlichen Erfolg, wird die Repräsentation der eigentlichen Gesellschaft und deren Probleme vernachlässigt.

Die Wirkung des Spitzensports zeigt sich auf internationaler politischer Ebene, auf der die Armee durch ihre Sportsol-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

datInnen Erfolg signalisiert und sich damit in ein positives Licht rückt. Zudem lässt das sportliche Prestige Deutschlands **Patriotismus und Nationalismus**[22] in der Gesellschaft erstarken. Durch das Jubeln mit SportsoldatInnen verschwindet zunehmend die Trennung zwischen Militär und Gesellschaft. Das Kämpfen „für" Deutschland anstelle für seine eigene Leistung ist inzwischen Teil der sportlichen Großveranstaltungen. So kommt es auch, dass auch bei den Zuschauern „deutsche Erfolge" anstelle von individuellen Erfolgen wichtig sind. Das wird vor allem bei der TV-Ausstrahlung der Olympischen Spiele deutlich. Als Stabsunteroffizier Robert Harting sich 2012 in London anschickte eine Goldmedaille im Diskusswerfen zu holen, waren alle anderen Sportarten, wie zum Beispiel der zeitgleich stattfindende Hochsprung der Männer, in der Primetime des ZDFs nicht zu sehen. Es hieß lediglich: „Man möge es dem Sender »nachsehen«, sagte Reporter Peter Leissl, es sei ja kein deutscher Hochspringer dabei gewesen."[23] Die Abwesenheit des patriotischen Heldengetöses würde der Übertragung jedoch gut tun und den internationalen Charakter der Olympischen Spiele unterstützen.[24] Diese Fokussierung auf „deutsche Erfolge", insbesondere in Verbindung zum Militär schürt den Patriotismus und Nationalismus. Es geht weniger um die Sportart, geschweige denn um die individuellen SportlerInnen, die jederzeit ersetzt werden könnten, sondern vielmehr um Zugehörigkeit und Nationalstolz. Um das Image Deutschlands auf internationaler Ebene zu verbessern, werden nationale sportliche Erfolge priorisiert behandelt und nach außen, wie innen glorifiziert. Dies hat einen zunehmenden Patriotismus und Nationalismus zur Folge, der sich oftmals hinter „Party-Patriotismus" versteckt.

Durch den sportlichen Erfolg innerhalb der Bundeswehr wird auch militärischer Erfolg signalisiert. Die Verbindung zwischen Spitzensport und Militär schürt die **schleichende Militarisierung** der Gesellschaft. Es sind somit nicht nur der Sport und die dazugehörigen Großereignisse, die zunehmend militärisch werden, sondern auch die Gesellschaft selbst, für die der Sport inzwischen keine rein zivile Angelegenheit mehr ist. Das Werben mit den SpitzensportlerInnen beim „Tag der Bundeswehr" belegt die zunehmende Militarisierung des Spitzensports. Besonders schockierend ist die schleichende Militarisierung, die durch die Kindersportevents vorangetrieben wird. Jugendliche nehmen an BW-Olympix oder BW-Beachen teil oder verfolgen sie via soziale Medien und werden so durch „Spiel und Spaß" an Waffen und den militärischen Alltag heran geführt. Die Akzeptanz der Gesellschaft, dass Kinder durch das Militär gefördert werden, ist ein **Normalisierungsprozess** zugunsten der Militarisierung Deutschlands. Die „Normalität", dass sich die Bundeswehr in die Spitzensportförderung einmischt, verharmlost Gewalt und Krieg. Es wird nicht über schwerwiegende Folgen von Auslandseinsätzen und Krieg aufgeklärt, sondern der Bundeswehr wird mit der Spitzensportförderung ermöglicht, sich mit einer zivilen Angelegenheit zu schmücken und diese in den Vordergrund ihrer eigentlichen Aktivitäten zu setzen. Die Machtübertragung einer zivilen Situation – dem Sport – hin zu einem militärischen Instrument normalisiert die militärische Präsenz.[25] Dabei ist doch besonders aus historischer Sicht die Symbiose zwischen Militär und Sport zu vermeiden. Hat man denn die Lehren aus den totalitären Gesellschaften schon vergessen? Man versuchte doch bis in die 1970er Jahre, die Bundeswehr nicht an der Spitzensportförderung teilhaben zu lassen. Heute erbringt die Spitzensportförderung der Militärs die nötigen Medaillenerfolge, derer das nationale Prestige bedarf. Seit den Olympischen Spielen 1972 in München kann von einer **Remilitarisierung** des Sports gesprochen werden, die sich weiter verfestigt und eine Rückführung in eine rein zivile Angelegenheit erheblich erschwert.

Das System der Sportförderung in Deutschland und wie mit sportlichem Erfolg in der Politik, wie auch in der Gesellschaft umgegangen wird, lässt sich anhand zweier Gesellschaftssysteme betrachten, um die Frage zu beantworten in was für ein Gesellschaftssystem der Leistungssport zunehmend drängt. Das moderne Gesellschaftssystem wird in ein „offenes" (demokratisches) und „geschlossenes" (totalitäres) System unterteilt. Durch knappe Darstellungsmöglichkeiten begrenzt werden hier idealtypische Merkmale der Gesellschaftssysteme behandelt, obwohl diese in ihrer Reinform kaum vorkommen. In totalitären Gesellschaftssystemen dient der Leistungssport der Repräsentation des Staates. In offenen Gesellschaften kann der Leistungssport eher mit Begriffen wie „Aktion der AthletInnen" oder „Präsentation vor einem Publikum" beschrieben werden. Der Wettkampf ist in totalitären Systemen instrumentell ausgelegt. „Dabei geht es primär um den Gewinn einer möglichst großen Anzahl von Medaillen, um in der Nationenwertung (»Medaillenspiegel«) möglich weit oben

platziert zu sein.“[26] In offenen Gesellschaften symbolisiert „[d]er Gewinn von »Medaillen« [...] dabei nicht die Überlegenheit eines Gesellschaftssystems [...], sondern den Ausgang eines gelungenen Wettkampfs“[27]. Das Menschenbild in einer offenen Gesellschaft geht mit dem Wert der individuellen AthletInnen und dem Verbot der Instrumentalisierung dieser einher. In totalitären Systemen dienen die AthletInnen als „Mittel zum Zweck der Maximierung symbolischen Kapitals des Staates bzw. der herrschenden Ideologie in Gestalt der Akkumulation von »Medaillen«. Die Folgen eines solchen instrumentellen Menschenbildes des Leistungssports sind z.B. aus der DDR (»Diplomaten im Trainingsanzug«) hinlänglich bekannt“[28].

Die Bundesministerin der Verteidigung hat die SportsoldatInnen, die an den Olympischen Winterspielen 2018 teilgenommen haben, als „Botschafter Deutschlands“ bezeichnet, was unweigerlich an frühere „Diplomaten im Trainingsanzug“ erinnern lässt. Die Entwicklungen im deutschen Spitzensport deuten vermehrt auf eine **totalitäre Ausrichtung** hin. Hierfür spricht nicht nur die Instrumentalisierung der SportlerInnen durch die Bundeswehr, die dazu dienen, die Armee und Deutschland zu repräsentieren und für die Bundeswehr zu werben, sondern auch dass die AthetInnen kaum einen individuellen Wert besitzen. Zwar werden AthetInnen natürlich noch mit Name und Werdegang vorgestellt, jedoch werden sie sobald sie keine Leistung mehr erbringen können von der Förderung ausgeschlossen und ersetzt. Zudem fällt die große Medaillenfixierung – durch die das Ansehen Deutschlands in der Welt steigen soll – auf, wie es ebenfalls in totalitären Herrschaften zu finden ist. Des Weiteren ist das Konzept der „SportsoldatInnen“ auch aus totalitären Gesellschaftssystemen bekannt. Es bleibt somit festzuhalten, dass „die Medaillenfixierung der verantwortlichen Entscheidungsträger des Leistungssports in Politik und Organisation, die zu einer verstärkten Militarisierung der Sportförderung geführt hat, auf einen staatlich-zentral organisierten Leistungssport hindeutet, wie er in totalitären Gesellschaftssystemen die Regel ist.“[29] Es scheint demnach, dass das demokratische Deutschland einen Beitrag zur Ausbildung totalitärer Machtverhältnisse durch die Spitzensportförderung der Bundeswehr leistet.

FAZIT

Die Verbindung zwischen dem Spitzensport und der Bundeswehr in Deutschland führt zu besorgniserregenden Entwicklungen innerhalb eigentlich ziviler Angelegenheiten. Die Spitzensportförderung in Deutschland, vor allem bei den olympischen Sportarten, wurde der Bundeswehr überlassen. Von der Einstellung „Nie wieder Sport und Militär!“, welche noch bis in die 1970er Jahre vertreten wurde, sieht man heute ab. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr wurde über die letzten Jahre ausgeweitet und das Konzept der „SportsoldatInnen“ für eigene Zwecke missbraucht.

Diese Studie hat sich mit der Frage beschäftigt, was die enge Verbindung zwischen Spitzensport und Militär für Defizite und Auswirkungen hat, welche Zwecke die Bundeswehr damit verfolgen und weshalb von einer militärischen Spitzensportförderung abzuraten ist. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt.

Durch fehlende und vergleichbare Alternativen in der Spitzensportförderung besteht fast schon der Zwang der Bundeswehr beizutreten, um eine angemessene Bezahlung und Ausstattung zu bekommen. Natürlich lässt sich nicht richtig von „Zwang“ sprechen, da die Wehrpflicht ja abgeschafft wurde und SpitzensportlerInnen die Förderung auch einfach ablehnen könnten. Das Problem ist jedoch, dass die Alternativen dann Bundespolizei, Zoll oder nur eine sehr geringe Förderung sind. Möchte man demnach seinen Sport wirklich ausüben, tritt man der Bundeswehr bei, ob man nun KriegsdienstgegenerIn ist/war oder nicht. An dieser Stelle sei den SpitzensportlerInnen nicht unterstellt, sie würden die Bundeswehr aufgrund des Kriegsdienstes unterstützen, auch wenn sie medial dafür seitens der Bundeswehr instrumentalisiert werden – ihnen fehlen lediglich ausreichende Alternativen, um den Beruf Spitzensport auzuüben.

Hinzu kommen die großen Probleme, die sich durch eine militärische Förderung ergeben. Während einerseits die Karriereförderung innerhalb der Bundeswehr nur holprig vorangebracht wird, fehlt es vor allem außerhalb der Bundeswehr an alternativen Ausbildungsmöglichkeiten. Da es sich nicht um eine zivile Organisation und Förderung handelt, werden zivile Ausbildungen neben der sportlichen Karriere nur unzureichend gefördert. So könnte durch die Implementierung von sportlicher Förderung innerhalb der Universitäten mit Spitzensportstipendien eine zivile Ausbildung neben dem Sport besser durchgeführt werden. Auch sollte man den Blilck auf Ausbildungsberufe lenken, die eine Ausbildung neben der sportlichen Karriere ermöglichen können. Die Bundeswehr ist zudem nicht das richtige Instrument für die Spitzensportförderung, da sie durch ihre patriarchalen Strukturen die Geschlechtergleichheit erschwert und keine Verbesserung in Sicht ist. Da Sport sowieso männerdominiert ist, wird ein Instrument der Sportförderung benötigt, in dem Frauen und Männer gleiche Voraussetzungen und gleiche Förderung geboten wird und sexualisierte Gewalt gegen Frauen nicht Teil des Instruments der Spitzensportförderung ist, so wie es in der Bundeswehr der Fall ist. Durch fehlende Alternativen werden Frauen in ein Spitzensportförderungsinstrument gedrängt, in welchem andauernder Sexismus und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen bekannt ist.

Kritisch zu betrachten ist zudem die enorme Medaillenfokussierung der Bundeswehr. Dies verschärft den ohnehin schon bestehenden Leistungsdruck und erhöht den Druck auf die SportlerInnen dahingehend, dass sie jedes Jahr Medaillen liefern müssen, um sich für eine weitere Förderung zu qualifizieren. SportlerInnen werden als Medaillenproduzenten gesehen, die das Ansehen der Bundeswehr sowie der Bundesregierung steigern sollen. Diese beschränkte Darstellung der SpitzensportlerInnen erinnert an totalitäre Herrschaftssysteme, die ihr Ansehen durch eine Repräsention ihrer SportlerInnen auf internationaler Ebene steigern. In internationalen Wettkämpfen wird durch das Einsetzen von SportsoldatInnen keine zivile Vertretung ermöglicht. Sportevents werden dadurch zunehmend zu Militärfestspielen und zur Darbietung militärischer Stärke.

Besonders kritisch ist der Umgang mit den SportsoldatInnen innerhalb der Bundeswehr zu betrachten. Sie dienen als Werbemedium für Rekrutierungszwecke und zur Verharmlosung militärischer Einsätze. Die Bundeswehr rückt sich in ein gefährliches Licht eines spaßigen Vereins, ohne über die Auswirkung und Folgen von Kriegseinsätzen aufzuklären. Mit ihren Rekrutierungsmaßnahmen durch bekannte SpitzensportlerInnen, die sich im Rahmen ihrer Förderung als „Werbemaskottchen“ anbieten, erreicht die Bundeswehr Minderjährige, die motiviert werden, ihren sportlichen Vorbildern nachzueifern. Zudem werden durch die sportlichen Vorbilder bestimmte militärische Werte vermittelt, wodurch die Gesellschaft zuneh-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

mend militarisiert wird. Disziplin und Leistung werden durch einen sportlichen Rahmen als erstrebenswert vermittelt, was allerdings derselben Verkleidung entspricht wie das Schmücken der Bundeswehr mit sportlichen Vorbildern. Die zunehmende Akzeptanz gegenüber der Bundeswehr als Sportförderer ist Teil eines erschreckenden Normalisierungsprozesses und treibt eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft voran.

#ausblick

Die Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr durch sportliche Vorbilder führt schon jetzt zu einer Verdrehung gesellschaftlicher Sportkultur und militärischer Intervention. Eine Intensivierung dieser Entwicklung nach amerikanischem Vorbild könnte die verzerrte Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Gesellschaft noch weiter verschärfen. Die enge Verknüpfung von Militär und Sport, besonders bei dem inzwischen auch in Deutschland sehr populärem Spiel „Football“, gilt als warnendes Beispiel.

Die militärische Präsenz anderer Staaten im Sport wird auch in Deutschland zunehmend wahrgenommen. Der amerikanische Football gewinnt in Deutschland zunehmend an Popularität. Dadurch wird sich vermehrt an die amerikanische Kultur angepasst, so kann man passend zum Superbowl im Februar „amerikanische Snacks“ in nahezu jedem Supermarkt kaufen. Doch neben den kulturellen Essgewohnheiten und sportlichen Aktivitäten, werden die europäischen Zuschauer vermehrt durch den amerikanischen Football militarisiert. Ganz groß wird im November die „Salute to Service“-Kampagne beworben. Diese Kampagne ist, neben der unfassbaren Militärpräsenz beim Super Bowl, eine militärische Show für die Bevölkerung, bezahlter Patriotismus und öffentliches Bejubeln militärischer Interventionen in allen Farben und Formen. In den Spielen im „Salute to Service November“ bekommt das Militär Eröffnungs- und Halbzeitzeremonien. Zusätzlich ist nicht nur jeder Spieler in Camouflage gekleidet, sondern auch alles vom Footballfeld bis zur Endzonen-Pylone.[30] Außerdem wird das Camouflage-Merchandise und die „Salut to Service“-Bekleidung ebenfalls beworben und in den NFL-Shops verkauft. Die Annahme, dass amerikanische NFL-Militärbekleidung keinen Anklang in Deutschland findet, ist nur eine Wunschvorstellung. Pünktlich zum „Salute to Service November“ identifizieren sich europäische Footballfans mit dem amerikanischen Militär und geben durch das Tragen ihrer Kleidung einen „Salute“ zum amerikanischen Militärservice.

Diese Omnipräsenz des amerikanischen Militärs im Football, wie auch anderen US-Sportligen, sollte als warnendes Beispiel für Deutschland gelten. Eine gesteigerte Einmischung der Bundeswehr bei sportlichen und zivilen Veranstaltungen führt wie im Fall der USA zu einer Allgegenwart des Militärs im Sport zu Rekrutierungs- und Werbezwecken.[31]

Anmerkungen

1 Buchterkirchen, Ralf: Protest gegen Olympia-„Militärfestspiele“. DFG-VK (Hrsg.): Anti-Militarisierung. (08/2016). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
2 DFG-VK (Hrsg.): http://militärfestspiele.de
3 Siehe: Steinmetz, Vanessa: Eine Show wie eine weiße Flagge. – In: Spiegel Online (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019). Und: Steinmetz, Vanessa: Kims Rote Armee. – In: Spiegel Online (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
4 BPB: Olympische Sommerspiele in London (2012). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
5 Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.
6 Kahl, Christian: Ein weiterer Schritt zur gesellschaftlichen Normalität. – In: Bundeswehr-Journal (2014). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
7 Invictus Games Hompage: https://invictusgamesfoundation.org/frequently-asked-questions/ (letzter Zugriff: 01.03.2019).
8 BMVg: Ministerin will Inivtus Games nach Deutschland holen (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
9 Sippel, Stefanie: Die Unbesiegbaren. – In: Zeit Online (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
10 Mössbauer, Karina: Invictus Games in Australien. Von der Leyen jubelt mit Soldaten. – In: BILD (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
11 Virchow, Fabian: Militär und Sport. Symbiotische Beziehungen um Nation, Leistung und Disziplin. – In: Tanja Thomas, Fabian Virchow (Hrsg.): Banal Militarism. Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen. Bielefeld: transcript Verlag 2006. S. 213.
12 Bundeswehr-entdecken: BW-Olympix. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
13 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 11). S. 213-214.
14 Antwort der Bundesregierung zu Kooperation der Bundeswehr mit Sportvereinen und Militärwerbung im Sportbereich (2016). Drucksache: 18/9739.
15 Ebd.
16 Ebd.
17 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 11). S. 213-214.
18 Hogess, Dirk: Die Werbepraxis der Bundeswehr im Sport von 2011-17. – In: verqueert (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
19 BMVg: Ministerin ehrt Olympiateilnehmer der Bundeswehr (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
20 Deutscher Bundestag: Spitzensportförderung des Bundes. Das System der Zielvereinbarungen vor dem Hintergrund aktueller Sportereignisse (2012). Wissenschaftliche Dienste: WD 10-3000-096/12.
21 Fischer, Mia: Aktiv, Attraktiv, Anders? The Bundeswehr’s deployment of sports soldiers. – In: Butterworth, Michael (Hrsg.): Sport and Militarism. Contemporary Global Perspectives. New York: Routlege 2017. S. 71.
22 Zu Patriotismus und Nationalismus im Sport: Schulte von Drach, Markus: Von wegen „unverkrampftes Verhältnis“ zum Vaterland. – In: Süddeutsche Zeitung (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
23 Martens, René: Patriotisch auf Gefühligkeit fixiert. – In: Zeit Online (2012). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
24 Ebd.
25 Fischer: Aktiv, Attraktiv, Anders? (wie Anm. 21). S. 74
26 Prohl, Robert; Stiller, Timo: Leistungssport als Bildungsprozess. Zu Funktion und Gestaltung der Eliteschulen des Sports. – In: Zeitschrift Sportunterricht 60 (2011). S. 74.
27 Ebd. S. 74.
28 Ebd. S. 74.
29 Ebd. S. 75.
30 Rugg, Adam: America’s game: The NFL’s „Salute to Service“ campaing, the diffused military presence, and corporate social responsibility. – In: Pouplar Communication Vol. 14, Nr. 1 (2016). S. 21-29.
31 Zum amerikanischen Football und Militär: Butterworth, Michael; Moskal, Stormi: American Football, Flags, and „Fun“. The Bell Helicopter Armed Forces Bowl and the Rhetorical Production of Militarism. – In: Communication, Culture and Critique 2 (2009). S. 411-433. Und Rugg: America’s game (wie Anm. 30).

Die gesamte Studie findet sich wie immer gratis auf der Internetseite der Informationsstelle Militarisierung.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Survival: Folgen nicht Führen

Die Bundeswehr mit neuer Serie auf Rekrutenjagd

von Liam Krüger

Von gegenwärtig ca. 180.000 SoldatInnen soll die Bundeswehr auf 203.000 im Jahr 2025 anwachsen. Doch auch bundeswehrnahe Stimmen sind skeptisch, ob es sich dabei um ein realistisches Ziel handelt. Bereits im Januar 2019 berichtete Spiegel Online: „Die Bundeswehr hat zu wenig Soldaten, und die Truppe ist überaltert, sie braucht Nachwuchs“. Doch diesen für sich zu gewinnen, dürfte in Zukunft noch schwieriger werden, als bislang bekannt. Wie ‚Bild am Sonntag‘ (‚BamS‘) unter Berufung auf interne Papiere des Verteidigungsministeriums berichtet, rechnet die Bundeswehr damit, dass 2020 von 760.000 SchulabgängerInnen nur die Hälfte für die Armee geeignet ist. Der Rest habe entweder keinen deutschen Pass, bringe nicht die nötige sportliche Fitness mit oder lehne das Militär grundsätzlich ab. Von den übrigbleibenden jungen Menschen müsste sich unter dem Strich jeder Vierte bei der Armee bewerben, damit diese ihren Bedarf decken kann.“

In jedem Fall muss die Truppe ihre Rekrutierungsbemühungen erheblich intensivieren – und ein Mittel spielt hierbei eine besonders herausgehobene Rolle. Hierzu schreibt der Deutschlandfunk: „Die Bundeswehr kämpft um Nachwuchs. Ohne Youtube-Serien, so die Verteidigungsministerin, geht da gar nichts!“ Solche Youtube-Serien sind tatsächlich zu einem Kernelement der Rekrutierungsanstrengungen der Bundeswehr geworden. Seit Oktober 2016, als die erste Serie dieser Art online ging, hat die Bundeswehr sechs weitere Reihen veröffentlicht. Im April 2019 kam die siebte Serie “Survival – 7 Offiziere. Eine Mission” dazu. „Survival“ ist ein Multimedia Projekt. Hauptsächlich erschien die Serie auf der Video-Plattform „Youtube“, wird aber auch durch andere Anbieter verbreitet. So kann man auf Instagram zum Beispiel den SoldatInnen aus der Serie folgen, und auch auf Snapchat und Spotify erschienen Ausschnitte. An den Serien der Bundeswehr kommt man als Nutzer Sozialer Medien kaum vorbei, wobei „Survival“, sowohl ästhetisch als auch was die Ausrichtung auf die Zielgruppe anbelangt, ein wenig neue Wege einschlägt.

Abenteuer statt Armee

Während sich die ersten Serien, wie „Die Rekruten“ oder „Mali“, eher um “normale” SoldatInnen bzw. angehende Soldaten drehten, fokussieren sich die zuletzt erschienenen Machwerke ausschließlich auf „besondere“ Teile der Bundeswehr, wie zum Beispiel das Kommando Spezialkräfte oder die Fallschirmspringer. Man kann auch verstehen warum. Tatsächlich sind große Teile der frühen Bundeswehr-Serien ziemlich eintönig. In einem befestigten Lager in Mali herumzusitzen und ab und zu mit dem Jeep rauszufahren ist einfach kein ideales Marketingmaterial. Überleben unter extremen Bedingungen allerdings schon. Schritt für Schritt ersetzt damit Abenteuer das „traditionell“ Militärische in den Serien.

Diese inhaltliche Verschiebung hin zum Abenteuer ließ sich schon bei der Vorgängerserie zum KSK erkennen, wird aber bei „Survival“ (übersetzt: „Überleben“) noch einmal deutlicher. Natürlich werden immer die Gewehre mitgeschleppt und auch einige militärische Übungen durchgeführt, aber hauptsächlich geht es um Sport- und Teamübungen unter den Bedingungen von wenig Schlaf, wenig Essen und körperlicher und seelischer Erschöpfung. Es geht in den acht Folgen der Serie um sieben Offiziere, die an dem Lehrgang „Führer einer auf sich gestellten Gruppe“, auch „Einzelkämpfer Lehrgang” genannt, teilnehmen.

An diesem Projekt waren nach eigenen Angaben die Video-Content-Agentur „Red Pinata“, die Social Media AG „TACSY“ und die Agentur für Markenkommunikation „Castenow“ beteiligt, allesamt Unternehmen, die bereits an der Produktion und Vermarktung von Bundeswehr Youtube Serien beteiligt waren. Auch die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg scheint eingebunden gewesen zu sein. Alle beteiligten SoldatInnen sind Studenten der Universität und die Serie ist auf der Webseite der Universität verlinkt.

Materialschleppen in Zeitlupe

Besonders an dieser Serie ist, dass sie sich stilistisch nicht mehr viel von Serien bei Internetanbietern à la Netflix unterscheidet. So sind die einzelnen Folgen mit ca. 20 Minuten sehr viel länger als für Bundeswehr Youtube-Serien üblich, die bislang eher 5-10 Minuten lang waren. Auch dies lässt sie mehr wie eine Netflix Produktion erscheinen. Ein weiteres für Serien typisches Element, das sehr prominent in „Survival“ auftaucht, ist der sogenannte „Cliffhanger“, also das Beenden einer Episode oder Folge nicht am Ende einer Handlung, sondern kurz vor dem Ende. Um Spannung zu erzeugen und den Zuschauer dazu zu bringen, auch noch die nächste Folge anzuschauen, werden bestimmte Handlungselemente über das Ende der Folge hinausgezögert. Dieses Stilmittel wird in „Survival“ schonungslos eingesetzt, am offensichtlichsten am Ende einer Folge in der eine Soldatin (die einzige weibliche Teilnehmerin des Lehrgangs) sich trauen muss von einer Brücke ins Wasser zu springen und sie es dann erst am Anfang der nächsten Folge tatsächlich tut.

Die wichtigsten Neuerungen, die „Survival“ mitbringt, sind aber filmischer Natur. Weg sind die wackeligen Handkameras und simplen Kameraeinstellungen, wie man sie aus den vorherigen Bundeswehrserien kennt. Alles sieht sehr viel professioneller aus. Viele Weitwinkelaufnahmen und Totalen, ein starker Einsatz von Luftaufnahmen und Zeitlupe. Damit wirken die Aufnahmen geplanter und inszenierter und sogar eigentlich langweilige und belanglose Szenen wie das Laufen auf einem Feldweg oder das Schleppen von Material sehen aus, als wären sie entweder aus einem Actionfilm oder einem US Army Werbespot. Die professionelle Inszenierung zeigt sich auch in einem gekonnten Einsatz von Musik. Die Bundeswehr hat seit der Serie „Mali“ immer einen Titelsong für jede Serie. Für „Survival“ ist das „Black Warrior“ von Luciano Ugo Rossi & Von Hemingway & William Riddims aus dem Album „Swagger & Attitude 3“. Dabei wird das Wort “warrior”, also „Krieger“ aus dem Liedtext immer dann gespielt, wenn in den Augen der Serienmacher etwas Außergewöhnliches geleistet wird. Die Action-Film-Tricks erzeugen stellenweise einige vollkommen absurde Szenen: Materialschleppen aufgepeppt durch Zeitlupe und dramatische Musik.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Quelle: Indymedia

Videospiel-Ästhetik

In Folge vier sagt einer der Ausbilder: “Wir sind hier nicht in der Halo Welt oder so’n Scheißdurchsch, hier gibt es keine Respawns, das ist Reality, okay?”. „Halo“ ist ein bekanntes Videospiel, in dem man aus der Ich-Perspektive Außerirdische abschießt. Ein „Respawn“ ist der Begriff für das Wiederauferstehen des Charakters nachdem er im Videospiel gestorben ist. Es ist auffällig, dass die Struktur der Serie Ähnlichkeiten mit dem klassischen Aufbau eines „Ego-Shooters“ aufweist. Der Anfang der Serie ähnelt einem „Tutorial“, also dem ersten Abschnitt, in dem man in das Spiel eingeführt wird und die notwendigen Befehle lernt, um es zu spielen, die Spielregeln sozusagen. Der Rest der Serie ist in verschiedene Aufgaben strukturiert, die die SoldatInnen erfüllen müssen um den Lehrgang abzuschließen, ähnlich wie man in vielen Spielen dieser Art nacheinander verschiedene Missionen abschließen muss, um das Spiel zu beenden. Auch die Kamera verstärkt diesen Eindruck. Der Titelsong der Serie war außerdem ebenfalls der Titelsong eines bekannten Videospiel-Turniers, das kurz vor der Premiere von“ Survival“ stattfand, was natürlich auch Assoziationen hervorruft. Insgesamt ist diese Assoziation aber nicht so eindeutig und klar, um zweifelsfrei sagen zu können, das war hier geplant. Es ist aber trotzdem auffällig und etwas, was man für zukünftige Bundeswehr-Serien im Kopf behalten sollte, besonders wenn man bedenkt, in welchem Zusammenhang diese Entscheidungen der Serienmacher stehen: Auch an anderer Stelle versucht die Bundeswehr mit ihren Rekrutierungsanstrengungen nun schon seit Jahren an dieses Gamer-Publikum heranzukommen, wie sich exemplarisch an ihrer Werbung in Köln während der Spiele Messe „Gamescom“ 2018 zeigen lässt.

In jedem Fall stieß die Videospiel-Ästhetik von „Survival“ selbst der in der Regel eher militärnahen „Welt“ unangenehm auf: „Interessanterweise spielt ‚Survival‘ mit einer bestimmten Art von Ästhetik, um junge Menschen zu erreichen, die mit Videospielen wie dem Ego-Shooter ‚Call of Duty‘ aufgewachsen sind. [...] Krieg als Ästhetik? ‚Survival‘ greift Motive des Videospiels auf, vom Logo bis zum Titel, der an den Survival-Modus erfolgreicher Spiele wie ‚Fortnite‘ erinnert. ‚Fortnight‘, so heißt übrigens auch ein Song aus dem Soundtrack. Was unterscheidet die Serie von einem Videospiel oder Actionfilm? Im Videospiel ist der Kampf ein Abenteuer, der Krieg ist cool. Und auch „Survival“ ist supercool! Wenn wir aber Videospiele und Actionfilme konsumieren, wissen wir um die Abstraktion. In „Survival“ sehen wir echte Soldaten, die vielleicht in echte Kriege ziehen werden.“

Von wegen unpolitisch

Die wohl offensichtlichste Botschaft dieser Serie ist, wie hart es bei der Bundeswehr ist, aber auch wie cool. Immer wieder wird von den TeilnehmerInnen erzählt, dass sie schon viel gehört haben über den Lehrgang und dass es wohl in der Bundeswehr Horrorgeschichten darüber gäbe. Die Serie ist insgesamt von der Idee durchzogen, dass je größer die Strapazen der Beteiligten, desto cooler die Leute, die sie aushalten. Alles unterstützt diese Idee - von den aufreibenden Ansprachen der AusbilderInnen bis hin zur Betonung, wie einzigartig der Lehrgang sei. Begleitend wird alles durch die Kameraführung und die Musik zu heroischen Kraftakten erhoben.

Wie bereits angesprochen geht es in „Survival“ nicht um Krieg, sondern darum, im Wald zu überleben. Das ist eine Verschleierung der echten Verhältnisse in der Bundeswehr. In der Realität sind die meisten SoldatInnen keine EinzelkämpferInnen oder Mitglieder einer Spezialeinheit, Bundeswehralltag ist es auch nicht, von einer Brücke ins Wasser zu springen und im Wald Feuergefechte zu üben. Auch auf die Funktion dieser harmlos anmutenden Übungen wird nicht eingegangen, nämlich das Lernen des möglichst effektiven Tötens von Menschen für die imperialistischen Kriege der BRD. Es ist eine absolute Entpolitisierung der Bundeswehr: Aus Armee wird Abenteuer.

Diese Entpolitisierung der Bundeswehr gelingt dadurch, dass man eher verschweigt, dass es hier um Kriege geht. Dies wurde zum Beispiel in der Vorgängerserie „KSK – Kämpfe nie für dich Allein“ unter anderem dadurch erreicht, indem die Bun-

deswehr einen Zivilisten mit den SoldatInnen mitschickte. Sich mit den für die Serie maskierten KSK-SoldatInnen zu identifizieren, deren Namen man nicht kennt, ist schwieriger, als mit einem unmaskierten Zivilisten, der die Welt des KSK sozusagen gleichzeitig mit dem Publikum entdeckt und für den das auch alles neu ist. Das lenkt natürlich super davon ab darüber nachzudenken, ob man es eigentlich richtig findet, dass deutsche SoldatInnen den Kampf im Dschungel üben. Da die Leute, die von diesen Serien primär angesprochen werden sollen, selber keine SoldatInnen sind, ergibt es Sinn für die Bundeswehr eine Figur einzubauen, mit der sich der Durchschnitts-Youtube-Zuschauer eher identifizieren kann, mit der er mitfiebern kann. So eine Figur fehlt in „Survival“, denn dort sind alle Figuren so konzipiert, dass sich das Publikum mit ihnen identifizieren kann. Bei „KSK“ ging es darum, die Elite der deutschen Armee als übermenschlich und unerreichbar darzustellen. Bei „Survival“ geht es dagegen darum, dass die TeilnehmerInnen des Lehrgangs eigentlich ganz normale Menschen sind. Implizit sollen damit die ZuschauerInnen mit der Botschaft angesprochen werden, dass auch er oder sie an diesem Lehrgang teilnehmen könnte, was natürlich wieder ein Aufruf ist, zur Bundeswehr zu kommen. Wie wird das in der Serie erreicht? Man lernt die SoldatInnen nicht, wie etwa bei „KSK“, bewaffnet und in Flecktarn kennen, sondern man lernt am Anfang der Serie die wichtigsten Figuren in Zivil kennen und erlebt dann praktisch ihre Transformation von ZivilistInnen in SoldatInnen. Uniform anlegen, Haare abrasieren und in den Bus steigen. Nun ist der vorher sehr normal aussehende Mensch zu einem, aus Sicht der Serie, coolen Bundeswehrsoldaten, einem „Warrior“ geworden. Die Transformation vom „normalen Menschen“ zum aufregenden Bundeswehr-Soldaten ist natürlich ein Teil des Versprechens der Bundeswehr an potentielle RekrutInnen und damit ein Rekrutierungswerkzeug. Dass man sich mit den SoldatInnen in der Serie identifiziert, wird aber noch durch andere Faktoren bestärkt. Die SoldatInnen und das Publikum haben beide keine Ahnung, wie der Lehrgang aussehen wird und man findet praktisch zusammen heraus wie anstrengend er wird und was einen noch erwartet. Kurz gesagt, die SoldatInnen werden in „Survival“ nicht primär als Kampfmaschinen, sondern als Menschen dargestellt, denen die Bundeswehr die Möglichkeit bietet, über sich selbst hinauszuwachsen.

Politikfreie Propaganda

Das ändert jedoch nichts daran, dass „Survival“, wie alle anderen Bundeswehrserien, trotz seiner oberflächlichen Politiklosigkeit Propagandamaterial mit definierten politischen Zielen und hochpolitischen Inhalten ist. Die Ideologie, die in der Serie transportiert wird, ist widersprüchlich. Einerseits ist sie klassisch neoliberale Propaganda. Alle können es schaffen, es ist nur eine Frage „des Willens“ (der vom Himmel fällt, natürlich), begleitet von einem Element von „die stärksten setzen sich durch“. Passend zu dieser neoliberalen Ideologie ist das Bild des auf sich allein gestellten und unabhängigen Einzelkämpfers oder eben des „Warriors“, zu dem die SoldatInnen hier schließlich ausgebildet werden. Ebenfalls passend dazu ist, dass der Ausbilder betont, dass alles um sie herum (Natur) ihnen feindlich gesinnt sei, was die Idee eines autarken und unabhängigen Kämpfers gegen seine Umgebung untermauert und damit perfekt in die neoliberale Vorstellung des Individuums im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf des Kapitalismus passt.

Andererseits sind auch Vorstellungen von Kameradschaft und Teamwork in „Survival“ präsent. Das scheint auf den ersten Blick widersprüchlich mit der eben genannten Vorstellung des autarken Kriegers. Dieser Widerspruch wird jedoch dadurch aufgelöst, dass hier Teamwork und Kollektiv primär mit “Führen” verbunden wird. Die Einheit des Teams besteht nicht als Kollektiv, sondern aus dem starken, autarken neoliberalen Individuum (das den Lehrgang „Führer einer auf sich gestellten Gruppe“ abgeschlossen hat) an der Spitze und allen anderen darunter. Dem Zuschauer und potentieller RekrutIn wird suggeriert, SoldatIn sein, bedeute Führen. Das ist natürlich Schwachsinn: Für die meisten bedeutet SoldatIn sein Folgen und nicht Führen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Bundeswehr mit „Survival“ zwar keinen Kurswechsel hingelegt, sie aber ihr bestehendes Format verbessert und besser auf ihre Zielgruppe zugeschnitten hat. Auffällig ist besonders die verbesserte filmische Qualität der Serie und der wie schon in den letzten Serien deutliche Fokus auf „besondere“ Kräfte innerhalb der Bundeswehr. Dass hier nicht über Krieg und dessen Folgen geredet wird, war zu erwarten, verdeutlicht aber wieder den reinen Werbe- und Propagandacharakter dieser Serien.

SPON: Sehnsucht nach deutscher Führung

Georg Blume, Leiter des ZEIT-Büros in Paris, hat in einem Beitrag für Spiegel Online am Vortag der Abstimmung über den EU-Kommissionsvorsitz „beschrieben“, wie ganz Frankreich angeblich in einen Taumel der Germanomanie verfällt. Bereits die Kopfzeile stellt „Frankreichs Begeisterung für von der Leyen“ in den Raum, der Titel fragt: „Ist es Liebe?“ und der Untertitel behauptet bereits faktenfrei: „In keinem Land blicken die Menschen positiver auf eine Deutsche an der EU-Spitze als in Frankreich.“

Wer vermutet, dass in diesem Artikel das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter der französischen Bevölkerung referiert wird, sieht sich enttäuscht. Zu seiner Einschätzung gelangte der deutsche Korrespondent nach einer gefühlsmäßigen Eruierung bei seinem „Tresen-Nachbar im Pariser Eck-Café ‚L’autobus‘“ und einem Blick auf die teils positive Berichterstattung über die Kandidatin von der Leyen in der französischen Presse („Le Monde“ und das Provinzblatt „Ouest-France“ werden genannt). Schlussfolgerung am Ende des Artikels: „[Die Franzosen] sehnen sich schon lange nach einer starken europäischen Führung. Und ja, tatsächlich auch nach deutscher Führung.“

Fakten? Fast sämtliche Kandidaten der französischen Präsidentschaftswahlen 2017 haben sich im Wahlkampf auf die eine oder andere Weise – teils vehement (Mélenchon, Le Pen) – gegen ein Übermaß an deutschem Einfluss in Europa positioniert. Lediglich Macron (der 24% der Stimmen im ersten Wahldurchgang bekam, Enthaltungen nicht miteinberechnet) fiel durch seine Deutschlandfreundlichkeit aus der Reihe wie ein bunter Hund. Ebenso faktenfrei, wenngleich zumindest nicht ganz indizienfrei ließe sich also behaupten: In keinem anderen Land blicken die Menschen negativer auf eine Deutsche an der EU-Spitze als in Frankreich.

Sven Wachowiak

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Uniform heißt Unterordnen

Abgeordnete in Uniform – immer noch Idio... keine gute Idee

von Charlotte Anders

Insta sagt mehr als tausend Worte: Mitte Juni 2019, die grünen Spitzenpolitiker Cem Özdemir und Tobias Lindner überlegen, wohin mit der Europawahl-Euphorie. Quo vadis? Logisch, Bundeswehr. Ein inhaltlich wie strategisch überragender Schachzug – in einer Partie Räuberschach. Ihre Einschätzung der Zielgruppe, die ihnen den Stimmenzuwachs verschafft hat und bei der es sich folglich mit der Inszenierung im Flecktarn anzubiedern gälte, ist gelinde gesagt zweifelhaft. Die berückende Schönheit der Bilder von Grünen im Grünen reiht und gliedert die beiden in erlauchte Gesellschaft ein: Bei Abgeordneten in Deutschland und einigen Nachbarländern ist momentan eine sich verstärkende Vorliebe für das Tragen meist militärischer Uniformen zu beobachten. Diese verlangt nach einem Kommentar aus antimilitaristischer Perspektive.

Wo ist das Problem?

Ein kurzer Blick in die Geschichte mag verdeutlichen, warum demokratisch gewählte Personen besser die Finger vom Barett lassen sollten. Seit Jahrtausenden treten Regierende und Herrschende – welcher Staatsform auch immer – in Uniform auf, erfüllen militärische Funktionen und somit relevante symbolische Funktionen für die jeweilige Staats- und Gesellschaftsform. Historisch waren Herrschende in Mittel- und Nordeuropa lange Zeit häufig Vertreter der Kirche(n) und traten in Ornat bzw. mit deutlich sichtbaren kirchlichen Insignien auf. Ihre Funktion als geistiges Oberhaupt und Vertreter kirchlicher Werte, Normen und Interessen war dabei definierender Faktor ihrer politischen Funktion und weit relevanter als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe mit spezifischen Anliegen und Bedürfnissen. Zugehörigkeit zur Kirche und zum Militär lagen nahe beieinander. Ebenso bedeutete (männliches) Mitglied der Aristokratie zu sein oft zwangsläufig, militärische Funktionen zu bekleiden. Die Problematik dieser Regierungs- und Gesellschaftsformen liegt auf der Hand – die politische Macht liegt bei einem *Körper*, der von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung klar abgetrennt ist. Partizipation ist an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe – dem Klerus, dem Adel, dem Militär, einer Klasse – gebunden. All diese Gruppen sind streng hierarchisch strukturiert, historisch männlich dominiert, sozial exklusiv und verfügen über ausreichende Mittel um verschiedenste Formen der Gewalt auszuüben.

In der moderneren Geschichte sind die Staats- und Herrschaftsformen andere oder werden anders benannt, Uniformen spielen jedoch nach wie vor eine definierende Rolle – und zwar irgendwie auffällig oft dann, wenn es um die unschöneren Handlungen seitens Regierungen, Abgeordneten und Parteien geht. Natürlich vertreten nicht alle uniformierten Regent*innen faschistische Positionen und/oder diktatorische Unrechtsregimes, während beileibe nicht alle in Anzug, Blümchenstrickjacke oder Turnschuhen friedlich und freundlich sind. Es handelt sich nicht um einen zwangsläufigen Kausalzusammenhang, eher um eine auffällige Korrelation. Wo man auch hinschaut, militärisch uniformierten Regierenden und Regierungen mit hohem Anteil uniformiert auftretender Mitglieder eilt tendenziell nicht gerade der Ruf übergroßer Gerechtigkeit voraus – ob dem Deutschland des Dritten Reichs, Italien unter Mussolini und Spanien unter Franco, der ehemaligen UdSSR, Nordkorea, oder natürlich expliziten Militärdiktaturen wie in Chile unter Pinochet, der argentinischen Junta oder Myanmar bis 2011, der aktuellen de facto-Militärdiktatur in Thailand, dem Ägyptischen General und Präsidenten al-Sisi oder der südsudanesischen Regierung unter Salva Kiir Mayardit. Dass die Regierungsformen dieser Staaten nicht ganz als auf der Höhe einer Zeit empfunden werden, die den demokratischen Nationalstaat als irgendetwas zwischen geringstem Übel, kleinstem gemeinsamen Nenner und Nonplusultra betrachtet, ist vielleicht zumindest teilweise der Uniform und dem was mit ihr einhergeht geschuldet.

Das generelle Problem des Militarismus muss hier wohl kaum erläutert werden. Im Kontext zeitgenössischer Demokratien ist jedoch hervorzuheben, dass die Uniform gewisse dem Militarismus eigene Normen widerspiegelt und reproduziert, allen voran und in hohem Maße: Autoritarismus. Dieser ist besagten Demokratien natürlich in Form von Armee und Polizei inhärent, mit der Position der Regierenden und Abgeordneten, also gewählter „Volksvertreter*innen“, trotzdem nach demokratischen Grundsätzen unvereinbar.

Uniform ist nicht gleich Uniform

An dieser Stelle sei zu differenzieren, wer „in der Politik“ wann welche Uniform trägt. Gewisse Vertreter*innen von Regierungen haben in ihrer Funktion als Regierende ebenso einen militärischen Rang inne, würden aber praktisch nur im Verteidigungsfall uniformiert auftreten. In Deutschland sind das etwa Bundeskanzler*in und Verteidigungsminister*in als Oberbefehlshaber*innen der Bundeswehr: Guttenberg ließ sich häufig in Uniformteilen auf Truppenbesuchen ablichten, de Maizière rockt den Tarn-Fischerhut, aber keine*r der Betreffenden trägt Uniformen, die ihren militärischen Rang ausdrücken würden. Dem gegenüber stehen Regierende und Abgeordnete, die in ihrem Beruf Uniform samt Waffe tragen oder trugen, etwa Bundeswehrangehörige (auch Reservist*innen) oder Polizist*innen. In der AfD-Bundestagsfraktion sitzen bspw. mindestens sieben ehemalige oder aktuelle Berufssoldaten und sechs Polizisten.[1]

Diese dürfen ihre Uniform nur sehr eingeschränkt tragen. Soldatengesetz (SG) §15 Abs. 3: „Der Soldat darf bei politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen.“ Ausnahmen bilden die befohlene Teilnahme zur offiziellen Vertretung der Streitkräfte beziehungsweise des Verteidigungsministeriums, sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das heißt: Wer in der Öffentlichkeit im politischen Rahmen in Uniform auftritt, ist dort explizit Vertreter*in der Bundeswehr. Dies ist etwa der Fall, wenn der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in Paradeuniform als Oberstleutnant der Reserve aufläuft, anders als die anwesenden von der Leyen und Söder jedoch quasi gar nicht als Politiker vor Ort ist.[2]

Bis hierher war die Rede von diktatorisch und demokratisch

Screenshot aus dem Instagram-Account von Cem Özdemir

Regierenden, deutschen Minister*innen und Abgeordneten, die aus ihrem Beruf oder ihrer politischen Funktion heraus uniformiert auftreten könnten, das meist aber nicht sollten, mitunter aber trotzdem tun. Es gibt indes noch weitere Möglichkeiten, als Abgeordnete*r uniformiert aufzutreten. Da wäre beispielsweise die Karnevalsuniform, die der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionsvorsitzenden und Oberstleutnant Uwe Junge gerne in Form der Nostalgie-Uniform mit Pickelhaube trägt.[3] Der österreichische FPÖ-Abgeordnete und prä-Ibiza-Innenminister Herbert Kickl wählt die Fantasie-Innenministeruniform.[4] Innenministerliche Uniformierungsbedürfnisse sind international (und in Bayern) offenbar gehäuft anzutreffen: dem italienischen Innenminister Matteo Salvini ist egal welche, ob Polizei, Feuerwehr oder Katastrophenschutz, Hauptsache Uniform und zwar eine richtige.[5] Die darf er zwar nicht tragen. In Italien gibt es einen Straftatbestand, der dem deutschen § 132a StGB entspricht, der das unbefugte Tragen inländischer oder ausländischer Uniformen, Amtskleidungen oder Amtsabzeichen mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Aber die Rede ist von Matteo Salvini, der sich vermutlich am liebsten persönlich in die Marineuniform schmeißen würde, um den gesetzestreuen Umgang mit vor dem Ertrinken Geretteten zu demonstrieren.

Befleckte Grüne und der beige Block

Das Bundeswehr-Praktikum für zivile Führungskräfte bietet neben eingehenden Schießtrainings und schlechtem Essen auch die Chance, sich in höchst legitimen Rahmenbedingungen temporär diesem bedauerlichen Paragraphen zu entziehen. Die Grünen-Abgeordneten Cem Özdemir und Tobias Lindner nahmen die Gelegenheit wahr, die positive Positionierung ihrer Partei gegenüber Bundeswehr und Militarismus ein weiteres Mal zu unterstreichen, inklusive Gruß an Papa Joschka und (seitens Özdemir) nonchalant durch die Blume geschossener Bewerbung um den Posten des Verteidigungsministers.[6]

Eine weitere Möglichkeit: Auch im europäischen Jetzt gibt es Parteiuniformen und uniformierte Parteien. Etwa die *Goldene Morgenröte* in Griechenland, die der ungarischen *Jobbik* zugehörige paramilitärische (mittlerweile: *Neue*) *Ungarische Garde* in Uniformen des Horthy-Regimes,[7] oder auch die slowenische Partei *Unsere Slowakei* (LS-NS), die ihre schwarzen Uniformen an die der faschistischen Hlinka-Garde anlehnt.[8] Sie alle marschieren am liebsten uniformiert auf. Direkt vor der Haustür findet sich die rechtsextreme Kleinpartei Der *III. Weg* in herzerwärmendem beige oder oliv (visuell so nahe wie möglich an HJ und Militär). Der *III. Weg* erreicht hier nicht ganz den Schneid der Ungar*innen, ist doch die Gesetzleslage in Deutschland so ärgerlich restriktiv in puncto Uniformtragen wem Uniform gebührt oder eben nicht. Das „Uniformverbot" (VersammlG §3 Abs. 1) sagt: „Es ist verboten, öffentlich oder in einer Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen." Eine Ausnahme gibt es natürlich – Bayern. Vielleicht sollte der III. Weg seinen Wirkungsbereich gänzlich und ausschließlich nach Bayern verlagern, dort ist es zwar ebenso verboten, „an einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Versammlung in einer Art und Weise teilzunehmen, die dazu beiträgt, dass die Versammlung oder ein Teil hiervon nach dem äußeren Erscheinungsbild paramilitärisch geprägt wird", aber beides lediglich „sofern dadurch eine einschüchternde Wirkung entsteht." Der Einschüchterungsfaktor beiger T-Shirts allein ist eher mittelprächtig, wie offenbar auch die deutsche Polizei Ende der Nullerjahre bemerkte (eine Ausnahme gibt es natürlich – Bayern erst 2016); möglicherweise gibt es aber noch andere Gründe als den Farbwechsel, die zum immer martialischeren Gesamteindruck letzterer beitragen. Im Fall des *III. Weg* dürfte hierzu eher der Rahmen ihrer Aufmärsche [9] beitragen, die Vorstrafenregister der Parteimitglieder, oder auch der T-Shirt-Aufdruck „National Revolutionär Sozialistisch".[10] Diese Partei jedenfalls hat die symbolische und diskursive Wirkung der Uniform sehr genau verstanden und bringt sie bündig auf den Punkt: „Wenn der Nationalrevolutionär im Einsatz ist, dann trägt er keine Freizeitkleidung, keine Werbung für Bands oder Sonstiges, sondern einzig und allein die vorhandene Parteikleidung. Je nach Wetterbedingung wirkt er

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

selbst als Werbetafel unserer Weltanschauungspartei mit der zur Verfügung stehenden und zu den Witterungsbedingungen passenden Parteikleidung“. Für „Aktionen“ wird empfohlen, sich dem „beigen Block“ anzuschließen. Diese Partei sitzt seit der Kommunalwahl 2019 in Plauen im Stadtrat und im Vogtländischen Kreisrat.

Noch so ‘ne Korrelation

Nicht eben überraschenderweise sind fast alle sporadisch oder öfter in Uniform auftretenden Volksvertreter*innen Männer. Dies mag an der gratis Penisverlängerung liegen, die mit der Uniform geliefert (oder zumindest assoziiert) wird, oder auch an all den anderen Klischees, Hoffnungen und Gimmicks, die dem stereotypen Soldaten nun mal am Gürtel baumeln. Es mag in Deutschland daran liegen, dass Männer die jetzt älter als ca. fünfundzwanzig sind noch mit der Normalität einer Wehrpflicht aufgewachsen sind. Mit Sicherheit liegt es jedoch an aktuellen politischen Tendenzen. Im Falle der AfD selbst ist es nicht nur ihr eher magerer Frauenanteil. Sich verstärkende Uniformierungstendenzen erklären sich problemlos im Kontext der AfD-Programmatik und ebenso angesichts der Reaktion auf ihre Doktrinen seitens der etablierten Parteien, allen voran von CDU/CSU. Mit der momentanen Diskursverschiebung innerhalb der Parteipolitik, nach rechts und noch weiter rechts, hat das ideologische Weltbild der AfD sich als propagierbar normalisiert. Dessen Familienvorstellung und Geschlechterrollenzuschreibungen sind durchzogen von klischeehaftem Maskulinismus. Von Männern wird physische Stärke, Mut, Aufopferung für traditionell nationalistisch konnotierte Werte, Kameradschaft in Form von Corpsgeist, Durchsetzungsfähigkeit und Dominanz gefordert. Weiterhin wird ein starkes Manko an Zugehörigkeitsgefühl suggeriert, das sowohl Globalisierungsprozessen, Migration und der europäischen Integration zugeschrieben wird, als auch der durch eine aufoktroyierte „deutsche Schuldkultur“ tabuisierten Identifikation mit Staat und Nation. Sich ohne Notwendigkeit und Zwang zu uniformieren spiegelt den Gegenreflex hierzu wider: die gute deutsche Tradition der Obrigkeitssucht und Obrigkeitshörigkeit. Die Uniform in der Parteipolitik ist also vor allem eins: Überkompensation.

Performative Wirkung

Das Auftreten – die unmittelbare physische Präsenz ebenso wie die kulturelle Repräsentation (Gemälde, Fotos etc.) – in Uniform stellt am ganzen Körper einer Person die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung als den einen, definierenden Faktor in den Vordergrund. Politik ist Symbolik, ist Optik, Suggestion, Demonstration, Darstellung. Und hier wird demonstriert: was diese Person als Repräsentant*in dominiert, ist nicht ihre Zugehörigkeit zur Bevölkerung als ziviles Ganzes und ihre Verkörperung von deren Interessen, sondern ihre Zugehörigkeit zu einem Corps. Dies gilt unabhängig davon, ob sie nun Berufssoldat*innen und Polizist*innen sind, oder eigentlich Sozialpädagog*innen wie Cem Özdemir, oder Ex-Kriegsdienstverweigerer wie Tobias Lindner. Uniformiert auftretende Abgeordnete depriorisieren automatisch ihre Verpflichtung der Gesamtbevölkerung gegenüber, wenn sie in ihrem öffentlichen Auftreten ihre Zugehörigkeit, Identifikation und vor allem Loyalität mit einem Verbund, einer Organisation o.ä. in den Vordergrund stellen, die per definitionem eben nicht „die Zivilgesellschaft“ ist – sie verkörpern im wahrsten Sinne des Wortes militärische Interessen.

Anmerkungen

1 „Rechts bis extrem im Bundestag“, in: Zeit Online, 21.9.2017, aktualisiert: 24.10.2017.
2 Pelke, Nikolas, „Herrmann kam in Uniform nach Roth“, in: Mittelbayerische [online], 19.5.2019.
3 Lindner, Christian, „Offener Brief an AfD-Chef Uwe Jung: Vorn der Biedermann, gleich dahinter geifernde Brandstifter“, in: Rhein-Zeitung [online], 1.3.2017.
4 „Kickl kam in Uniform zum Ministerrat“, in: oe24 [online], 15.5.2019.
5 Reynolds, James, „Salvini illegally wears police and fire service badges“, in: BBC News [online], 7.1.2019.
6 Schulte, Ulrich und Schulze, Tobias, „Grüne und Bundeswehr. ‚Herr Oberleutnant? Özdemir reicht‘ “, Interview mit Cem Özdemir, in: taz [online], 20.6.2019.
7 Maegerle, Anton, „Rechts am Rand in Osteuropa„, in: bpb.de (Internetseite der Bundeszentrale für Politische Bildung), 3.6.2009.
8 Werning, Heiko, „Der Trend geht wieder zur Uniform. Dann doch lieber nackt“, in: taz [online], 17.5.2019.
9 Krüger, Hardy und Marken, Jennifer, „Wie Neonazis den Tag der Arbeit missbrauchen“, in: Störungsmelder (Blog auf Zeit Online), 2.5.2919.
10 Parteikleidungs-Onlineversand des III. Weg: https://www.materialvertrieb.de/produkt/aktionshemd-beige-fuer-maenner/.

Waldbrand

Munition liegen lassen und als Helfer wiederkommen

von Martin Kirsch

Ein tagelang wütender Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern geistert aktuell durch alle Nachrichtenkanäle. Zeitweise war der Geruch des größten Waldbrandes in der Geschichte des Bundeslandes bis nach Berlin wahrnehmbar. Zwischenzeitig mussten drei Dörfer evakuiert werden. Zeitweise waren rund 3.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, Rettungsdiensten, Bundes- und Landesforst, sowie der Bundeswehr im Schichtsystem im Einsatz, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Neben der eher ungewöhnlichen Nutzung von 22 Wasserwerfern der Polizei flogen Hubschrauber von Bundespolizei und Bundeswehr Löscheinsätze über dem Waldbrandgebiet. Als größtes Problem der Katastrophenschutzbehörden stellte sich allerdings die Munitionsbelastung des ehemaligen Truppenübungsplatzes dar. Die Einsatzkräfte konnten über Tage die befestigten Wege nicht verlassen und hielten wegen Explosionsgefahr einen Sicherheitsabstand von über 1.000 Metern zum eigentlichen Brandort. Seit dem 2. Juli inszenierte sich die Bundeswehr verstärkt als Retter in der Not. Neben den bereits eingesetzten Löschhubschraubern wurden schwere Pionierpanzer auf Tiefladern in die Region verlegt.

In den offiziellen Pressekonferenzen hatte neben Landrat Sternberg, Minister*innen und dem zivilen Einsatzleiter auch Brigadegeneral Kropf von der Bundeswehr seinen Platz eingenommen. Der Kommandeur des Landeskommando Mecklenburg-Vorpommern beschrieb die Situation am 3.Juli wie folgt: „Ich will, wie wir das schon seit zwei Tagen machen, in der militärischen Terminologie bleiben. Wir haben angegriffen. Wir versuchen jetzt den Kessel zu schließen – durch die Pioniere. Und gleichzeitig haben wir durch die Erhöhung unserer Hubschrauberkapazitäten um vier NH90 jetzt auch den Angriff aus der Luft fortgesetzt.“ Durch die Zuhilfenahme des schneidigen Generals wurde die Naturkatastrophe zu einem Kriegsschauplatz und die Pressekonferenz zum Ort der offensiven Militarisierung des Katastrophenschutzes – sowohl im praktischen Löscheinsatz als auch in den Köpfen der Zuschauer*innen. Ein Propagandaspektakel für die Bundeswehr.

Tatsächliche Aufgabe der Pionierpanzer war es, Schneisen im Wald zu ziehen, die einerseits die Ausbreitung des Feuers eindämmen und andererseits die Zufahrten für die Feuerwehr in das munitionsbelastete Gebiet ermöglichen sollten. Ministerpräsidentin Schwesig, die sich in der Pressekonferenz hinter der Bundeswehr einreihen durfte, blieb da nichts anderes übrig als sich „ganz herzlich [zu] bedanken bei der Bundeswehr, die hier wirklich massiv im Einsatz ist und uns unterstützt.“ Weiter machte sie sich die Worte eines Feuerwehrmannes zu Eigen, der davon sprach, dass sie vor Ort „aufgeschmissen“ wären „ohne die Bundeswehr“. Eine Aussage, die den zivilen Katastrophenschutzbehörden kein gutes Zeugnis ausstellt. Zum Ende ihres Statements bekam die „Landesmutter“ allerdings die Kurve und vergaß vor lauter Lob nicht, den Bund in die Pflicht zu nehmen, das Gelände in seinem Besitz, das „seit Jahrzehnten mit Munition belastet ist“, nicht brach liegen zu lassen. Man könnte ergänzen: um auf die nächste Katastrophe zu warten.

Die Lübtheener-Heide muss seit 1936 als Truppenübungsplatz herhalten. Während des Zweiten Weltkriegs nutzte neben der Wehrmacht auch die Kriegsmarine das Areal als zentrales Munitionslager. Die Sprengung der Vorräte zu Kriegsende führte allerdings nicht zur vollständigen Zerstörung. Ab 1945 wurde die Heide von der Sowjetarmee und später auch von der NVA genutzt. Nach dem Zusammenbruch der DDR übernahm die Bundeswehr. Mit der Schließung des Truppenübungsplatzes 2013 blieb das Waldgebiet im Besitz des Bundes. Die Spuren von fast 80 Jahren militärischer Nutzung wurden allerdings nicht beseitigt. Mittlerweile ist die Fläche als Naturschutzgebiet ausgeschrieben, darf allerdings wegen der Munitionsbelastung von der Öffentlichkeit nicht betreten werden. Laut Informationen des Landesumweltministeriums wurden bei Probegrabungen bis zu 45 Tonnen Munitionsreste pro Hektar gefunden.

Kein Einzelfall

Das Vorgehen der Bundeswehr, sich bei diversen Naturkatastrophen, von Hochwasser bis zu extremen Schneefällen, als Retter in der Not zu inszenieren, ist aus den letzten Jahren bekannt. Mit dem Einsatz von Pionierpanzern auf Propagandatour zu gehen, bekommt allerdings in Anbetracht der Geschichte des Ortes einen besonders zynischen Beigeschmack. So war es die militärische Nutzung und das kopflose Verschießen und Vergraben von Munition – auch durch die Bundeswehr –, die das Ausmaß der aktuellen Waldbrände und die massiven Probleme bei den Löscharbeiten erst hervorgerufen haben. Kaum vorstellbar, dass der Feuerwehr gedankt werden würde, wenn sie für die Umstände des Brandes selbst mit verantwortlich wäre. Wenn die Not allerdings so groß ist, dass der Bundeswehr das Feld überlassen wird, scheint der Verstand bei einigen auszusetzen.

Dabei handelt es sich bei Großbränden mit besonderer Gefahr durch Munition oder direktem Zutun der Bundeswehr in den letzten Jahren nicht um einen Einzelfall. Bereits im August 2018 wurden die Löscharbeiten bei einem Waldbrand in Brandenburg durch explodierende Weltkriegsmunition zeitweise verunmöglicht. Noch härter traf es im letzten Jahr eine Moorlandschaft im niedersächsischen Emsland. Durch Raketentests der Bundeswehr bei extremer Trockenheit wurde diese grob fahrlässig in Brand gesetzt und konnte erst über einen Monat später vollständig gelöscht werden. Während Bundeswehr und Regierung in der Frage nach einer möglichen Vergiftung der Einsatzkräfte durch alte Uranmunition und Quecksilber eine Antwort schuldig bleiben, hat die Wehrtechnische Dienststelle 91 der Bundeswehr die Schießübungen im Moor seit Februar 2019 wieder aufgenommen.

Da bleibt nur zu hoffen, dass die Bundeswehr nach den Löscharbeiten nicht im Zuge der aktuellen Aufrüstung für eine Reaktivierung des Truppenübungsplatzes vor der Tür steht. Die Munitionsbelastung und die Kosten für eine Beräumung, die für eine zivile Nutzung nötig gewesen wäre, waren in der Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg 2004 der Anlass, um den ausgehandelten „Heidekompromiss“ über Bord zu werfen. Mittlerweile befindet sich dort ein zentrales Übungsgelände, auf dem alle Einsatzkontingente der Bundeswehr vor ihrem Abflug den letzten Schliff bekommen.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

„Major Tom“ wird Lobbyist

Ex-Airbus-Chef Enders wird DGAP-Präsident

von Jürgen Wagner

Die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) gilt – wohl zu Recht – als einer, wenn nicht gar als der einflussreichste außen- und sicherheitspolitische Zusammenschluss in Deutschland. Gleichsam wird die von ihr herausgegebene „Internationale Politik“ (IP) – wiederum durchaus mit einiger Berechtigung – von der DGAP als „Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift“ angepriesen. Bei so viel geballter Relevanz ist es nicht unwichtig, ob sich die DGAP bestimmten Positionen und Akteuren besonders verbunden fühlt – liest man ihr Selbstverständnis, ist dies selbstredend nicht der Fall: Sie sei ein „unabhängiger, überparteilicher und gemeinnütziger Verein“, heißt es dort. Überparteilich ist sie allerdings vor allem in dem Sinne, als dass sie von jeder Bundesregierung ungeachtet der konkreten Farbenkombination Geld annimmt. Wie eine neue FDP-Anfrage ergab, waren es allein 1,17 Mio. Euro staatliche Fördermittel, die die DGAP im Jahr 2018 einstrich.

Doch „natürlich“ finden sich unter den Förderern der DGAP auch zahlreiche Unternehmen – nicht zuletzt auch aus der Rüstungsbranche. An erster Stelle der „Hauptförderer“ mit einem Jahresbetrag über 100.000 Euro steht deshalb auch nicht die Bundesregierung (sie rangiert auf Platz 2), sondern die Airbus Group. Chef des siebtgrößten Waffenproduzenten der Welt (Jahresumsatz der Rüstungssparte 2017: 11,3 Mrd. Dollar) war bis April 2019 Thomas Enders, der sich während seiner Amtszeit auch immer wieder „beherzt“ in die Politik einmischte. Wes Geistes Kind der ehemalige Offizier und Major der Bundeswehr ist, zeigte er zum Beispiel 2011, als er aus Protest gegen die deutsche Nicht-Beteiligung am desaströsen NATO-Krieg gegen Libyen aus der CSU austrat. Bis zuletzt ließ Enders kaum ein gutes Haar an der aus seiner Sicht verfehlten Regierungspolitik – kurz vor Ende seiner Amtszeit hieß es etwa noch in der Süddeutschen Zeitung: „Noch schärfere Worte findet Enders für die Verteidigungs- und Rüstungsexportpolitik in Berlin, genauer die geringe Steigerung des deutschen Militärhaushaltes sowie die Ausfuhrblockade durch die Bundesregierung bei europäischen Gemeinschaftsprojekten. ‚Manches, was da passiert, macht mich schlicht fassungslos.‘ Es könne nicht angehen, dass Deutschland ‚aus rein innenpolitischen Gründen‘ europäische Vorhaben stoppe. Auch der jüngst erzielte ‚Kompromiss‘ in der Bundesregierung zwischen SPD und CDU zu den Rüstungsausfuhren sei nicht befriedigend, sondern ‚eine Beleidigung für unsere Verbündeten.‘“

Die Person Enders ist auch insofern interessant, weil der Ex-Airbus-Mann sich am 13. Juni 2019 anschickte, den bisherigen DGAP-Präsidenten Arend Oetker, der nicht mehr kandidieren wollte, zu beerben. Dass sich hier eine Person mit einem – freundlich formuliert – klaren Profil zur Wahl stellte, traf augenscheinlich auf vollste Unterstützung bei den DGAP-Oberen. Jedenfalls wurde die formelle Ankündigung der Wahlen seitens der DGAP auch gleich mit einer direkten Wahlempfehlung verknüpft, indem dem scheidenden Vorsitzenden Oetker attestiert wird, dass er als „Vorstandsmitglied Enders‘ Nominierung befürwortet.“

Das daran anschließende direkte Zitat Oetkers wirkt fast schon wie eine Realsatire, zeigt aber besonders, wie wenig Berührungsängste zur Rüstungsindustrie in der DGAP existieren: „Mit Dr. Thomas Enders würde die DGAP einen ausgewiesenen Internationalisten gewinnen, der unsere Forschungsarbeit um wertvolle ökonomische und industriepolitische Perspektiven ergänzt. In Zeiten zunehmender Volatilität sind die außenpolitische Analyse und die handlungsorientierte Beratung von Entscheidern in Politik und Wirtschaft eine Kernaufgabe der DGAP. Tom Enders ist mit seiner Erfahrung in den deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie dafür ein idealer Brückenbauer.“

Natürlich wurde Enders bei der Mitgliederversammlung pflichtschuldig in Amt und Würden gewählt. In gewisser Weise schloss sich damit der Kreis, denn damit hatte Enders die komplette Drehtür durchlaufen. Schließlich war eine der ersten Stationen seiner beruflichen Karriere 1988 eine Referentenstelle beim Forschungsinstitut der DGAP, bevor er zwischen 1989 und 1991 unter Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg im Planungsstab des Verteidigungsministeriums „diente“. Anschließend wechselte er in die Privatwirtschaft, wo er ab 2000 Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Airbus-Vorgängers EADS wurde. Schlussendlich wurde er im Juni 2012 zum Vorstandsvorsitzenden (CEO) der Airbus Group ernannt.

Die DGAP ist ein typisches Beispiel, wie „unabhängig“ und „neutral“ die Organisationen sind, aus denen dann wiederum die „Experten“ rekrutiert werden, um die öffentliche Meinung zu bespielen. Im Falle von Thomas Enders jedenfalls kann man bei seinem Hintergrund getrost davon ausgehen, dass er sich auch in seiner neuen Funktion für die Belange seines früheren Arbeitgebers einsetzten dürfte – schließlich soll ihm sein Abgang von dem Konzern mit einem „Goldenen Handschlag“ in Höhe von knapp 37 Mio. Euro versüßt worden sein.

Nach seiner Wahl dann wie selbstverständlich als DGAP-Sprachrohr und nicht als Rüstungslobbyist ausgewiesen, wenn es etwa in der Welt hieß: „Gerade erst zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gewählt, geht der frühere Airbus-Chef Tom Enders mit der deutschen Außenpolitik hart ins Gericht. [...] Das ‚deutsche Wegducken bei den Militärausgaben‘ beschädige nicht nur die Glaubwürdigkeit der Nato, sondern auch das Ziel einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, sagte Enders der Zeitschrift ‚Internationale Politik‘, die von der DGAP herausgegeben wird. ‚Unser Zögern schwächt uns in ganz anderen außenpolitischen Bereichen, in denen wir mitgestalten wollen.‘“

Kurz darauf schob er noch ein Interview in seinem neuen Hausblatt, der „Internationalen Politik“, nach, in dem sich u.a. die folgende charmante Passage fand: „Ein Land, das vorgibt, keine nationalen Interessen zu haben, aber ständig auf einem hohen moralischen Ross daherkommt und sozusagen wie ein Vegetarier die Notwendigkeit militärischer Mittel in einer Welt voller Fleischfresser ignoriert, wie das Sigmar Gabriel einmal so schön formuliert hat, ist nur begrenzt kooperations- und partnerschaftsfähig. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für Europa wird daraus jedenfalls nicht.“

DGAP AIRBUS

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Vorbild Bundeswehr

Die Innenministerkonferenz koordiniert die Militarisierung der Polizei

von Martin Kirsch

Seit den Terroranschlägen von Paris und Brüssel 2015 befinden sich die deutschen Polizeibehörden in einer Aufrüstungsspirale. Während die Bundespolizei und einige Länderpolizeien neue Spezialeinheiten aufstellen, werden Streifenbeamte in paramilitärischen Schnellkursen geschult. Neues Material, wie Maschinenpistolen und schwere Schutzausrüstung, findet seinen Platz in den Streifenwagen. Bei dieser Aufrüstung wird auf Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen der Polizei, sowie auf Wissen und Infrastruktur der Bundeswehr zurückgegriffen. Als Koordinierungsgremium dieser Entwicklung fungierte in den vergangenen Jahren die Innenministerkonferenz (IMK), die vom 12. bis 14.06. 2019 zu ihrer 210. Sitzung in Kiel zusammenkam. Unter den veröffentlichten Tagesordnungspunkten dieser Sitzung finden sich keine Verhandlungen zu weiteren Militarisierungsschritten. Das mag allerdings auch daran liegen, dass mit 26 von 69 Tops ein bis dahin nicht gekannter Anteil von über einem Drittel geheim gehalten wurde.

Um die aktuellen Militarisierungstendenzen in der Polizei zu verstehen, lohnt ein Blick nach Afghanistan. Seit 2002 befinden sich deutsche Polizist*innen – im Schlepptau der Bundeswehr – am Hindukusch. In den ersten drei Jahren war die Bundesrepublik sogar Leitnation für den Aufbau einer neuen afghanischen Nationalpolizei. Seitdem ist der Afghanistan-Einsatz jährlich Thema bei der IMK. Während im Top 22 auch in Kiel der „Polizeieinsatz in Afghanistan“ thematisiert wurde, verhandelten die Innenminister an anderer Stelle im gleichen Raum darüber, wie Abschiebungen in dieses Kriegsgebiet beschleunigt werden können.

Bei ihren Auslandseinsätzen in Afghanistan oder Mali, zu denen sie sich freiwillig melden, agieren die Polizist*innen zumeist von Militärbasen aus. Die Kooperation mit der Bundeswehr ist eng, und auch Uniform und Ausrüstung gleichen eher der von Soldat*innen als der eines „Schutzmanns“ bei der Verkehrskontrolle.

Im Anschluss an ihre Auslandseinsätze kehren die Beamten nach einem kurzen Sonderurlaub wieder auf ihre alten Dienststellen zurück. Im Gepäck haben sie die Erfahrungen aus Aufstandsbekämpfungsmissionen: die Bundeswehr als selbstverständlicher Partner, permanente Gefahr von Anschlägen und Hinterhalten, die Alltäglichkeit, sich morgens eine schwere Schutzweste überzustreifen, sich das Gewehr umzuhängen und mit einem gepanzerten Fahrzeug in den Einsatz zu fahren. Außerhalb der befestigten Basen lauern überall potentielle Feinde.

Ausgehend von dieser Erfahrung forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Frühjahr 2015, kurz nach dem Anschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* in Paris die Ausstattung und Bewaffnung der Bundespolizei nach dem Vorbild der Auslandseinsätze – rund 80 Panzerfahrzeuge und Gewehre inklusive. Ein klares Zeichen, dass mit der Terrorhysterie auch die für Aufstandsbekämpfungsmissionen in der Ferne getesteten Rüstungsgüter und die damit einhergehende Logik in die Metropolen zurückkehren.

Neue Spezialeinheiten

Wie die GdP hatte auch der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU) schon kurz nach den Anschlägen ein Rezept parat: die Gründung neuer Spezialeinheiten. Bereits Ende 2015 wurde die erste Teileinheit der BFE+ der Bundespolizei in Blumberg bei Berlin präsentiert. Für ihren Aufbau schöpfte das Innenministerium aus den bestehenden Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE), die zuvor als Greiftrupps bei Demonstrationen und Fußballspielen sowie bei Razzien eingesetzt wurden.

Das »Plus« erhalten die Einheiten von je 50 Beamten an fünf Standorten in der Republik infolge einer Zusatzausbildung bei der Spezialeinheit GSG 9. Dort werden sie geschult, die bestehenden Spezialkräfte bei Fahndungsmaßnahmen nach bewaffneten Terrorist*innen, beim Schutz gefährdeter Orte und schlussendlich bei Razzien und Festnahmen zu unterstützen. Um diesen Auftrag ausführen zu können, haben sie neue Schutzausrüstung, Sturmgewehre und Fahrzeuge erhalten.

Erste bekannte Einsätze hatte die BFE+ bei Razzien, im Objektschutz auf dem Messegelände während des G-20-Gipfels 2017 in Hamburg und nach einer Anschlagswarnung am Stuttgarter Flughafen. Zudem waren Kräfte der BFE+ nach einem Anschlag auf den Strasbourger Weihnachtsmarkt im Dezember 2018 an den Grenzübergängen zwischen Baden-Württemberg und Frankreich aktiv, wo sie mit gezogenen Waffen den Verkehr kontrollierten.

Noch vor dem G-20-Gipfel war es die Polizei Hamburg, die ihre BFE-Kräfte nach dem Vorbild der Bundespolizei schulte und ausrüstete. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Rahmen der IMK befasste sich dann ab der zweiten Jahreshälfte 2017 mit der taktischen und technischen Ausrichtung der BFE. Auch wenn die Resultate dieser Arbeitsgruppe nicht öffentlich sind, ist klar zu erkennen, zu welchem Schluss sie gekommen ist: Mittlerweile haben mindestens acht Bundesländer Schritte unternommen, ihre BF-Einheiten der BFE+ der Bundespolizei anzugleichen. Eingeführt wurden die BFE der Bereitschaftspolizei in den 1980er und 1990er Jahren. Die erste Einheit wurde 1985 in Hessen als Reaktion auf die Schüsse auf Polizisten während einer Demonstration gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens aufgestellt. Zur bundesweiten Einführung der BFE kam es dann, nach einer längeren Testphase, auf Empfehlung der Innenministerkonferenz 1995.

Damals wurde argumentiert, durch die Aufstellung einer Demospezialeinheit auf den Einsatz der Antiterrorspezialeinheiten (SEK) bei Versammlungen und Protestereignissen verzichten zu können. Zuvor war es zu teils erheblicher Kritik an dem besonders gewalttätigen Vorgehen der SEK, z. B. bei Räumungen von Blockaden und Besetzungen, gekommen. Es ist eine zynische Wendung der Geschichte, dass ausgerechnet diese BF-Einheiten jetzt von den SEK zu Antiterroreinheiten ausgebildet werden. Neben dieser zusätzlichen Aufgabe kommen sie im Alltag weiterhin als Greiftrupps bei Versammlungen und Fußballspielen zum Einsatz.

Panzer und Antiterrorstreifenwagen

Als weiteren Schritt der Aufrüstung erhalten die BFE+ der Bundespolizei momentan neue gepanzerte Fahrzeuge. Bei

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

dem beschafften Modell handelt es sich um den LAPV Enok – eine gepanzerte Version eines Daimler-Geländewagens. Das leichte, geschützte Patrouillenfahrzeug wurde für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr entwickelt und ist daher mit der Option für eine fernlenkbare Waffenstation auf dem Dach ausgestattet. Auf eben diese Option, Spezialkameras, Scheinwerfer und ein Maschinengewehr aus dem Wageninneren zu steuern, will jetzt auch die Bundespolizei zurückgreifen. Zu diesem Zweck hat sie bereits 21 Waffenstationen vom Kassler Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann und dazu passende Maschinengewehre MG5A1 von Heckler & Koch bestellt.

Die Bedienung der Waffenstationen lässt sich die Bundespolizei von der Bundeswehr beibringen. Im März nahmen zwei Schießtrainer der Bundespolizeiakademie dafür an einem Lehrgang der Infanterieschule des Heeres im bayrischen Hammelburg teil. Gefragt nach der Kooperation von Bundeswehr und Bundespolizei sagte Polizeioberkommissar Sascha Reinemann gegenüber bundeswehr.de: »Es macht einfach keinen Sinn, das Rad neu zu erfinden.« Ein in Anbetracht der deutschen Geschichte geradezu beeindruckender Pragmatismus, der zeigt, dass es bei der Polizei kaum noch Hemmungen gibt, sich von der Bundeswehr ausbilden zu lassen.

Für ein anstehendes Großvorhaben, die Beschaffung von bis zu 74 neuen »geländegängigen, geschützten Mehrzweckfahrzeugen«, sprich Panzerwagen, geht das Bundesinnenministerium einen ähnlich pragmatischen Weg. So wird in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion zur Amtshilfe der Bundeswehr von diesem März ein Ersuchen des Innenministeriums für die Nutzung der Wehrtechnischen Dienststelle 41 in Trier zur »Unterstützung technischer Erprobung« aufgeführt. Speziell in dieser Bundeswehr-Liegenschaft werden militärische Ketten- und Radfahrzeuge erprobt. Ein klarer Hinweis darauf, dass dort die bundeseinheitliche Beschaffung von modernen Panzerfahrzeugen für die 17 deutschen Bereitschaftspolizeien vorbereitet wird. In einer Bekanntmachung des Beschaffungsamtes des Innenministeriums aus dem vergangenen Jahr werden die Eckdaten skizziert. Die bis zu 74 Fahrzeuge mit einem Höchstgewicht von 16 Tonnen sollen Platz für neun Personen bieten und gegen Minen, Sprengsätze, Splitter und Geschosse Schutz bieten. Zudem besteht die Option auf ein Räumschild an der Front und eine Waffenstation auf dem Dach.

Mit dem Verkauf von Fahrzeugen dieses Typs an Spezialeinheiten der Länderpolizeien haben die Rüstungsschmiede Rheinmetall und der österreichische Spezialfahrzeughersteller Achleitner bereits Fuß auf diesem Markt gefasst. Laut Informationen des Magazins *Focus* plant Rheinmetall sogar, bis zu 200 Panzerfahrzeuge des Modells »Survivor R« an deutsche Polizeibehörden zu verkaufen.

Die aktuelle Aufrüstung macht bei Spezialeinheiten und Panzerwagen nicht halt. Auch die Streifenwagenbesatzungen werden paramilitärisch geschult und ausgerüstet. Mit der länderübergreifenden Vereinheitlichung entsprechender Konzepte befassten sich die beiden Innenministerkonferenzen des Jahres 2016. Herausgekommen ist das Konzept der »lebensbedrohlichen Einsatzlagen«.

Kriegermentalität

Hinter dem Begriff verbirgt sich eine neue Polizeistrategie. Streifenbeamte sollen nicht länger nur absperren und auf das Eintreffen von Spezialkräften warten, wenn bewaffnete Straftäter*innen aktiv sind. Vielmehr sollen sie als Erstinterventionskräfte selbst zu den Waffen greifen und die Verdächtigen stellen können.

Dafür erhalten sie eine ein- bis zweiwöchige Zusatzausbildung, in der sie Grundlagen des militärischen Vorgehens im urbanen Raum erlernen sollen. Ein Entwickler dieses Konzepts, Thomas Wimmer, verantwortlich für das Fachgebiet Einsatz an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz, beschrieb den Entstehungsprozess gegenüber dem *SWR* am 4. Juli 2017 so: »Wir haben uns schlau gemacht in Ländern rings um – von Frankreich bis Israel und bei der Bundeswehr waren wir auch, um uns militärische Taktiken anzuschauen.« Wimmer zieht daraus den Schluss, dass sich diese Taktiken gut »auf polizeiliches Vorgehen adaptieren« ließen. Um für diese Einsätze entsprechend gerüstet zu sein, werden bundesweit neue Waffen und Schutzkleidung beschafft.

Die neue Ausrüstung in Schleswig-Holstein, dem Gastgeberland der IMK, sieht wie folgt aus: je zwei modernisierte Maschinenpistolen MP5 von Heckler & Koch, schwere Schutzwesten von Mehler aus Fulda, dem Hersteller der Infanteriewesten der Bundeswehr, sowie ballistische Titanhelme aus Österreich, Splitterschutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets, speziell für Schuss- und Sprengverletzungen. Ähnlich rüsten elf weitere Bundesländer auf.

Schleswig-Holstein geht allerdings noch einen Schritt weiter. Bereits im vergangenen Jahr wurden mehr als 500 halbautomatische Gewehre von SIG Sauer aus Eckernförde für rund 1,2 Millionen Euro ausgeliefert. Die Hälfte der Gewehre steht den Spezialeinheiten zur Verfügung. Die verbleibenden 250 finden ihren Platz in den großen Streifenwagen im nördlichsten Bundesland.

Während die Mehrzahl der Länderpolizeien für die Streifenwagen primär auf die leichteren, kleinkalibrigen Maschinenpistolen setzt, hat Hessen von Anfang an einen anderen Weg eingeschlagen und ein »Streifengewehr« ausgeschrieben. Mitte Mai meldete das Rüstungsfachblatt *Europäische Sicherheit und Technik* die Auftragsvergabe an Heckler & Koch. Noch in diesem Jahr sollen die ersten der rund 2.000 halbautomatischen Gewehre vom Typ G38 geliefert werden. Das HK G38 wird als potentieller Nachfolger des in Verruf geratenen Standardgewehrs der Bundeswehr gehandelt. Bereits im Einsatz ist es bei den Spezialkräften der Bundeswehr und als Standardwaffe der französischen und norwegischen Streitkräfte. Ab 2020 soll diese Kriegswaffe in jedem Polizeifahrzeug in Hessen deponiert werden.

Mit der beschriebenen materiellen Aufrüstung geht zudem eine Veränderung des Selbstbildes der Polizei einher. Heiner Busch, Autor des Standardwerks der kritischen Polizeiforschung »Die Polizei in der Bundesrepublik«, stellte dazu schon 1985 fest: »Die Ausstattung mit spezifischen Waffen drückt die politische Bereitschaft zum Einsatz dieser Waffen aus. Zudem programmiert die Ausstattung mit spezifischen Waffen die Lösung innergesellschaftlicher Konflikte bis in Alltagssituationen hinein vor. In der Bewaffnung äußern sich Auftrag und Selbstverständnis der Polizei.«

Ähnlicher Auffassung ist der Soziologe Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg, ein interner Kritiker der aktuellen Entwicklungen des Polizeisystems. Er spricht von der Ausbreitung einer »Kriegermännlichkeit« innerhalb des Apparates, die nach seiner Auffassung mit jedem Aufrüstungsschritt weiter zunimmt. Als Vertreter des liberalen Konzepts der Bürgerpolizei stellt Behr fest: »Mit jedem Magazin mehr am Gürtel geht diese Idee verloren.«

Ein Beispiel dafür, wie sich dieser Mentalitätswandel auch in

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Das German Police Project Team bei der Ausbildung afghanischer „Polizisten“. Quelle: NATO /Resolute Support / Flickr

den Führungsebenen ausbreitet, liefert die Polizei NRW, einst Vorbild in Sachen Bürgerpolizei. Hier wurde in den 1980er Jahren das »Wort als wesentliches taktisches Einsatzmittel« und die Augenhöhe mit der Bevölkerung zum Ausgangspunkt der Arbeit gemacht. Unter dem CDU-Innenminister Herbert Reul hat sich der Wind gedreht. So heißt es in einem geleakten Entwurf für ein neues Leitbild nach Informationen der *Rheinischen Post* vom 27. Februar 2018: »Die Polizei NRW muss an Konsequenz, Stabilität, Führungsstärke und Robustheit deutlich zulegen.« Über die Einsatzkräfte heißt es weiter, »Polizeibeamte müssen durchsetzungsfähig und -stark und damit letztlich gewaltfähig, aber nicht gewaltaffin werden«. Politische Rückendeckung für solcherlei Vorstöße erhält die Polizei von der Union, die in einer Social-Media-Kampagen auf Twitter mit dem Schlagwort »#StarkerStaat« für Gesetzesverschärfungen und die Aufrüstung der Polizei wirbt.

Der G-20-Gipfel in Hamburg gab einen Vorgeschmack darauf, wie sich der »starke Staat« gegen Protest auf der Straße zukünftig präsentieren wird. Während der Gipfelwoche war der gesamte Einsatz von Polizeigewalt und temporärem Ausnahmezustand geprägt. Zudem wurde die Vermutung, die offiziell für die Terrorbekämpfung beschafften Waffen könnten auch gegen die Opposition in Stellung gebracht werden, mit Taten untermauert.

Nachdem es im Schanzenviertel zu teils schweren Auseinandersetzungen gekommen war, mobilisierte die Polizeiführung Teile der insgesamt 800 Spezialkräfte, die für die Absicherung des Gipfels in die Stadt verlegt worden waren. Während der Räumung mehrerer Straßen und eines Hausdaches kamen Schnellfeuerwaffen als Abschreckungswerkzeug zum Einsatz. Mit den Laserpointern der Zieleinrichtungen wurde in den betroffenen Straßenzügen selbst auf Bewohner*innen an Fenstern und auf Journalist*innen gezielt. Neben Verdächtigen wurde auch eine Gruppe Demosanitäter*innen mit vorgehaltenen Waffen abgeführt. Aber auch am deutlich ruhigeren Samstag standen moderne Panzerfahrzeuge der Bundespolizei rund um den Hauptbahnhof in Bereitschaft, und als die Nacht hereinbrach, wurden die Spezialeinheiten erneut – diesmal rein präventiv – ins Schanzenviertel entsendet.

Auch wenn es sich bei dem Polizeieinsatz in Hamburg de facto um einen Ausnahmezustand gehandelt hat, eine Situation, die sich nicht direkt auf den Alltag übertragen lässt, wurden Versuche in eben diese Richtung unternommen. Nur wenige Monate nach dem Gipfel zeigte das vollbewaffnete SEK Sachsen auf einer angemeldeten Antifademo in Wurzen bei Leipzig Präsenz. Auf eine Anfrage der Linkspartei im Sächsischen Landtag zu den Ereignissen erklärte die Landesregierung, dass Spezialeinheiten regelmäßig bei Demonstrationen mit hohem Gewaltpotential im Hintergrund bereitstünden. Seitdem ist es nicht zu vermehrten offenen Demoeinsätzen bewaffneter Spezialkräfte gekommen. Die entsprechenden Konzepte liegen allerdings, spätestens seit den Ereignissen von Hamburg, in den Schubladen der Einsatzleitungen. Für den Demonstrationsalltag ist davon auszugehen, dass die in Terrorabwehr geschulten BF-Einheiten und auch die mental aufgerüsteten, einfachen Bereitschaftspolizeien noch weniger zu Deeskalation neigen werden, als das bisher der Fall war.

Gegenwind

Gegen die Maßnahmen der Aufrüstung, an vorderster Stelle gegen die neuen Polizeigesetze, die laut Plänen der Innenministerkonferenz zu einem Musterpolizeigesetz zusammengeführt werden sollen, formiert sich breiter werdender Widerstand. Das beeindruckendste Beispiel dafür war die Massenmobilisierung gegen das Polizeiaufgabengesetz in Bayern im Mai 2018.Bei diversen, auch kleineren Demonstrationen und Kundgebungen zeigt sich ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass es sich bei den beschriebenen Verschärfungen nicht um isolierte, überzogene Vorstöße, sondern um Bausteine einer größeren autoritären Verschiebung handelt.

Dementsprechend fanden sich auch zur IMK in Kiel rund 1.000 Demonstrant*innen ein, um diese Entwicklungen nicht unwidersprochen zu lassen. Während eine erste Demonstration um 18 Uhr, mit großer Beteiligung von geflüchteten Aktivist*innen, ihren Fokus auf die rassistische Migrations- und Asylpolitik der IMK legte, fand die zweite Versammlung im unmittelbaren Anschluss unter dem Motto »Gegen Repression, Rechtsruck und autoritäre Formierung!« statt.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Tag der Bundeswehr in Pfullendorf – ein Rückblick

von Luca Heyer

Am Tag der Bundeswehr (TdB) in Pfullendorf am 15. Juni 2019 öffnete das Ausbildungszentrum Spezielle Operationen der Bundeswehr seine Türen, um für Bundeswehr und Auslandseinsätze zu werben.[1] Zuvor hingen die Städte über Wochen voll mit makaberster Werbung der deutschen Armee. Erwartet wurden 20.000 Besucher*innen – letztendlich verirrten sich „nur“ 12.500 in die Kaserne in Pfullendorf.

Zum Programm, das die Bundeswehr vorbereitet hatte, gehörte auch ein Militärkonzert des Heeresmusikkorps Ulm, eine Hüpfburg, Feldpost schreiben, eine dynamische Vorführung des Kommando Spezialkräfte (KSK) und Fallschirmspringen. Interessant dabei: Das gesamte Programm wurde so gestaltet, dass es vor allem auf Kinder möglichst ansprechend wirken sollte. Kinder wurden sogar mit „Hallo liebe Kinder, hallo liebe Besucher“ explizit angesprochen. Immer wieder waren Kinder zu sehen, die auf Panzern kletterten. So verankert sich eine Normalisierung und Verharmlosung von Krieg und Militär schon im Kindesalter und ebnet den Weg für eine spätere „Karriere“ als Soldat*in, wie auch das Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart, das sich an Protesten gegen den TdB beteiligte, kritisiert.[2]

Hohe Kosten

Kritisiert wurden unter anderem auch die sehr hohen Kosten, die mit der Durchführung des Militärspektakels verbunden sind: In der Antwort auf eine Anfrage von Tobias Pflüger (Die Linke) bezifferte die Bundesregierung die Kosten für die Durchführung des TdB allein in Pfullendorf auf insgesamt 170.000 Euro. Für die Anmietung von Geräten (z.B. Tribünen, Absperrgitter oder Zelte) waren 75.000 Euro eingeplant. Für die Anmietung von Bussen waren weitere 23.000 Euro veranschlagt. Das Sicherheits- und Verkehrskonzept ließ sich die Bundeswehr 18.500 Euro kosten. Die Werbung im Vorfeld des Tags der Bundeswehr hatte zudem 10.000 Euro gekostet. 43.500 Euro sind außerdem für weitere Ausgaben, wie Dienstreisen, das Bühnenprogramm, die Abfallentsorgung oder Parkflächen veranschlagt. Hinzu kommen weitere Kosten für Personal und den Betrieb vorgeführter Waffensysteme, die in den geplanten 170.000 Euro nicht enthalten sind. Die tatsächlichen Kosten (mit Personal- und Treibstoffkosten) dürften deutlich höher liegen.[3]

Ebenfalls nicht enthalten sind die Kosten für ein Anschreiben, das im Vorfeld des TdB an 700.000 Minderjährige verschickt wurde, die im kommenden Jahr volljährig werden. Ihnen wurde ein Beratungsgespräch mit der Bundeswehr und ein Camouflage-Handtuch mit der Aufschrift „Militärische Sperrzone“ angeboten. 4.800 der potenziellen Rekrut*innen hatten sich wohl daraufhin tatsächlich für ein Beratungsgespräch angemeldet.[4] Hier zeigt sich einmal mehr, wie die Bundeswehr immer unverhohlener auch Minderjährige anwirbt. Es ist zudem unklar, wie und auf welcher Rechtsgrundlage die Bundeswehr an die Daten der 700.000 Minderjährigen gekommen war.

Protest

Das Bündnis „Keinen Tag der Bundeswehr“, an dem sich neben elf weiteren Gruppen auch die IMI beteiligte, rief zu einer Kundgebung vor den Kasernentoren auf. Dem Aufruf folgten etwa 50 Demonstrierende. Es gab zahlreiche Reden, in denen u.a. die Aufrüstung und Normalisierung der Bundeswehr kritisiert wurden. Kritik gab es auch an den vielen rechten und sexistischen Skandalen in der Staufer-Kaserne. Mehrere Bundeswehr-Sympathisanten beleidigten die Redner*innen: Einer Aktivistin, die gerade eine Rede hielt, wurde von einem Besucher aus dem Kaserneninneren zugerufen, sie solle in die Küche gehen – ein absolut sexistischer Kommentar, der das bei der Bundeswehr vorherrschende Bild von Frauen einmal mehr bestätigt. Der Bundestagsabgeordnete Tobias Pflüger (Die Linke) wurde als „Landesverräter“ beschimpft.

Einige Friedensaktivist*innen mischten sich unter die Besucher*innen und protestierten mit mehreren friedlichen Aktionen gegen den Tag der Bundeswehr in Pfullendorf. An drei Stellen wurden Transparente gezeigt und Parolen gerufen. Zum Teil wurden symbolisch Blutlachen aus roter Farbe auf dem Boden hinterlassen, um daran zu erinnern, dass das „Geschäft“ der Bundeswehr ein blutiges ist.

Gewaltbereitschaft und rechte Bezüge

Die Friedensaktivist*innen waren bestürzt über die Gewaltbereitschaft, die ihnen teilweise seitens der Besucher*innen entgegen schlug. So wurde beispielsweise eine vierköpfige Gruppe, die ein Transparent mit der Aufschrift „No war“ zeigte, von mehreren Besucher*innen körperlich angegriffen. Die Aktivist*innen wurden gewürgt, geschubst und gekniffen, sie erlitten Prellungen. Einer stellte Strafanzeige gegen einen Besucher, weil dieser ihm büschelweise

Haare ausriss. Die Militärpolizei beförderte die Aktivistinnen und Aktivisten aus der Kaserne und fügte ihnen dabei durch Schmerzgriffe an Handgelenken, Hals und Nase Schmerzen zu, obwohl sich diese friedlich verhielten. Eine andere Gruppe zeigte am Stand des KSK ein Transparent mit der Aufschrift „KSK = rechte Terrorzelle“ – eine Anspielung auf die enge Verstrickung mehrerer KSK-Soldaten in ein rechtes Untergrundnetzwerk mit Waffenlagern und Umsturzplänen um den Soldaten Franco A. und den Verein UNITER. Auch ein Mann mit einem T-Shirt von UNITER wurde auf dem Kasernengelände fotografiert. UNITER wird vorgeworfen, paramilitärische Trainings abzuhalten und in rechtsterroristische Umtriebe um Franco A. sowie die Chatgruppe Nordkreuz verwickelt zu sein.[5]

Ebenfalls für Aufsehen sorgte ein Banner der Reservistenkameradschaft oberer Linzgau: Auf dem Banner war unter anderem ein Logo mit der Aufschrift „Supported by AlfaShirt.de“ zu sehen. AlfaShirt ist ein rechter Onlineversandhandel, der diverse Kleidungsstücke, Tassen, Wappen, usw. mit positiven Bezügen zur Wehrmacht verkauft. Auch geschichtsrevisionistische Motive oder solche, die sich positiv auf die Eroberung des Sudetenlandes während des Nationalsozialismus beziehen, finden sich im Sortiment von AlfaShirt. Die Tatsache, dass rechte Kleinunternehmer – wie im Fall von AlfaShirt – auf dem TdB Werbung für sich machen können und dies bei der Bundeswehr offensichtlich niemanden stört, zeigt, dass die Märchen vom „Staatsbürger in Uniform“ oder dem Konzept der „Inneren Führung“, wie sie vom Verteidigungsministerium immer wieder propagiert werden, leider keinerlei Umsetzung durch die Soldat*innen erfährt.

Erfolg für die Friedensbewegung

Das Bündnis, das zu den Protesten gegen den TdB aufgerufen hatte, verbucht den Tag dennoch als Erfolg. Gerade die genannten Vorfälle verdeutlichen, dass es wichtig ist, die Bundeswehr nicht ungestört agieren zu lassen, sondern der Normalisierung von Militär und rechtem Gedankengut entgegenzuwirken. Die DFG-VK, die sich an den bundesweiten Protesten gegen den TdB beteiligte, schreibt: „An zwölf der vierzehn Standorte wurde den Bundeswehr-Feiern friedliche Proteste entgegengesetzt [...] Dass der Tag der Bundeswehr trotz des Millionen-Euro-Budgets – Steuergelder – auch in diesem Jahr wieder zu einem bundesweiten Aktionstag gegen Militär wurde, werten wir als großen Erfolg: Die Friedensbewegung mag kaum finanzielle Mittel haben, dafür ist das Engagement umso größer! Und auch das Interesse der Bevölkerung an dem Werbetag der Armee scheint abzunehmen.“[6]

Anmerkungen

1 Weitere Informationen zur Bedeutung des Tags der Bundeswehr finden sich hier: IMI-Standpunkt 2019/021. Jacqueline Andres: Keinen Tag der Bundeswehr.
2 Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart: Tag der Bundeswehr in Pfullendorf: KSK und Militärkonzert gestört.
3 Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 6/64 des Abgeordneten Tobias Pflüger. 13.6.2019.
4 Bento: Mit dem Pony in den Krieg: Wir haben das Werbe-Festival der Bundeswehr besucht. 19.6.2019.
5 IMI-Studie 2019/04. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten.
6 DFG-VK: Erfolgreicher Protest gegen den „Tag der Bundeswehr“.

Alle Bilder stammen vom Tag der Bundeswehr 2019 in Pfullendorf. Quelle: IMI

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Rüstungsministerin Annegret-Kramp Karrenbauer

Aufruf ruft zu deutschlandweiten Gelöbnissen

von Tobias Pflüger

Die neue Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) wurde unter sehr ungewöhnlichen Umständen vor dem Deutschen Bundestag vereidigt. Am 24.Juli 2019 fand eine Sondersitzung, nicht im Bundestagsgebäude, sondern im „Paul-Löbe-Haus“ statt. Die Vereidigung war innerhalb weniger Minuten vollzogen. Doch dann folgte die Regierungserklärung der neuen „Verteidigungsministerin“ Annegret Kramp-Karrenbauer, und die hatte es in sich, so wie ihre bisherigen Äußerungen es vermuten ließen.

Unkonkret und allgemein für mehr Aufrüstung, das war der wahrnehmbare Impetus. Doch da, wo Annegret Kramp-Karrenbauer konkret wurde, war es deutlich: „Wir wollen uns für Europa stark machen – auch in handfesten militärischen Fähigkeiten. Vieles haben wir angestoßen. Und wir haben mit der Ratspräsidentschaft nächstes Jahr die Gelegenheit, die Europäische Verteidigungsunion auszugestalten – so, wie wir uns das im Koalitionsvertrag vorgenommen haben.“ Das heißt übersetzt, dass, obwohl die neue Ministerin wohl noch nicht recht weiß, was das ist, die Projekte der EU-Militarisierung wie PESCO (strukturierte militärische Zusammenarbeit in der EU), wie der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) nun im Zentrum der Aufrüstung stehen werden. Die von Annegret Kramp-Karrenbauer dafür gebrachte Begründung hat sie von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen: „Die Welt ruft nach mehr Europa. Und die Welt braucht mehr Europa“, militärisch versteht sich. Nein! Diese Militärunion ist das letzte was gebraucht wird.

Und natürlich bekannte sich Annegret Kramp-Karrenbauer zur NATO und dem dort vereinbarten 2 % Ziel: „An dem Ziel der Bundesregierung, 2% anzustreben, ein Ziel, auf das sich alle Verbündeten wiederholt geeinigt haben, halte ich daher fest. Auf dem Weg dahin müssen und wollen wir bis 2024 ein Verteidigungsbudget in Höhe von 1,5% des Bruttoinlandproduktes erreichen. Diesen Wert haben wir abgestimmt gegenüber der NATO angezeigt und er entspricht im Minimum auch unserem Bedarf. Es geht hier, um das ganz deutlich zu sagen, nicht um Wünsche von außen, es geht hier nicht um Aufrüstung, es geht hier um Ausrüstung und Personal. Es geht um unsere Bundeswehr. Es geht um eine Bundeswehr, die die Aufgaben erfüllen kann, die wir ihr geben. Es geht um unser ureigenes Interesse.“ Wichtig ist jedoch, eine Vereinbarung ist kein verbindlicher Beschluß und muss nicht vom Bundestag umgesetzt werden.

Um Annegret Kramp-Karrenbauers Aussagen einmal in konkrete Zahlen zu übersetzen: Die Bundeswehr schreibt selbst: „In den vergangenen Jahren ist der Verteidigungshaushalt schrittweise angestiegen. 2014 betrug der Soll-Etat noch 32,4 Milliarden Euro. 2017 erhöhte er sich bereits auf rund 37 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 liegt er nunmehr bei rund 43,2 Milliarden Euro. [...] Der Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt beläuft sich im Jahr 2019 auf 12,1 Prozent. Für investive Maßnahmen sind rund 9,9 Milliarden Euro vorgesehen.“ Mit investiven Maßnahmen sind vor allem Beschaffungen neuer Rüstungsprojekte gemeint.

Im nicht öffentlichen „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“, auf das sich Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Rede bezog, werden für 1,5 % des BIP im Jahr 2023 60 Milliarden Euro Militärhaushalt angegeben, konkret durchgeplant mit Rüstungsprojekten und entsprechenden Zeitplanungen. Werden 2 % des BIP zugrunde gelegt, wie Annegret Kramp-Karrenbauer es fordert, sind bis 85 Mrd. Euro erwartbar, so haben es Wissenschaftler von SWP und DGAP ausgerechnet, 60 bis 85 Mrd. Euro u.a. für Beschaffungsprojekte. Beschaffungsprojekte, die Jahre später kommen werden und viel mehr kosten werden als veranschlagt wurde, so wie bisher. Und: Diese Beschaffungsprojekte, die dann noch verstärkter angeschafft werden, werden dann auch für den Rüstungsexport genutzt werden. So sind steil ansteigende Rüstungsexportzahlen schon jetzt vorprogrammiert.

Viele Beschaffungsprojekte werden wieder nicht wirklich funktionieren. Die bisherige Ministerin hat dann parallel einfach weitere Rüstungsprojekte bestellen lassen, und hat sich dabei umfangreich „beraten“ lassen. Annegret Kramp-Karrenbauer meinte: „Die Mittel, die Sie in diesem Haus zur Verfügung stellen, müssen schneller und reibungsloser als bisher in Personal und Material sichtbar und spürbar investiert werden. Das gilt für die Projekte, die wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entwickeln, wie das künftige Kampfflugzeug und den Kampfpanzer. Und für die nationalen Projekte, die Sie alle kennen. Wir werden bis zum Herbst entscheiden und vorlegen, wann wir in dieser Legislaturperiode mit welchen Projekten in das Parlament gehen.“ Das von Annegret Kramp-Karrenbauer extra erwähnte „Kampfflugzeug“, sie meint damit wohl das „Future Combat Air System“ (FCAS), wird schon jetzt als Gesamtsystem mit ca. 100 Milliarden Euro berechnet. Hier deuten sich viele Milliardengräber an. Politisch verantwortlich für diese immense Geldverschwendung ist ab sofort Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU-Vorsitzende.

Aufrüstung kostet sehr viel Geld, ein Grund mehr, warum Annegret Kramp-Karrenbauer die Bundeswehr sichtbarer machen will. Der fast konkreteste Vorschlag ihrer Regierungserklärung war die Ankündigung von öffentlichen Gelöbnissen überall im Land am 12. November zum Geburtstag der Bundeswehr, und Annegret Kramp-Karrenbauer hätte am liebsten ein öffentliches Gelöbnis „vor dem Reichstag“. Diese Gelöbnisse, sollten sie stattfinden, werden berechtigterweise nicht ohne Protest ablaufen.

Diese Regierungserklärung von Annegret Kramp-Karrenbauer klang über weite Strecken wie eine einzige Aufrüstungserklärung. Hier sprach eine Aufrüstungsministerin. Aufrüstungswille gepaart mit offensichtlicher Inkompetenz. „Ist das eine Kriegserklärung?“ und wenn ja, gegen wen eigentlich? Nein, die Ankündigungen dieser Ministerin „versprechen“ nichts Gutes. Wir brauchen statt dieser angekündigten Aufrüstung, endlich ein Umsteuern, Investitionen in Ziviles, z.B. im Bereich der Pflege und Abrüstung, das wäre das Gebot der Stunde!

Amtsantritt. Quelle: Bundeswehr / Wilke

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Iran-Konflikt

Ist eine Drohne einen Krieg wert?

von Marius Pletsch

Die Sorge vor einem bewaffneten Konflikt zwischen den USA und dem Iran nimmt seit dem Ausstieg von US-Präsident Donald Trump aus dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) zu. Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sagte im Deutschlandfunk: „Die Zeichen zeigen auf Krieg. Es ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit, bis dann ein neuer Zwischenfall das Ganze zum Explodieren bringt."[1] Ein Zwischenfall, bei dem es so schien, als könnte er dieser Eskalationsfunke sein, war der Abschuss einer US-Spionagedrohne über der Straße von Hormus am 20. Juni 2019. Eine sogenannte „kinetische" Reaktion – sprich eine Bombardierung des Iran – befand sich zwar schon in Umsetzung, wurde jedoch letztlich nicht durchgeführt. Doch das US-Cyber-Kommando (USCYBERCOM) des Pentagon ging gegen das ballistische Raketenprogramm des Irans vor.

Wie konnte es zu dieser Eskalation kommen und steuern wir – auch durch die Untätigkeit der EU und der nun schrittweisen Abkehr von den Verpflichtungen unter dem JCPOA durch den Iran – jetzt auf einen bewaffneten Konflikt zu, der erneut eine ganze Region ins Chaos zu stürzen droht?

Zunächst soll ein kurzer Rückblick auf den JCPOA und den Austritt der USA gewagt werden, sowie das iranische Ultimatum und die kürzlich gemachten Schritte, nicht länger alle Verpflichtungen des Abkommens umsetzen zu wollen. Der Fokus dieses Beitrags soll aber auf dem Drohnenabschuss liegen, wobei versucht wird zu klären, was überhaupt passiert ist und ob die eingetretene Situation als Beispiel taugt, dass Drohnen konflikteskalierend wirken können.

1. Rückschau – Das Iran-Abkommen, nur von kurzer Dauer?

Das am 14. Juli 2015 zwischen den E3 (Frankreich, Großbritannien und Deutschland), Russland, China, den USA[2] und dem Iran geschlossene Abkommen, offiziell JCPOA genannt, sollte den Iran an dem Bau von Atombomben hindern. Das Abkommen wurde vom UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2231 bekräftigt und unterstützt.[3] Durch das Abkommen ist dem Iran sowohl der Weg zu einer Nuklearwaffe über hoch angereichertes Uran (dafür ist eine Anreicherung von mehr als 90 % nötig) als auch über den Schwerwasserreaktor in Arak, mit dem der Weg zu einer Plutoniumbombe offen gestanden hätte, versperrt. Dass der Iran bis 2003 ein Atomprogramm mit militärischem Zwecke unterhielt, dies hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 2011 in einem Bericht nahegelegt.[4] Der Bericht von IAEO-Generaldirektor Yukiya Amano von 2015 sprach von nicht koordinierter Forschung nach 2003, doch nach 2009 gebe es keine glaubhaften Indikationen, dass der Iran weiter nach einer nuklearen Waffe streben würde.[5]

Durch das Iran-Abkommen wurde die Zahl der Zentrifugen von 19.000 auf 5.060 in Natanz für zehn Jahre begrenzt und in Fordow, wo nur zu Forschungszwecken angereichert werden darf, auf maximal 1.044 Zentrifugen reduziert. Außerdem mussten moderne Zentrifugen deinstalliert werden und dürfen nur zu Forschungszwecken einzeln betrieben werden. Angereichert durfte Uran nur bis 3,67 % werden. Der Kern des Schwerwasserreaktors in Arak wurde mit Zement gefüllt und der Reaktor wird basierend auf einem Konzept der gemeinsamen Kommission neu konstruiert. Die Menge an radioaktivem Material, die im Land sein durfte, wurde auf 300 kg LEU (Low-Enriched-Uranium) begrenzt.[6] Zudem unterwirft sich der Iran einer strikten Beobachtung durch die IAEO, z.B. können die Anlagen zur Anreicherung für 20 Jahre konstant beobachtet werden. Entgegen manchen Behauptungen kann die IAEO auch zuvor nicht deklarierte Anlagen besuchen, wenn sie einen Anlass sieht, das ist jedoch noch nicht der Fall gewesen.[7] Das Argument, dass in der Zwischenzeit Räume gesäubert werden könnten, steht, wenn die Rede von radioaktivem Material ist, auf wackeligen Beinen.

Ein Großteil der bedeutsamen Einschränkungen, mit denen sich der Iran mit der Unterzeichnung des JCPOA einverstanden erklärt hat, sind zeitlich begrenzt, viele laufen nach spätestens 15 Jahren aus, manche zusätzlichen Beobachtungs- und Verifikationsrechte der IAEO, die über jene, die bei regulären Vertragsstaaten des nuklearen Nicht-Verbreitungsvertrags hinausgehen, laufen nach 25 Jahren aus. KritikerInnen, insbesondere aus den USA, war dies zu wenig, sie wollten eine dauerhafte Regelung und sie störte es, dass andere strittige Punkte, wie das ballistische Raketenprogramm, das Auftreten in der Region durch iranische Revolutionsgarden und schiitische Milizen, sowie die Menschenrechtslage nicht durch das Abkommen abgedeckt waren. Jedoch war gerade durch die Fokussierung auf ein Thema erst eine Einigung in diesem Feld möglich geworden.

Als Gegenleistung sollten die internationalen Sanktionen, die aufgrund des Atomprogramms ausgesprochen worden waren, aufgehoben werden, sodass der Iran wieder Produkte – insbesondere Öl und Gas – exportieren kann, am internationalen Zahlungsverkehr SWIFT teilnehmen kann und durch eine wirtschaftliche Öffnung auch interessant für internationale Investitionen in dem Land wird. Und in der Tat stieg das BIP 2016 um 12,3 Prozent und 2017 um 3,7 Prozent. Eine zentrale Einnahmequelle waren Ölverkäufe. Investitionen in den Öl- und Gassektor, aber auch in die öffentliche Infrastruktur sollten erfolgen, zudem wollte der Iran seine veraltete zivile Flugzeugflotte erneuern, dafür wollte man etwa 200 Flugzeuge bei Boeing, Airbus und ATR kaufen.[8]

1.1 Der Ausstieg der USA

Der Ausstieg aus dem JCPOA war ein Wahlversprechen von Donald Trump, das er am 8. Mai 2018 eingelöst hat. Trump übernahm dabei die oben genannte Kritik und außerdem nannte er Zahlungen der US-Regierung an den Iran in Höhe von 150 Mrd. US-Dollar und 1,7 Mrd. US-Dollar in bar. Diese Zahlungen gab es, jedoch waren es wohl nicht 150 Mrd., sondern eher zwischen 25 und 50 Mrd. US-Dollar. Zudem war es nicht amerikanisches, sondern iranisches Geld, welches aufgrund der Sanktionen eingefroren wurde. Die 1,7 Mrd. Dollar in bar war Geld, mit dem der Iran vor 1979 Waffen bei

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

den USA gekauft hatte, aber nach der Revolution nie erhalten hat, plus Zinsen. Vor Gericht hätten sie vermutlich verloren, wodurch die Summe deutlich höher gewesen wäre.[9] Ein anderer Grund, der für den Austritt immer wieder kolportiert wurde, ist der, dass das Abkommen unter Barack Obama zu Stande gekommen ist. Auch der (jetzt ehemalige) britische Botschafter in den USA Kim Darroch äußerte sich am 14. Juli 2019 in einer von der Mail on Sunday veröffentlichten Depesche aus dem Mai 2018 in diese Richtung. In dem Kabel, das kurz vor dem JCPOA-Austritt verfasst wurde, sprach Darroch von „Persönlichkeits-Gründen" für die Aufkündigung. Er nannte den Schritt einen „Akt von diplomatischem Vandalismus" und konnte keine Strategie für den „Tag danach" erkennen.[10]

Seit dem Ausstieg haben die USA den Iran mit neuen Sanktionen überzogen und zudem auch sogenannte Secondary Sanctions ausgesprochen. Damit können Unternehmen und Banken, die mit dem Iran Handel treiben aus dem US-Markt ausgeschlossen werden. Das führte dazu, dass der Teil des Abkommens, der dem Iran zu Gute kommen sollte, nicht länger umsetzbar war. So konnten von den 200 neuen Flugzeugen gerade einmal 21 ausgeliefert werden.[11] Für international agierende Unternehmen hat der US-Markt stets Priorität vor dem unsicheren und im Vergleich kleinen iranischen Markt. Aus Angst vor Sanktionierung und Strafzahlungen halten sich Unternehmen lieber zurück.

Das Interessante an dem Ausstieg der USA ist, dass sie zwar den Druck auf den Iran durch die Sanktionen massiv erhöht haben, und es somit unmöglich wurde, die Zusagen, die an den Iran gemacht wurden, einzuhalten. Jedoch wollten sie das Abkommen nicht komplett versenken, der Iran sollte weiter durch den JCPOA am Bau einer Bombe gehindert werden. Die USA hätten das Abkommen komplett ruinieren können, indem sie es zum Thema vor dem UN-Sicherheitsrat gemacht hätten. Das wurde nicht gemacht.[12]

1.2 Too little, too late? EU-Reaktion und Irans kalkulierte Nichteinhaltung

Die europäischen Staaten bedauerten den Ausstieg des NATO-Alliierten USA aus dem Abkommen, handelten aber sehr zögerlich, wenn es um den Versuch ging, dem Iran die zugesagten ökonomischen Erleichterungen zu ermöglichen. Sie beteuern an dem Abkommen festhalten zu wollen, können aber mit den USA und ihrer Strategie des maximalen Drucks nicht für die ökonomischen Erleichterungen sorgen, die sich der Iran erhofft hatte und die ihm nach dem Abkommen auch zustehen. Erst im Januar 2019 wurde die europäisch-iranische Tauschbörse INSTEX, kurz für Instrument in Support of Trade Exchanges (dt. Instrument zur Unterstützung von Handelsaktivitäten) angekündigt, operativ ist diese seit dem 28. Juni. Die Plattform soll ein Umgehen der US-Sanktionen ermöglichen, jedoch sollen lediglich humanitäre Güter, wie Medizin, medizinisches Equipment und Nahrungsmittel über diese gehandelt werden können. Dies dürfte dem Iran und der strauchelnden iranischen Wirtschaft nur wenig Linderung verschaffen. Zudem drohen die USA auch gegen dieses Instrument vorzugehen. Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire kündigte am 4. Juli an, die erste Transaktion über das Instrument stehe unmittelbar bevor, doch bislang wurde dies noch nicht in die Tat umgesetzt (Stand: Mitte Juli 2019).[13] Die Financial Times berichtete am 18. Juli über den Willen Russlands, INSTEX beizutreten. Gleichzeitig forderte die russische Seite die Inklusion von Rohöl-Transaktionen über den Mechanismus.[14]

Bislang sagte der iranische Außenminister stets, dass die Aussicht über INSTEX stark eingeschränkten Handel treiben zu können, nicht ausreichend sei. Zum ersten Jahrestag des US-Ausstiegs kündigte der Iran eine erste 60-Tages-Frist an und stellte in Aussicht, dass man sich an „freiwillige Zusagen" nicht länger gebunden fühle. Damit war die 300 kg Obergrenze für LEU gemeint. Eine weitere Stufe ist nun die Anreicherung auf 5 Prozent, mit der Aussage, dass man auch höher anreichern wolle, wenn es bis zum 5. September keine Fortschritte gebe.[15] Diese Teilausstiege und Schritte sind kalkuliert und werden in aller Öffentlichkeit vollzogen. Wirklich kritisch wird die Situation wohl erst, wenn der Iran Uran auf 20 % und darüber hinaus anreichert, modernere und leistungsfähigere Zentrifugen wieder installiert und wenn die KontrolleurInnen der IAEO keinen Zutritt mehr bekommen würden. Zumindest die Anreicherung auf 20 % scheint als nächster Schritt denkbar. Wird dies vollzogen, könnten Staaten in der Region nervös werden. Saudi-Arabien und weitere könnten ein eigenes nukleares Waffenprogramm aufsetzen und der Druck von israelischer Seite würde wachsen.

1.3 Truppenbewegungen der USA

Als sich der Jahrestag des US-Ausstiegs näherte, wurden mehr Truppen in die Region verlegt. Darunter der Flugzeugträger USS Abraham Lincoln samt Begleitschiffen, wobei ein spanisches Kriegsschiff aus der Gruppe abgezogen wurde. US-Flugzeugträger waren über Jahre in der Region präsent, erst letztes Jahr wurde die ständige Präsenz von mindestens einem Träger samt Begleitung aufgegeben. Außerdem wurden vier B-52 Stratofortress-Bomber in die Region verlegt, die auch für den Abwurf von Atombomben gerüstet sind (nicht alle B-52 Bomber sind dazu fähig). Auch sind seit dem 28. Juni etwa ein Dutzend Luftüberlegenheitsjäger F-22 auf der US-Basis al-Udeud in Katar stationiert, wie das US Central Command (CENTCOM) bekanntgab.[16] Auch das Personal wurde im Mai und Juni schrittweise um 2.500 SoldatInnen erhöht. Das bleibt weit unter den Zahlen, die nach einem Plan des Pentagon bei einer Eskalation der Spannungen nötig wären (dafür müssten 120.000 SoldatInnen in die Region verlegt werden).[17] Als Grund für den Truppenaufwuchs und den Abzug von nicht essentiellem diplomatischem Personal wurden Geheimdiensterkenntnisse genannt, die eine diffuse Gefahr für amerikanische Truppen in der Region ausmachten. Diese Berichte wurden laut einem Artikel von The Daily Beast jedoch größer gemacht als sie waren.[18] Auch der britische stellvertretende Kommandeur Christopher Ghika von der Anti-ISIS-Koalition teilte die Einschätzung der US-Dienste so nicht.[19]

Ein Vorfall, der in den Medien nicht groß breitgetreten wurde: Die USA verwirrten bei zumindest einem Flug durch eine gefälschte Flugkennung, wie Steffan Watkins auf Twitter schrieb, der sich auf dem Kurznachrichtendienst mit Flugdaten beschäftigt und sich mittlerweile einen Namen gemacht hat.[20] So nutzte ein Überwachungsflugzeug des Typs RC-135 am 3. Juli einen Iranischen Hexcode als Authentifizierung, gab sich also als iranisches Flugzeug aus.[21] Ausgerechnet an dem Tag, an dem vor 31 Jahren der iranische Flug 655 von der USS Vincennes abgeschossen wurde, bei dem 290 Personen starben.

Ein weiterer Streitpunkt ist die freie Schifffahrt, insb. für Öltanker, durch den Persischen Golf geworden. Zwei Tanker, je einer von einem norwegischen und japanischen Unternehmen, wurden am 13. Juni 2019 mit Sprengstoff beschädigt. Am 18. Juli meldeten die iranischen Revolutionsgarden, sie hätten

Unterzeichner des JCPOA: Mohammad Javad Zarif (Iran), Wang Yi (China), Laurent Fabius (Frankreich), Frank-Walter Steinmeier (Deutschland), Federica Mogherini (EU), Sergey Lavrov (Russland), Philip Hammond (Großbritannien), John Kerry (USA).

am 13. Juli einen Tanker beschlagnahmt und die zwölfköpfige Crew verhaftet, da sie Öl „geschmuggelt" haben soll. Ob es sich dabei um einen Tanker aus den Vereinigten Arabischen Emiraten handelt, dessen Verbleib unklar ist, war nicht sofort ersichtlich.[22] Auch ein iranisches Tankschiff wurde durch britische Kräfte in Gibraltar festgesetzt. Als Grund wurde genannt, dass das Schiff trotz europäischer Sanktionen Öl an Syrien liefern sollte. Der iranische Außenminister widersprach dem in einem BBC-Interview.[23]

Hier liegt ein weiteres Eskalationspotential, und die Situation birgt die Gefahr nicht nur ökonomischer Turbulenzen, sondern auch einer ökologischen Katastrophe, sollten Öltanker so schwer beschädigt werden, dass Öl in großen Mengen ins Wasser gelangt. Die USA sind bemüht, eine internationale Koalition für die „freie Schifffahrt" zusammenzustellen. Dann würden Tanker von Kriegsschiffen eskortiert. Unter anderen die Niederlande wurden bereits offiziell angefragt, mit Deutschland werden Konsultationen geführt.[24] Das Risiko, dass sich Deutschland beteiligt, ist durchaus gegeben. Das Argument, man könne Bitten der USA nach der Absage an die Entsendung von Bodentruppen nach Syrien nicht erneut in den Wind schlagen, könnte die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zu einer Befürwortung eines solchen Einsatzes bewegen.

2. Eskalation durch Drohnen(abschüsse)?

Es ist der zuvor beschriebene Zusammenhang, vor dessen Hintergrund nun der Fall der abgeschossenen US-Drohne näher betrachtet werden soll, da er auch einige prinzipielle Bedenken über den Einsatz von unbemannten Systemen berührt. Einen weiteren versuchten Abschuss einer Drohne gab es bereits während des Vorfalls mit den beiden beschädigten Tankern am 13. Juni, wo eine US-Dohne des Typs MQ-9 Reaper mit einer Schultergestützten Luft-Abwehrwaffe (MANPADS) ins Visier genommen wurde. Während des versuchten Abschusses wurden Tanker sabotiert, die USA machten für die Sabotage und den versuchten Abschuss den Iran verantwortlich, die Regierung wies die Vorwürfe von sich[25], der eigentliche Vorfall ereignete sich dann aber eine Woche später.

2.1 Umstrittenes Setting

Zunächst einmal, was bisher als halbwegs gesichert gilt: Am 20. Juni 2019 etwa um 4.05 Uhr (örtliche Zeit) wurde eine Drohne der USA über der Straße von Hormus abgeschossen. In den Stunden unmittelbar nach dem Abschuss gab es etwas Verwirrung über den Typ der Drohne, die abgeschossen wurde. Die iranische Seite sprach von einer Drohne des Typs RQ-4 Global Hawk, doch in den amerikanischen Medien – aber auch von Seiten des Verteidigungsministeriums (DoD) – geisterte ein paar Stunden auch die Bezeichnung MQ-4C Triton, eine aktuellere Marinevariante der Drohne, herum. Es handelte sich aber um einen Vorgänger, bzw. Prototypen der Triton-Drohne der US-Navy mit der Typbezeichnung RQ-4A Broad Area Maritime Surveillance-Demonstrator (BAMS-D, übersetzt: Demonstrator für weiträumige maritime Überwachung). Die US-Navy besaß vor dem Abschuss vier Drohnen dieses Typs, der Kostenpunkt lässt sich nur schwer ermitteln, Summen von 120 bis 240 Mio. US-Dollar werden genannt, abhängig sind die Preise auch von den verbauten Überwachungssensoren. Damit liegen die Stückkosten deutlich über denen des „modernsten" Kampfflugzeugs, der F-35.[26]

Bei der Drohne handelt es sich um eine der sogenannten HALE-Kategorie. HALE steht für High Altitude, Long Endurance (Hohe Flughöhe, lange Ausdauer). Fast 20 Kilometer hoch kann die Drohne in die Luft steigen und länger als 24 Stunden in der Luft bleiben. Die Spannweite der Drohne ist vergleichbar mit der einer Boing 737 Maschine, die für den zivilen Luftverkehr benutzt wird. Durch ihre normale Operationshöhe von etwa 17 km ist sie trotz ihrer Größe kein leichtes Ziel, wobei unklar ist, auf welcher Höhe sich die Drohne zur Zeit des Abschusses befunden hat.

Abgeschossen wurde die Drohne von einer Rakete des mobilen landgestützten Luftabwehrsystems Khordad der dritten Generation, das Ziele bis zu einer Entfernung von etwa 100 km treffen kann. Da die Drohnen nicht mit Gegenmaßnahmen ausgestattet sind und auch weder besonders schnell noch agil sind, sind sie für Staaten, die über eine funktionierende Luftverteidigung verfügen, durchaus verwundbar.

Umstritten bleibt, wo sich die Drohne befand, als sie abgeschossen wurde. Das DoD hat dazu eine Karte veröffentlicht, die zeigen soll, dass die RQ-4A BAMS-D nicht in den iranischen Luftraum eingedrungen ist. Die iranische Seite dagegen sagt, die Drohne hätte sich im Luftraum befunden und man hätte Wrackteile in iranischem Gewässer gefunden.[27] Das eine (Wrackteile im Wasser) bestätigt jedoch nicht das andere (Drohne im Luftraum zur Zeit des Abschusses), da sich Wrackteile auch mehrere Kilometer vom eigentlichen Abschussort auffinden lassen können, wie vergangene Fälle von abgeschossenen Luftfahrzeugen gezeigt haben. Jedoch gibt es auch keine unabhängige Bestätigung der amerikanischen Daten, somit muss man beide Aussagen mit Vorsicht genießen. Jedoch sind die Drohnen so konzipiert, dass sie eben nicht in Lufträume eindringen müssen, um Aufklärungsdaten zu liefern. Das NATO-System AGS, welches in Sigonella stationiert ist und dessen Flüge russische Aktivitäten und Truppenbewegungen aufklären soll, braucht nicht das Bündnisgebiet zu verlassen.[28]

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Drohne sei nach einer Mitteilung des Irans an den UN-Sicherheitsrat vom 20. Juni[29] und nach einem Tweet des iranischen Außenmisters Javad Zarif[30] im „Stealth Modus“ und ohne eingeschaltetes Identifikationsequipment unterwegs gewesen. Die iranische Seite soll wiederholt Warnungen ausgesprochen haben und als diesen nicht Folge geleistet wurde, hätte man sie abgeschossen. Argumentiert wird auf Basis der Artikel 2 (4) und Artikel 51 der UN-Charta. Die Auslegung von Artikel 2 (4), dem Gewaltverbot (was auch die Androhung von Gewalt einschließt) gegen einen anderen Staat, ist insofern weit ausgelegt, da nach Position von vielen Staaten, und auch nach Irans Sicht (bis vor kurzem) nicht jeder Verstoß gegen Artikel 2 (4) das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 auslöst. Somit argumentiert der Iran hier – wie Rebecca Ingber und Adil Ahmad Haque bei JustSecurity geschrieben haben – sehr amerikanisch.[31]

2.2 US-Reaktionen und die Frage der Verhältnismäßigkeit

Interessant ist die Reaktion der USA, insbesondere die des Präsidenten Donald Trump. Erst sagte er, als er neben Kanadas Premierminister Justin Trudeau stand, der Abschuss könnte ein Fehler eines einzelnen Generals gewesen sein. Als dann über eine Reaktion am Abend des 20. Juli entschieden wurde, sagte er einen bereits in Umsetzung befundenen Luftschlag auf iranische Luftabwehrstellungen ab, jedoch wurde ein parallel stattfindender digitaler Angriff durchgeführt, der laut New York Times unter anderem gegen das ballistische Raketenprogramm Irans gerichtet war. Der Schaden, der dadurch angerichtet wurde, ist unklar.[32]

Trump war bei der Entscheidung unter Druck: Der nationale Sicherheitsberater John Bolton möchte den Iran seit vielen Jahren bombardieren. Er schrieb unter anderem einen Gastbeitrag mit dem Titel „Um Irans Bombe zu stoppen, bombardiert Iran“[33] und warnte, auf jede Aktion von konventionellen Streitkräften, den Revolutionsgarden oder von einem „Proxy“, die amerikanischen Interessen oder denen ihrer Verbündeten zuwiderlaufen würden, würde eine Reaktion folgen. Selbst wenn Proxys US-Interessen angreifen würden, eine Rechtfertigung für einen Angriff auf den Iran liefert dies völkerrechtlich nicht.[34] Außer Bolton drängten auch Außenminister Mike Pompeo und die Direktorin der Central Intelligence Agency (CIA) Gina Haspel auf einen Militärschlag, während andere, auch aus dem DoD, eher vorsichtig waren und vor einer Eskalation des Konfliktes warnten, auch weil die iranischen Revolutionsgarden und deren Verbündete den amerikanischen Truppen in der Region gefährlich werden könnten.

Trump wird mittlerweile außenpolitisch anders betrachtet als zu Beginn seiner Präsidentschaft. Zunächst war die Sorge, trotz seiner Wahlversprechen US-Truppen aus dem Mittleren Osten abzuziehen, vor neuen militärischen Abenteuern groß. Zu der Zeit hofften viele in Washington auf den mäßigenden Einfluss von Verteidigungsminister James Mattis und des zweiten Sicherheitsberaters H. R. McMaster. Mittlerweile ist die Wahrnehmung so, dass Trump einen militärischen Konflikt nach Möglichkeit vermeiden möchte. Die jetzige Krise gäbe es dabei selbstredend so nicht ohne seinen Ausstieg aus dem JCPOA und der Wiedereinsetzung und Verschärfung des Sanktionsregimes gegen den Iran. Auch seine Rhetorik ist wenig hilfreich, wobei sich hier ein Muster abzeichnet. Die Sprache zwischen Trump und Kim Jong-Un wurde zunächst beiderseitig eskaliert und Trump drohte vor der UN-Generalversammlung mit der Auslöschung des Landes. Auch dem Iran drohte er mit Zerstörung, nachdem der iranische Präsident Hassan Rohani sagte, Trump litte an einer „mentalen Störung“.[35] Die Sprache gegenüber Kim hat sich radikal gewandelt. Möglicherweise erhofft Trump eine ähnliche Entwicklung auch im Falle des Iran, auch wenn dieser deutlich anders gelagert ist.

Das Argument, welches Trump auch über Twitter in die Öffentlichkeit trug, um seine Entscheidung, den Angriff nicht durchzuführen, zu erklären, verdient es, näher betrachtet zu werden: „Wir waren letzte Nacht gespannt und geladen, um einen Vergeltungsschlag gegen drei verschiedene Ziele durchzuführen, als ich fragte, wie viele sterben könnten. 150 Personen, Sir, war die Antwort von einem General. Zehn Minuten bevor der Angriff stattfinden sollte, stoppte ich ihn, da er nicht verhältnismäßig zum Abschuss einer unbemannten Drohne war.“[36]

Trump argumentiert hier mit der Verhältnismäßigkeit. 150 mögliche Opfer auf iranischer Seite wären zu viel für den Abschuss eines unbelebten Kriegsgeräts. Dies ist – ob bewusst oder unbewusst – ein völkerrechtliches Argument.

2.3 Eskalationsfaktor Drohne

Eine These, die oft bei dem Einsatz von Drohnen angeführt wird, ist die, dass Drohnen in Situationen eingesetzt werden, bei denen man das Leben von SoldatInnen nicht riskieren möchte. Dadurch wirken sie destabilisierend. Dieses Argument hat sich in einem Rollenspiel, welches vom US-Think-Tank Centre for New American Security (CNAS) durchgeführt wurde, bestätigt. Das Resultat war, dass sich EntscheidungsträgerInnen in den simulierten Situationen eher für den Einsatz von Drohnen in heiklen Umständen ausgesprochen haben. „Drohnen“, so heißt es in dem Report zum Planspiel, „reduzieren das taktische Risiko für staatliche Akteure, aber erhöhen das strategische und politische Risiko“.[37]

Ein anderes Argument besteht darin, dass Staaten eher eine Drohne als ein bemanntes Flugzeug abschießen würden, wenn diese das Hoheitsgebiet verletzt oder sie eine militärische Aktion vermuten. Auch das ergab das Planspiel von CNAS.[38] Die hier besprochene Situation bestätigt das zweite Argument.[39] Auch die erste Annahme würde zutreffen, wenn sich gesichert sagen ließe, dass die US-Drohne in den iranischen Luftraum eingedrungen wäre. Derzeit steht aber Aussage gegen Aussage. Die USA hat keine Probleme, auch mit bemannten Maschinen nahe dem iranischen Luftraum zu operieren. Zeitnah war auch eine bemannte Maschine in der Nähe, iranische Stellen sagen, diese wäre nicht ins Visier genommen worden (obwohl auch diese den Luftraum verletzt hätte), da sich Menschen an Bord befunden hätten.[40]

Schon vor dem Drohnenvorfall hieß es in der renommierten Foreign Affairs: „Die gute Nachricht besteht darin, dass die Situation nicht ganz so schlimm ist, wie sie aussieht. Keiner der Akteure – mit der möglichen Ausnahme von Bolton – scheint wirklich einen Krieg zu wollen. [...] Die schlechte Nachricht ist aber, dass ein Krieg trotzdem passieren könnte. Auch wenn keine Seite kämpfen will, können Fehlannahmen, falsch verstandene Signale und die Logik der Eskalation zusammenkommen, um selbst einen kleinen Zwischenfall in einen regionalen Flächenbrand zu verwandeln – mit verheerenden Auswirkungen auf den Iran, die Vereinigten Staaten und den Mittleren Osten.“[41]

Hier sorgte der Abschuss der Drohne beinahe für eine solche Eskalation. Diese konnte dieses Mal noch durch einen Präsi-

denten, der die jetzige Krise selbst produziert und weiter mit Benzin (Sanktionen und Rhetorik) übergossen hat, entschärft werden. Er nahm diesen Vorfall nicht als Anlass, mit einer Bombardierung zu agieren, gegen den Rat seiner engsten BeraterInnen.

Bei weiteren Vorfällen, wie einer Beeinträchtigung der Lieferketten des Schmiermittels der Weltwirtschaft oder einem Abschuss von bemannten Militärflugzeugen oder Aktionen gegen amerikanische Kriegsschiffe in der Region, wird Trump durch den Druck in seiner unmittelbaren Umgebung kaum mehr in der Lage und vermutlich auch selbst nicht willens sein, auf Militärschläge zu verzichten.

So bleibt die Situation weiter extrem angespannt. Die Gefahr von solchen Vorfällen ist, dass wenn sich solche Aktionen häufen, man stets nahe an einer Eskalation ist, die – wie von Ilan Goldberg in der Foreign Affairs beschrieben - eigentlich keine der beteiligten Parteien wollen kann. Möglicherweise kann eine größere Konfrontation vermieden werden, aber nichtsdestotrotz wird militärische Gewalt angewendet – und zwar durch nicht weniger gefährliche und potenziell tödliche Nadelstiche, die aber offiziell „short-of-war“ sind. So verwischt die Linie zwischen Krieg und Frieden immer weiter und eine permanente Gefahr von Fehlkalkulationen bleibt. Noch ist eine militärische Eskalation aber nicht ausgemacht und solange das derzeitige Abkommen nicht komplett erodiert, bleiben Optionen für eine diplomatische Lösung. Der japanische Premier Shinzo Abe war während des Vorfalls mit den beiden Tankern im Iran, um Shuttlediplomatie zu betreiben. Auch soll Trump nach einem Bericht von Politico dem libertären Senator Rand Paul das OK während eines gemeinsamen Golfspiels gegeben haben, Kontakt zu der iranischen Seite zu suchen.[42] Der Iran beharrt derzeit noch auf der Vorbedingung der Rücknahme der Sanktionen. Nichtsdestotrotz, Trump könnte in einem halben Jahr ein kaum geändertes Iran-Abkommen mit Rohani bei einem Gipfeltreffen mit vielen Kameras unterschreiben und so zumindest die gegenwärtige Eskalationsspirale durchbrechen.

Anmerkungen

1 Josef Braml im Gespräch mit Ann-Kathrin Büüsker (21.6.2019, deutschlandfunk.de): „Wir müssen uns an die Weltsicht Trumps gewöhnen“.
2 Die Gruppe von Staaten wird auch oft als P5+1 bezeichnet, also die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland. Da die Außenbeauftragte der EU, Frederica Mogherini einen großen Anteil an den Verhandlungen hatte, wird hier die Bezeichnung E3+3 benutzt.
3 UN-Doc. S/RES/2231 (2015).
4 IAEA (2011): Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran. GOV/2011/65, S. 8.
5 IAEA (2015): Final Assessment on Past and Present Outstanding Issues regardingIran’s Nuclear Programme. GOV/2015/68, S. 6.
6 Joint Comprehensive Plan of Action, Annex I (2015), S. 9-12.
7 Murphy, Francis (31.8.2017, Reuters.com): U.S. pressure or not, U.N. nuclear watchdog sees no need to check Iran military sites.
8 Batmanghelidj, Esfandyar (13.5.2019, Bloomberg.com): Iran’s ‘Resistance Economy’ Is Kicking In.
9 Kessler, Glenn (13.12.2018, WashingtonPost.com): President Trump’s claim that Democrats gave Iran $150 billion; Kessler, Glenn (1.3.2018, WashingtonPost.com): Was Obama’s $1.7 billion cash deal with Iran prohibited by U.S. law?
10 Oakeshott, Isabel/Owen, Glen (14.7.2019, DailyMail.co.uk): Trump axed Iran deal to spite Obama: How the British ambassador called the President’s actions ‘diplomatic vandalism’ fueled by ‘personality reasons’ - as revealed in more explosive cables that have sparked a free speech row while Iran tensions mount.
11 Batmanghelidj, Esfandyar (13.5.2019, Bloomberg.com): Iran’s ‘Resistance Economy’ Is Kicking In.
12 Lynch, Colum/Gramer, Robbie/De Luce, Dan (10.5.2018, ForeignPolicy.com): The ‘Silver Lining’ to Trump Pulling Out of the Iran Deal.
13 Charlish, Alan/Irish, John (4.7.2019, Reuters.com): Europe trade channel with Iran close to first deal in days: France.
14 Foy, Henry (18.7.2019, FT.com): Russia throws weight behind EU effort to boost Iran trade.
15 Deutsche Welle (9.7.2019): Iran: No more ‘deadlines’ to save nuclear deal.
16 Burns, Robert (28.6.2019, APnews.com): Additional US fighter planes sent to Gulf amid Iran tensions.
17 Schmitt, Eric/Barnes, Julian E. (13.5.2019, TheNewYorkTimes.com): White House Reviews Military Plans Against Iran, in Echoes of Iraq War.
18 Woodruff, Betsy/Rawnsley, Adam (8.5.2019, TheDailyBeast.com): Trump Admin Inflated Iran Intel, U.S. Officials Say.
19 Borger, Julian (15.5.2019, theGuardian.com): No increased Iran threat in Syria or Iraq, top British officer says, contradicting US.
20 Blackwell, Tom (15.4.2018, NationalPost.com): How an Ottawa man tracks the world’s military and spy ships — from his home office.
21 Watkins, Steffan (3.7.2019, Twitter.com)
22 Sly, Liz (18.7.2019, WashingtonPost.com): Iran’s Revolutionary Guard announces seizure of oil tanker accused of smuggling fuel in the Strait of Hormuz.
23 BBC Hardtalk (17.7.2019): Foreign Minister of Iran - Javad Zarif.
24 Wiegold, Thomas (15.7.2019, Augengeradeaus.net): USA arbeiten an Ad-hoc-Koalition für Geleitschutz im Persischen Golf.
25 Starr, Barbara/Cohen, Zachary (15.6.2019, CNN.com): Iranians fired missile at US drone prior to tanker attack, US official says.
26 Rogoway, Tyler (20.6.2019, thedrive.com): Everything We Know About Iran’s Claim That It Shot Down A U.S. RQ-4 Global Hawk Drone (Updated).
27 Zarif, Javad (20.6.2019, Twitter.com)
28 Pletsch, Marius (2016, IMI-Standpunkt 25): Alliance Ground Surveillance. Die Augen und Ohren der NATO über Osteuropa.
29 UN-Doc. S/2019/512.
30 Zarif, Javad (20.6.2019, Twitter.com)
31 Ingber, Rebecca/Haque, Adil Ahmad (3.7.2019, JustSecurity.org): Iran’s Shifting Views on Self-Defense and ‘Intraterritorial’ Force.
32 Barnes, Julian E./Gibbons-Neff, Thomas (22.6.2019, TheNewYorkTimes.com): U.S. Carried Out Cyberattacks on Iran.
33 Bolton, John (26.03.2015, TheNewYorkTimes.com): To Stop Iran’s Bomb, Bomb Iran.
34 Hathaway, Oona (31.5.2019, JustSecurity.org): Bolton’s Stated Predicate for War With Iran Doesn’t Work.
35 Borger, Julian (25.6.2019, theGuardian.com): Trump threatens ‘obliteration’ after Iran suggests he has a ‘mental disorder’.
36 Trump, Donald J. (21.6.2019, Twitter.com)
37 Sander, Alexandra (2016, CNAS.org): Game of Drones. Wargame Report, S: 9.
38 Sander, Alexandra (2016, CNAS.org): Game of Drones. Wargame Report, S: 14.
39 Eine gute Zusammenfassung des Projekts mit besonderer Betrachtung des Falls findet sich bei: Atherton, Kelsey (20.6.2019, C4ISR.net): One drone down and the new nuance of escalation.
40 Seligman, Lara/Gramer, Robbie (21.6.2019, ForeignPolicy.com): Why Trump Decided Not to Attack Iran.
41 Goldenberg, Ilan (4.6.2019, Foreign Affairs): What a War With Iran Would Look Like Neither Side Wants a Fight, but That Doesn’t Eliminate the Danger.
42 Johnson, Eliana/Toosi, Nahal (17.7.2019, Politico.com): Rand Paul angles to become Trump’s emissary to Iran.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

„Krieg ist der größte Klimakiller“

von Markus Pflüger

Ein wenig beachteter Zusammenhang im aktuellen Engagement für Klimaschutz und in der Diskussion um Klimagerechtigkeit ist die Bedeutung von Militär und Kriegseinsätzen, ihrer Ziele und Folgen für das Klima und für daraus folgende Klimakriege. Der Kampf für eine intakte Natur ist offenbar für viele Menschen greifbarer als die abstrakter erscheinende Frage nach Krieg und Frieden. Einige Zusammenhänge zwischen Krieg und Militär sowie Umweltzerstörung und Klimapolitik sollen hier daher beleuchtet werden.

„Die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung endlicher Ressourcen unseres Planeten gefährden den Frieden. Kriege werden für den Zugang zu diesen Ressourcen und den klimaschädlichen Lebensstil der reichen Länder geführt. Kriege verbrauchen dabei selbst enorme Mengen von Treibstoffen und Energie und produzieren entsprechend viele klimaschädliche Emissionen – ganz zu schweigen von den massiven Zerstörungen und Emissionen durch die Kriegshandlungen und ihre tödlichen Folgen“, heißt es in einer gemeinsame Pressemitteilung von Friedensnetz Saar, Pax Christi Saar, Fridays for Future Saarland und Kampagne Krieg beginnt hier vom 30.4.2019.

Damit sind die wichtigsten Zusammenhänge umrissen, die u.a. auch vom Informationsdienst Umwelt und Militär aufgelistet werden: Es geht um Fluglärm, Kerosinablass als Notmaßnahme und im Normalbetrieb, Boden- und Grundwasserverschmutzung und -verseuchung beispielsweise durch Betriebsunfälle, nicht fachgerechte Entsorgung oder Ableitung zum Beispiel von Löschschäumen und Diesel und anderen Gefahrenstoffen inklusive Munition. Hinzu kommen große Mengen an freigesetzten Luftschadstoffen wie Feinstaub, Ultrafeinstaub und Stickoxide, aber auch Elektrosmog durch Mobilfunk und Radar und schließlich negative Einwirkung auf die Landwirtschaft sowie auf Biotope und Naturschutzgebiete oder die Zerstörung derselben. Die Produktion von radioaktiv angereichertem Uran und die damit verbundenen Umweltbelastungen einschließlich der Urangewinnung sind nicht Thema dieses Textes, ebenso wenig wie die giftigen Rückstände von Munition auf Übungsflächen, bei Manövern und in Kriegsgebieten wie etwa auch abgereichertes Uran, weißer Phosphor und Dioxine.

Einige diese Phänomene werden im Folgenden genauer erläutert. So die Frage, was konkret Luft-, Boden- und Wasserverschmutzungen für Mensch und Umwelt und damit auch das Klima bedeuten.

Klimaschädliche Emissionen des Militärs

„Wieviel Klimagas erzeugt eine abgefeuerte Patrone? Wieviel Ressourcen werden dafür klimaschädlich verbraucht? Wieviele werden davon pro Tag abgefeuert? Dieselben Fragen stelle man sich für Kriegsfahrzeuge, wie LKW, Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Marschflugkörper, alle Arten von Raketen. Munition bzw. Sprengstoffe in Lenkwaffen, Geschossen, Raketen, Bomben. Überall werden Klimakiller frei, bei Herstellung und Verbrauch. Und wieviel Feinstaub wird da jeweils frei, bei einem Panzer, Hubschrauber, einer Hellfire-Rakete?“ fragte ein Leser auf Telepolis.

Diese Luftverunreinigungen sind sicher mit die klimaschädlichsten Emissionen des Militärs bei all seinen Aktivitäten. Festzuhalten ist also, dass alle Armeen weltweit enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen verursachen, indem sie sich auf Kriege vorbereiten, bei Manövern üben und schließlich im Einsatz selbst, aber auch bei anschließenden Besatzungen. So lässt sich nachlesen, dass der Treibstoff-Verbrauch beispielsweise von Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen enorm, entsprechend hoch sind auch die Emissionen. Ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz verbraucht ca. 70-100 Liter Flugbenzin pro Minute.

Die Rolle von CO2-Emissionen des Militärs für die USA, auf die eine Studie der Brown Universität aufmerksam machte, über die u.a. das Magazin The Conversation berichtete, verdeutlicht die enorme Bedeutung des Militärs für den Klimawandel: „Das US-Verteidigungsministerium ist mit einem Anteil von 77 bis 80 Prozent am gesamten Energieverbrauch der US-Regierung seit 2001 der größte Verbraucher fossiler Brennstoffe. (…) Im Jahr 2017 betrug der Ausstoß von Treibhausgasen im Pentagon über 59 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent.“ Weiter wird errechnet, dass das US-Militär, wenn es ein Land wäre, Platz 55 der größten Treibhausgasemittenten der Welt belegen würde, noch vor Portugal, Schweden oder Dänemark.

An allen Militärstandorten weltweit ist die Belastung zu spüren. So kritisierte die „Bürgerinitiative Erweiterungsgegner Airbase Spangdahlem“ schon 2003 die Abgasbelastungen für Anwohner des Militärflughafens: „Die Transportmaschinen werden so aufgestellt, dass ihre Abgase in den Ort getrieben werden. Nur 500 Meter von den ersten Häusern Binsfelds entfernt sollen die Maschinen abgestellt werden.“ Es geht um Triebwerks-Teststände wo Triebwerke der Großraumflugzeuge unter Volllast getestet werden. Bei den ersten Wohnhäusern soll der Abgasstrahl eine Geschwindigkeit von rund 54 Kilometern pro Stunde haben. Hinzu kommen die Risiken, die der hochgiftige Flugzeugtreibstoff JP 8 mit sich bringt. Dazu gehören auch Ruß-Emissionen, wie sich im Trierischen Volksfreund nachlesen lässt.

Im Deutschlandfunk heißt es zudem: „Nicht nur Diesel-Fahrzeuge produzieren Feinstaub, sondern auch Flugzeuge beim Verbrennen von Kerosin“, berichtet der Deutschlandfunk anhand einer Schweizer Analysetechnik: „Eine Sekunde Laufzeit entspricht etwa 60 Kilometer Autofahrt von einem Euro-6-Dieselfahrzeug mit Filter.“

Landschaftszerstörung und Altlasten als Folgeschäden durchs Militär

Dass viele Bundeswehrstandorte mit schwersten Umweltproblemen belastet sind, wurde schon länger immer wieder kritisiert. In der Studie der Naturfreunde Deutschlands und der Informationsstelle Militarisierung „Grüner Tarnanstrich fürs Militär?! Das Greenwashing der Bundeswehr am Beispiel ausgewählter Truppenübungsplätze“ vom Dezember 2016 werden militärische Umweltschäden nicht nur im Krieg, sondern auch bei dessen Vorbereitung im eigenen Land und der Folgenutzung der ehemaligen Militärflächen untersucht. Hinzu

Demonstration in Bern im Dezember 2018. Quelle: MHM55 / CC BY-SA 4.0

kommen enorme Probleme durch Altlasten, angefangen von Munitionsresten, über Treibstoffe bis zu Löschschäumen, die Boden und Grundwasser großflächig verseuchen. Das Militär genießt Privilegien, die das Umweltrecht und damit den Natur- und Umweltschutz aushebeln. Die Studie resümiert: „Umweltbelastungen, nicht nur durch Kriege oder Militär, sondern generell durch alle Tätigkeiten der Menschheit verändern das Klima. Was vielleicht weniger offensichtlich ist – der Klimawandel wiederum kann in der nicht mehr fern liegenden Zukunft massive bewaffnete Konflikte oder sogar Kriege verursachen.“ Solche „Klimakriege“ um Ressourcen, Rohstoffe und Fläche werden zunehmen, weil diese aufgrund des Klimawandels immer weniger Menschen zur Verfügung stehen werden. Im Fazit der Studie heißt es schließlich: „Das Verhältnis Militär – Umweltbelastung – Klimawandel – Klimakriege stellt einen Teufelskreis dar. Um in Kriege zu intervenieren, greift man zum Militär, wenn das Militär sich auf einen Krieg vorbereitet, verursacht es Umweltbelastung, welche den Klimawandel nach sich zieht. Der Klimawandel führt eventuell zum Krieg und so fängt man wieder mit dem Militär, der Umweltbelastung usw. an. Militär und Umweltschutz schließen sich aus, es kann kein grünes Militär geben und man sollte sich nicht vom Greenwashing täuschen lassen.“

Auch die „Bürgerinitiative Erweiterungs-Gegner Air-Base Spangdahlem“ (BIEGAS) erklärte angesichts der Pläne zum Ausbau des Militärflughafens: “Tonnen von Erde werden umgegraben, Menschen skrupellos um ihr Hab und Gut enteignet und riesige Flächen zubetoniert, wo seit alters her Wiesen blühten und Äcker bebaut wurden.“ Die BIEGAS verweist damit auch auf die Versiegelung und Zerstörung von Ökosystemen fürs Militär, neben Bodenverdichtung und Vergiftung – ein weiterer Aspekt. Durch das Militär wird Natur zerstört und so auch der vorher auf diesen Naturflächen stattfindende CO2-Abbau reduziert oder gänzlich unmöglich gemacht.

Auch direkt auf die Gesundheit sind negative Auswirkungen des Militärs kaum zu leugnen: „Bei allen Militäreinrichtungen leiden Mensch und Umwelt: erst die Zubetonierung und Versiegelung der Landschaft, dann krankmachender Lärm sowie Abgase und schließlich die Perfluorierten Tenside (PFT). Was kaum untersucht wird, ist der hochgiftige Nato-Treibstoff JP-8: Ob über Emissionen oder das Ablassen von Treibstoff sowie bei Abstürzen, er gelangt in die Umwelt und zum Menschen“, so ein Leserbrief im Trierischen Volksfreund von 2015.

Die Problematik Altlasten begleitet das Militär schon länger, es geht um aktuelle und ehemalige Liegenschaften der Bundeswehr und der Alliierten, über deren Verseuchung u.a. n-tv berichtete: „Zahlreiche Liegenschaften der Bundeswehr sind mit giftigen Chemikalien verunreinigt. ‚Nach derzeitigem Stand wurde auf 20 Liegenschaften eine PFC-Kontamination nachgewiesen‘, sagte eine Sprecherin des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr in Bonn. Die betroffenen Standorte müssten umfassend untersucht und möglicherweise saniert werden, erklärte sie. Recherchen des Bayerischen Rundfunks ergaben, dass rund 100 weitere Standorte möglicherweise ebenfalls vergiftet sind. Der Sender beruft sich auf Bundeswehrberichte mit Gutachten und Messwerten.“

Militär belastet also auch Böden und Grundwasser und hinterlässt nicht nur im Kriegsgebiet verbrannte Erde.

Krieg um Öl?

Wichtig in diesem Zusammenhang sind die offenen und verdeckten Ziele von Kriegseinsätzen, so geht es meistens zumindest auch um den Zugang zu Ressourcen und Märkten. Konkret sind Öl- und Gas, aber auch Uranvorkommen und andere Roh-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

stoffe wie Coltan, Koblat und Kupfer wichtige Kriegsfaktoren: „Für fast alle Kriege der letzten Jahre lässt sich nachweisen, dass der Zugang zu Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen sowie den Transportwegen zu den wesentlichen Kriegsgründen zählte“, so die IPPNW im Beitrag „Deutschland und die Rohstoffkriege“ mit Beispielen aus dem Sudan, Kongo und Zentralasien.

Konkret sind Öl-, Gas-, aber auch Uranvorkommen und andere Rohstoffe wie Coltan, Koblat und Kupfer wichtige Kriegsfaktoren. Bereits die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 1992 benannten dies auch konkret als Ziel der Bundeswehreinsätze: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ Stimmen aus der Friedensbewegung kritisierten schon damals, dass dies „der deutschen Wirtschaft den gewaltsamen Zugriff auf Ressourcen und Handelswege“ ermöglichen soll.

In der aktuellen Fassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2011 liest sich das inzwischen so: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“

Auch die EU hat entsprechende Ambitionen, die mit der Militarisierung korrespondieren. Das globalisierungskritische Netzwerk attac kritisierte deswegen 2011 die Rohstoffinitiative der EU: „Die Europäische Union fordert in ihrer neuen Rohstoffinitiative den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Exportländer aus. In kolonial anmutender Weise wird Entwicklungshilfe vom Zugang zu Rohstoffen abhängig gemacht. Entwicklungspolitik wird so zum willfährigen Instrument wirtschaftsliberaler Interessen. Sogar der Einsatz von militärischen Mitteln zur Deckung des steigenden Ressourcenbedarfs ist eingeplant.“

Anders ausgedrückt: Kriege verbrauchen enorme Mengen an fossilen Treibstoffen, um an neue Lagerstätten für solche Treibstoffe heranzukommen. Konkret sind die wahrscheinlich letzten Reserven des schwarzen Goldes im Persischen Golf und im Kaspischen Meer strategisch wichtig und überschneiden sich mit vielen Kriegsschauplätzen der jüngeren Geschichte. Weitere Faktoren für Rohstoffkriege sind, wie gesagt, auch geostrategische Zugänge wie Häfen und Pipelines, die wichtig sind für Abbau, Transport, Vertrieb und Verkauf. Entscheidend ist letztendlich, wer den Zugriff auf die Ressourcen hat und am meisten von ihnen profitiert: „Aufgrund knapper werdender Ressourcen muss sich die Welt in Zukunft auf Rohstoff-Kriege einstellen“, heißt es zu einer Studie der Transatlantic Academy zur Ressourcen-Knappheit aus dem Jahr 2012, die im Focus zusammengefasst wurde. Rohstoffe seien häufig nicht die einzige, aber eine entscheidende Ursache von Konflikten. „Die Leitidee des westlichen Luxuslebens und des Wirtschaftswachstums, das sich auf einen immer stärkeren Ressourcen-Verbrauch gründe, müsse überdacht werden.“

Von Wissenschaftlern wie Michael T. Klare werden „gewaltsame Auseinandersetzungen und regelrechte Kriege um die verbleibenden Nahrungsquellen, landwirtschaftlich nutzbaren Böden und bewohnbaren Flächen“ prognostiziert. Von Kriegszuständen wie in Libyen, Syrien und dem Jemen ist die Rede: „Manche Leute werden bleiben und um ihr Überleben kämpfen; andere werden abwandern und so gut wie sicher auf wesentlich gewaltsamere Formen jener Feindseligkeit stoßen, die Einwanderern und Flüchtlingen in ihren Zielländern heute schon entgegenschlägt. Somit würde es unausweichlich zu einer weltweiten Epidemie von Bürgerkriegen und anderen gewalttätigen Auseinandersetzungen um Ressourcen kommen.“

Krieg ist somit ein Instrument innerhalb der kapitalistischen Logik der Mächtigen und des Militärisch-industriellen Komplexes. Während die Hauptverursacher von Kriegen, Klimawandel und Flucht im globalen Norden sitzen, sind die gravierendsten Folgen der Kriege und des Klimawandels im globalen Süden zu tragen. Es geht darum, das System am Laufen zu halten und den Profit und die Macht Weniger auch mit Gewalt und zu Lasten von Mensch und Klima zu sichern.

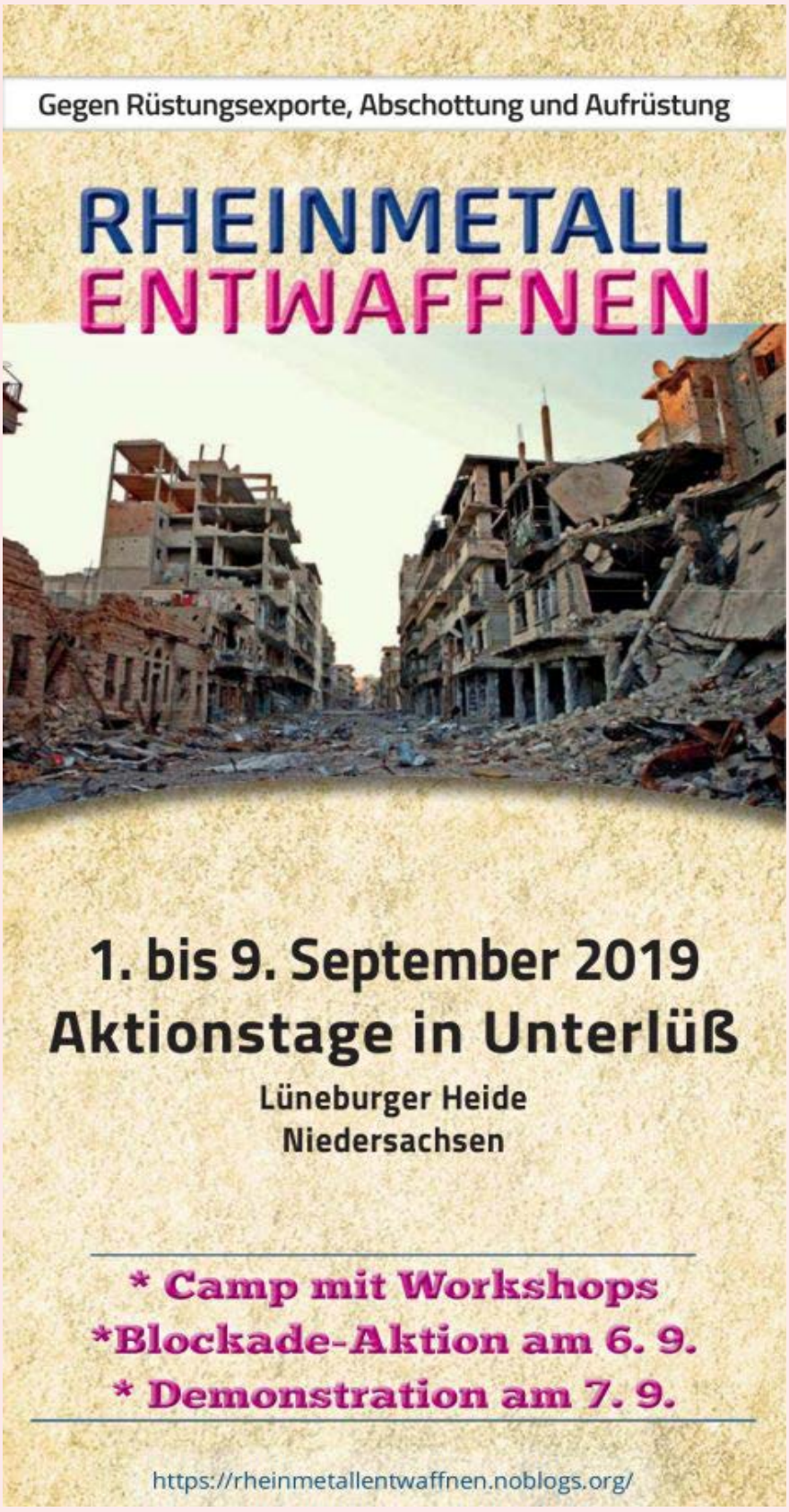
Fazit & Alternativen

Alternativen sind der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien in BürgerInnenhand und ein Wandel hin zu weniger Energieverbrauch und mehr Effizienz im Rahmen einer neuen Verteilungsgerechtigkeit: „Um den Teufelskreis aus Energie, Macht und im schlimmsten Fall Krieg zu durchbrechen, muss der Zugang der Menschheit zu Energie pluralisiert und demokratisiert werden.“ – hieß es schon 2008 in der IMI-Studie „Deutschlands Kampf um den letzten Tropfen - Militärische Rohstoffsicherung und die kommenden Kriege“.

Konversion, also die Umwandlung militärischer Produktion und Nutzung in zivile Produktion oder Nutzung ist sicher ebenso ein sinnvoller Ansatz für eine sozial-ökologischen Transformation des Militärs wie Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung inklusive Gewalt- und Kriegsprävention. Ein Beispiel ist das Konzept „Konversion - Zivile Arbeitsplätze statt Kriegsunterstützung“, herausgegeben vom Regionalen Bündnis für die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem von 2005.

Kriege werden um Ressourcen geführt, sie zerstören dabei Mensch und Natur und verbrauchen dabei selbst viele Ressourcen inklusive Folgeschäden und klimaschädlichen Emissionen: „Die Zeit zu Handeln ist jetzt. Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen – wir wissen es längst. Die Klimakrise ist heute schon zerstörerische Realität für Menschen auf der ganzen Welt – vor allem im globalen Süden“, heißt es bei EndeGelände im Aufruf für Klimagerechtigkeit weltweit!

Die Themen und Handlungsfelder Klimaschutz und Klimagerechtigkeit sowie Kriegskritik und Friedenspolitik zu verbinden ist anhand der auffallend klimaschädigenden Aspekte von Militär und Krieg nur naheliegend. Zudem verweist die systemerhaltende Funktion von Kriegseinsätzen auf die grundsätzliche Klimaschädlichkeit des Kapitalismus. Friedenspolitik ist damit auch Klimapolitik und Kriegskritik ein notwendiges Feld im Engagement für Klimagerechtigkeit.



Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die ***Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.***
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wider.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154